

■ MÄSSIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM – ERHEBLICHE BESCHLEUNIGUNG IM JAHRESVERLAUF

ÖSTERREICHS WIRTSCHAFT IM JAHR 1999

Österreichs Wirtschaft wuchs 1999 mit +2,2% deutlich langsamer als im Jahr zuvor. Die im Sommer 1998 durch die Verschlechterung der Exportkonjunktur hervorgerufene Wachstumsabschwächung wurde im 1. Halbjahr 1999 noch nicht ganz überwunden. In der zweiten Jahreshälfte war jedoch eine kräftige und beschleunigte Belegung der Expansion festzustellen, die auch zum Jahresende noch anhielt. Begleitet wurde die Erholung von einer beträchtlichen Ausweitung der Beschäftigung, und die Arbeitslosigkeit sank. Die Jahresinflationsrate erreichte trotz des markanten Anstiegs der Rohölpreise mit 0,6% ihren niedrigsten Stand seit fast 40 Jahren.

Im Sommer 1998 beeinträchtigte der durch die Konjunkturschwäche in Ost-Mittleuropa, die Asienkrise und die Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten ausgelöste Ausfall der Auslandsnachfrage die Konjunktur im produzierenden Bereich. Dadurch schwächte sich die gesamtwirtschaftliche Dynamik erheblich ab. Die Auswirkungen waren auch in der ersten Jahreshälfte 1999 noch spürbar. Zwar verstärkte sich die Wirtschaftsaktivität im 1. Halbjahr wieder, mit 1,2% fiel das Wachstum aber sehr mäßig aus. Ab der Jahresmitte nahm der Export real etwas deutlicher zu, und die Investitionsgüternachfrage erhöhte sich kräftig. Zusammen mit der Ausweitung der Konsumausgaben der privaten Haushalte bildete dies die Basis für ein solides Wirtschaftswachstum. Die Wirtschaftsleistung lag im III. Quartal real um 2,8% und im IV. Quartal um 3,2% über dem Vorjahresniveau.

Der Konsum der privaten Haushalte entwickelte sich über den gesamten Zeitraum günstig (real +2,4%) und erwies sich als Konjunkturstütze. Im 2. Halbjahr beschleunigte sich sogar sein Wachstum. Hingegen hatten die anhaltenden Sparmaßnahmen im Bereich der staatlichen Ausgaben (ohne Transfers) zur Folge, dass der öffentliche Konsum 1999 mit real +0,8% kaum expandierte. Vor allem der Kollektivkonsum wurde reduziert, während der hauptsächlich aus Ausgaben im Gesundheits- und Unterrichtswesen bestehende öf-

Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen (laut ESVG 1995)

Zu Preisen von 1995

	1996	1997	1998	1999
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Land- und Forstwirtschaft Bergbau ¹⁾	+ 5,6	- 1,7	+ 2,3	+ 2,8
Sachgütererzeugung	+ 1,9	- 0,5	+ 1,8	- 0,2
Energie- und Wasserversorgung	+ 2,0	+ 3,8	+ 3,4	+ 2,0
Bauwesen	+ 3,8	+ 6,1	+ 2,1	+ 0,7
Handel ²⁾	+ 3,1	± 0,0	+ 4,3	+ 1,1
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	+ 1,9	+ 2,1	+ 2,9	+ 3,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	- 0,6	± 0,0	+ 3,2	+ 3,5
Kreditinstitute und Versicherungen	+ 5,9	+ 4,8	+ 4,4	+ 4,2
Grundstücks- und Wohnungswesen ³⁾	± 0,0	+11,4	+ 7,3	+ 0,5
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	+ 1,5	+ 3,7	+ 3,3	+ 3,3
Sonstige Dienstleistungen	+ 2,1	+ 0,8	+ 0,1	+ 0,7
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁵⁾	+ 0,3	- 8,5	+ 1,5	+ 1,6
Bruttoinlandsprodukt	+ 1,9	+ 1,6	+ 3,2	+ 2,2
Primärsektor	+ 2,0	+ 1,2	+ 2,9	+ 2,2
Sekundärsektor	+ 5,6	- 1,7	+ 2,3	+ 2,8
Tertiärsektor	+ 2,5	+ 3,0	+ 3,5	+ 1,6
	+ 1,6	+ 1,1	+ 3,1	+ 2,5

¹⁾ Einschließlich Gewinnung von Steinen und Erden. - ²⁾ Einschließlich Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern. - ³⁾ Einschließlich Vermietung beweglicher Sachen und Erbringung von unternehmensbezogenen Dienstleistungen. - ⁴⁾ Einschließlich Landesverteidigung und Sozialversicherung. - ⁵⁾ Vor Abzug der unterstellten Bankgebühren und der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (laut ESVG 1995)

Zu Preisen von 1995

	1996	1997	1998	1999
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	+ 2,7	± 0,0	+ 1,7	+ 2,0
Private Haushalte ¹⁾	+ 3,2	+ 0,1	+ 1,5	+ 2,4
Staat	+ 1,3	- 0,4	+ 2,0	+ 0,8
Bruttoinvestitionen	- 0,2	+ 2,1	+ 6,0	+ 2,4
Bruttoanlageinvestitionen	+ 2,1	+ 0,8	+ 6,8	+ 2,8
Davon				
Ausrüstungen	+ 2,6	+ 4,3	+ 9,8	+ 4,1
Bauten	+ 1,5	- 1,6	+ 4,1	+ 1,2
Vorratsveränderung ²⁾ in Prozentpunkten	- 0,5	+ 0,3	- 0,1	- 0,1
	Mrd. S	+11,4	+18,5	+15,0
Inländische Verwendung	+ 2,0	+ 1,0	+ 2,2	+ 1,6
Exporte	+ 6,0	+10,1	+ 8,7	+ 4,7
Importe	+ 5,9	+ 9,4	+ 6,9	+ 3,5
Außenbeitrag in Prozentpunkten	± 0,0	+ 0,2	+ 0,7	+ 0,6
Bruttoinlandsprodukt	+ 2,0	+ 1,2	+ 2,9	+ 2,2

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ²⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Inländische Verwendung (laut ESVG 1995)

Zu laufenden Preisen

	1999	1999
	Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Bruttoinlandsprodukt	2.683,6	+ 2,8
Minus Exporte	1.235,1	+ 5,3
Plus Importe	1.233,5	+ 4,0
Inländische Verwendung	2.682,1	+ 2,2
Konsumausgaben insgesamt	2.040,0	+ 2,9
Private Haushalte ¹⁾	1.511,4	+ 3,1
Staat	528,7	+ 2,4
Bruttoinvestitionen	665,8	+ 3,1
Bruttoanlageinvestitionen	653,0	+ 3,5
Davon		
Ausrüstungen	246,1	+ 3,0
Bauten	387,7	+ 3,3
Vorratsveränderung ²⁾	12,8	.
Statistische Differenz	- 23,7	.

¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ²⁾ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

Verteilung des Nettonationaleinkommens 1999

	1999	1999
	Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Arbeitnehmerentgelte	1.419,3	+ 3,9
Betriebsüberschuss und Selbständigeneinkommen	922,3	+ 1,2
Produktionsabgaben minus Subventionen	342,0	+ 2,4
Bruttoinlandsprodukt	2.683,6	+ 2,8
Primäreinkommen an die übrige Welt	191,5	+ 9,0
Primäreinkommen aus der übrigen Welt	149,6	- 1,8
Bruttonationaleinkommen	2.641,7	+ 2,1
Minus Abschreibungen	360,1	+ 3,6
Nettonationaleinkommen	2.281,7	+ 1,9
Laufende Transfers an die übrige Welt	43,0	+ 6,9
Laufende Transfers aus der übrigen Welt	26,0	+ 6,3
Verfügbares Nettonationaleinkommen	2.264,6	+ 1,8

fentliche Individualkonsum real um 1,4% ausgeweitet wurde.

Die Nachfrage nach Investitionsgütern (ohne Lagerinvestitionen und Nettozugang an Wertsachen) wuchs 1999 mit real +2,8% verhalten. Schwach stiegen vor allem die Bauinvestitionen (real +1,2%), und auch die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen erhöhte sich mit knapp unter +4,1% unterdurchschnittlich.

Das Finanzierungsdefizit aller öffentlichen Haushalte reduzierte sich 1999 auf 2% des BIP (nach 2,5% im Jahr zuvor). Somit wurde nach ersten Berechnungen das im europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt gesetzte Ziel von 2% erreicht. Die aufgrund der robusten Binnen- nachfrage und der kräftigen Beschäftigungsausweitung erhöhten Steuereinnahmen ermöglichten eine Verbesserung des am BIP gemessenen öffentlichen Finanzierungssaldos, obwohl die monetären Transfers durch das Inkrafttreten des ersten Teils des „Familienpaktes“ erheblich ausgeweitet wurden.

Arbeitsmarkt, Arbeitsstückkosten, Produktivität

	1996	1997	1998	1999
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Arbeitsmarktangebot				
Erwerbspersonen ¹⁾	- 0,1	+ 0,4	+ 1,0	+ 0,6
Angebot an Unselbständigen ²⁾	- 0,1	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,6
Arbeitslosenquote ³⁾	+ 7,0	+ 7,1	+ 7,2	+ 6,7
Arbeitsmarktnachfrage				
Erwerbstätige	- 0,6	+ 0,5	+ 0,9	+ 1,5
Unselbständig Beschäftigte (ohne Bezieher von Karenzgeld)	- 0,6	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2
Beschäftigte Sachgütererzeugung ⁴⁾	- 3,0	- 1,4	+ 0,1	- 0,7
Ausländische Arbeitskräfte	± 0,0	- 0,5	- 0,1	+ 2,6
Geleistete Stunden, Sachgütererzeugung	+ 0,8	- 2,2	+ 0,2	- 2,0
Erwerbsquote (brutto) ⁵⁾	+45,2	+45,3	+45,6	+45,8
Erwerbsquote ⁶⁾	+67,2	+67,2	+67,6	+67,7
Arbeitsstückkosten⁷⁾				
Gesamtwirtschaft	- 1,0	+ 0,3	+ 1,3	+ 1,7
Sachgütererzeugung	- 0,8	- 4,0	- 0,7	- 0,2
Arbeitsproduktivität				
BIP je Erwerbstätigen	+ 2,6	+ 0,7	+ 1,9	+ 0,7
Sachgüterproduktion je Beschäftigten ⁸⁾	+ 5,1	+ 5,3	+ 3,3	+ 2,7
Geleistete Stunde	+ 1,2	+ 6,1	+ 3,2	+ 4,1

¹⁾ Unselbständige (ohne Bezieher von Karenzgeld), Selbständige und Arbeitslose. - ²⁾ Unselbständige (ohne Bezieher von Karenzgeld) und Arbeitslose. - ³⁾ In % der unselbständigen Erwerbspersonen laut Arbeitsmarktstatistik. - ⁴⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. - ⁵⁾ Unselbständige, Selbständige und Arbeitslose, in % der Gesamtbevölkerung. - ⁶⁾ Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre), ohne Wanderungsbewegungen. - ⁷⁾ Arbeitsentgelte je Produktionseinheit.

Preise und Einkommen

	1996	1997	1998	1999
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Verbraucherpreise	+ 1,9	+ 1,3	+ 0,9	+ 0,6
Deflator des Bruttoinlandsproduktes	+ 1,3	+ 1,6	+ 0,6	+ 0,6
Exportpreise Waren	+ 1,0	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,3
Importpreise Waren	+ 2,1	+ 1,3	- 0,5	+ 0,2
Weltmarktrohstoffpreise (Schillingbasis) ¹⁾	+11,9	+13,0	-21,0	+17,0
Terms of Trade				
Waren und Dienstleistungen	- 0,7	- 1,3	+ 0,6	+ 0,2
Waren	- 1,1	- 1,0	+ 0,7	+ 0,1
Lohn- und Gehaltssumme ²⁾ in der Gesamtwirtschaft	+ 0,7	+ 1,6	+ 4,1	+ 3,9
Je Beschäftigten	+ 0,8	+ 0,7	+ 2,8	+ 2,0

¹⁾ HWWA-Index. – ²⁾ Brutto, ohne Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

Obwohl die Wirtschaft schwächer wuchs als 1998, entwickelte sich die Beschäftigung im gesamten Jahresverlauf sehr günstig. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten laut Hauptverband der Sozialversicherungsträger (ohne Bezieher von Karenzgeld und Präsenzdienster) stieg um mehr als 37.000. Die Konjunkturschwäche bis zur Jahresmitte betraf ausschließlich den produzierenden Bereich, der den Beschäftigungsabbau wieder verstärkt vorantrieb (1999 -4.400). Der von der Konjunkturerückbildung unberührte Dienstleistungsbereich expandierte über das gesamte Jahr hinweg kräftig und schuf 44.300 neue Stellen, vor allem im Teilzeitbereich.

Dieser starke Beschäftigungsanstieg ermöglichte eine Reduktion der Arbeitslosigkeit (1999 -16.000). Nach der traditionellen österreichischen Berechnungsmethode sank die Arbeitslosenquote von 7,2% auf 6,7%. Zu einem beträchtlichen Teil ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit auf verstärkte Schulungsmaßnahmen der Arbeitsmarktverwaltung zurückzuführen. Die im Nationalen Aktionsplan vorgesehene Schaffung von 100.000 zusätzlichen Beschäftigungsverhältnissen wurde somit zwei Jahre vor der Frist erreicht.

Die Verbraucherpreise stiegen im Jahresdurchschnitt um 0,6%; die Teuerungsrate war damit abermals niedriger als im Vorjahr (0,9%) und die geringste seit über 40 Jahren. Im Jahresverlauf verstärkte sich jedoch der Preisauftrieb zunehmend. Maßgebend war dafür die enorme Verteuerung von Erdölprodukten. Berücksichtigt man den Rückgang des Euro-Kurses gegenüber dem

Außenhandel, Zahlungsbilanz

	1996	1997	1998	1999
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Exporte, Waren				
Nominell	+ 5,5	+16,8	+ 8,4	+ 5,8
Real	+ 4,5	+16,5	+ 8,1	+ 5,5
Importe, Waren				
Nominell	+ 6,7	+10,9	+ 6,6	+ 5,5
Real	+ 4,5	+ 9,4	+ 7,1	+ 5,2
Terms of Trade	- 0,7	- 1,3	+ 0,6	+ 0,2
Handelsbilanz (Statistik Österreich) Mrd. S	-100,6	-75,2	-67,4	-68,4
in % des BIP	- 4,1	- 3,0	- 2,6	- 2,5
Leistungsbilanz Accrual Mrd. S	- 50,8	-64,2	-56,8	-58,6
in % des BIP	- 2,1	- 2,5	- 2,2	- 2,2

Q: OeNB, WIFO-Berechnungen. 1999: Schätzung des WIFO.

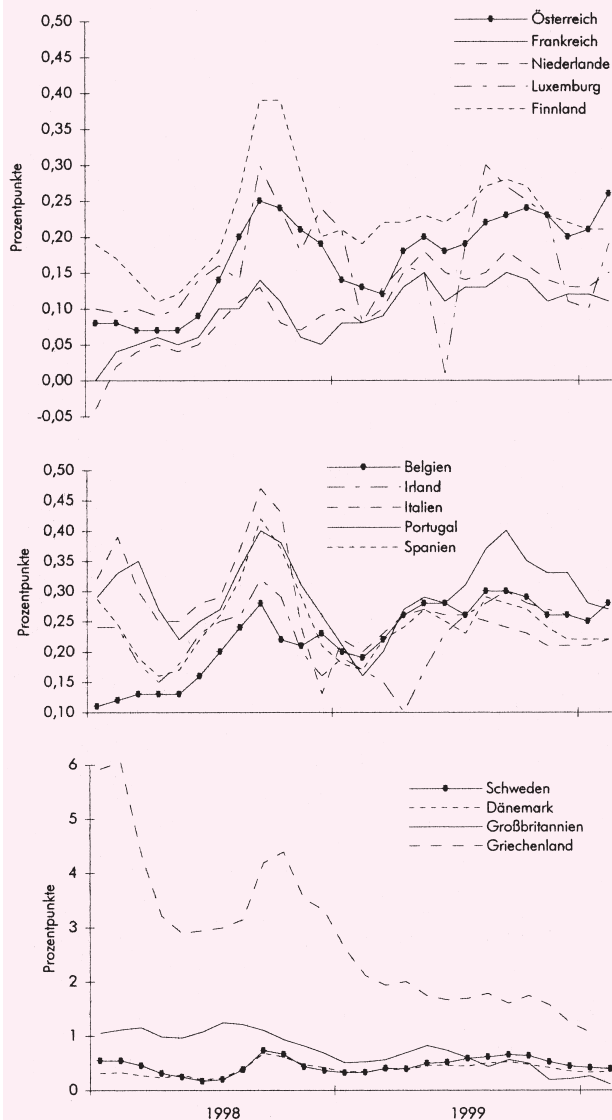
Dollar im Jahresverlauf, so ergibt sich im Vorjahresverlauf eine Verteuerung um 150%.

Marcus Scheiblecker
Statistik: Martha Steiner

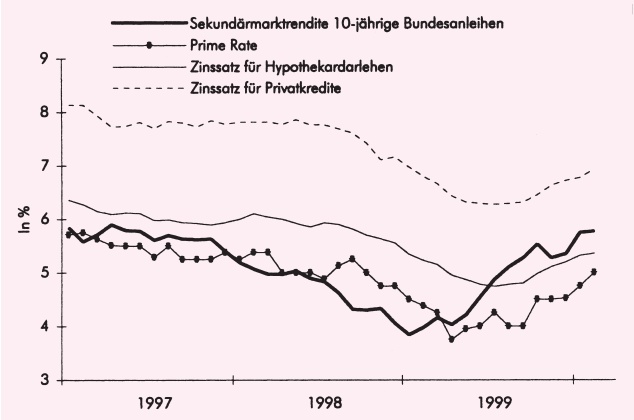
EXPANSIVE GELDPOLITIK UNTERSTÜTZT KONJUNKTURAUFSCHWUNG

Das Eurosystem war 1999 – mit Ausnahme des Anstiegs der Erdölpreise sowie des Rückgangs des Außenwertes des Euro – von binnenwirtschaftlichen Aspekten der Geldpolitik geprägt. Der Zinssenkungsbeschluss am 8. April 1999 zeigte, dass die EZB nicht nur auf mögliche Gefährdungen der Preisstabilität reagieren wird, sondern auch versuchen wird, in einem nahezu inflationsfreien Umfeld ein schwaches Wirtschaftswachstum (im Frühjahr 1999 waren insbesondere Deutschland und Italien betroffen) durch expansive Geldpolitik zu be-

Renditedifferenzen zu Deutschland für Staatspapiere mit einer Laufzeit von 10 Jahren



Zinssatzentwicklung in Österreich



schleunigen. Im Jahresverlauf ließen jedoch Zuwachsraten der Geldmenge M3 über dem Referenzwert, die unvermindert starke Kreditnachfrage des privaten Sektors, ein Sinken des effektiven Euro-Wechselkurses sowie eine merkliche Beschleunigung der Konjunktur im Euro-Raum Inflationsrisiken aufkommen. Der EZB-Rat beschloss daher im Sinne einer vorausschauenden Geldpolitik am 4. November 1999 (und in weiterer Folge am 3. Februar 2000 sowie am 16. März 2000), den Hauptrefinanzierungssatz um 1/2 Prozentpunkt (bzw. um jeweils 1/4 Prozentpunkt) zu erhöhen. Auch nach diesen zinspolitischen Maßnahmen bleibt die geldpolitische Ausrichtung akkommodierend. Liquidität ist im Bankensystem reichlich verfügbar, und der kurzfristige Realzins bewegt sich auf dem Vorjahresniveau.

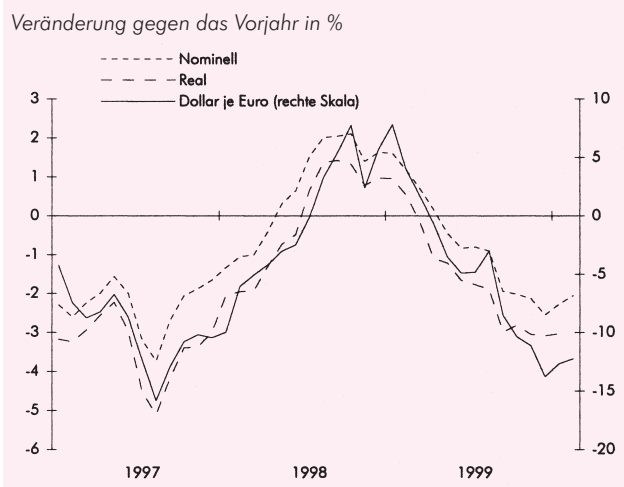
Die langfristigen Euro-Renditen erreichten Anfang 1999 mit knapp unter 4% ihren bisher niedrigsten Wert. Die Verbesserung der Konjunkturaussichten in Europa sowie ein Anstieg der Inflation ließen sie Anfang 2000 auf knapp 6% steigen. Die Renditen österreichischer Staatspapiere (sowie jene der meisten anderen Euro-Länder) wiesen gegenüber deutschen Anleihen eine positive Renditedifferenz zwischen 20 und 30 Basispunkten auf. Darin spiegeln sich weniger Bonitätsunterschiede als markttechnische Aspekte (insbesondere geringere Liquidität).

Die Kreditzinsen folgten im Wesentlichen dieser Entwicklung, das Zinstal wurde in Österreich Mitte 1999 durchschritten. Da für viele Kredite für das erste Jahr der Laufzeit ein am Geldmarkt orientierter Fixzins vereinbart ist (der zur Zeit unter dem Zinssatz einer variablen Verzinsung liegt), steigen die in der Zinsstatistik ausgewiesenen Kreditzinsen bei Vertragsabschluss langsamer als die Sekundärmarktrendite.

WECHSELKURSENTWICKLUNG VERBESSERT WETTBEWERBSPOSITION

Der Euro verlor im ersten Jahr seines Bestehens gegenüber den Währungen der wichtigsten Handelspartner deutlich an Wert. Gegenüber dem Dollar wertete der

Effektiver Wechselkursindex und Dollar-Euro-Kurs



Euro zwischen Dezember 1998 und Dezember 1999 um 14% ab, der Yen um 25% und das britische Pfund um 17%. Empirische Untersuchungen legen nahe, dass der Euro unterbewertet ist.

Die bilaterale Wechselkursentwicklung des Schillings entspricht genau jener des Euro. Gesamtwirtschaftlich aussagekräftiger ist jedoch die Entwicklung des effektiven Wechselkursindex des Schillings: Knapp 74% der Gewichte entfallen auf Handelspartner im Euro-Raum (EU 11). Indexveränderungen gehen daher im Wesentlichen auf den Dollar (Gewicht 8,4%), das britische Pfund (4,4%) und den japanischen Yen (3,1%) zurück. Deren Aufwertung bewirkte daher eine nominell-effektive Abwertung des Schillings um 2,6%. Real-effektiv (deflationiert mit dem Verbraucherpreisindex) wertete der Schilling um 3,1% ab, woraus eine deutliche Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit resultiert. Da auf Basis von Arbeitskosten berechnete reale Wechselkursindizes eine ähnliche Entwicklung zeigen, hat sich auch aus Kostensicht die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 1999 verbessert.

HOHES LEISTUNGSBILANZDEFIZIT ERWARTET

Die österreichische Leistungsbilanz (auf Transaktions- bzw. Accrual-Basis) wies in den ersten drei Quartalen

Zinssätze des Euro-Systems und der OeNB

	Einlagefazilität	Spitzenrefinanzierungsfazilität	Hauptrefinanzierungsgeschäft (Mengentender)	Basiszins-satz ¹⁾	Referenz-zinssatz ²⁾
	In %				
1. Jänner 1999	2	4 1/2	3	2 1/2	4 3/4
4. Jänner 1999 ²⁾	2 3/4	3 1/4	3	2 1/2	4 3/4
22. Jänner 1999	2	4 1/2	3	2 1/2	4 3/4
9. April 1999	1 1/2	3 1/2	2 1/2	2	3 3/4
5. November 1999	2	4	3	2 1/2	4 1/4
4. Februar 2000	2 1/4	4 1/4	3 1/4	2 1/2	4 1/4
17. März 2000	2 1/2	4 1/2	3 1/2	3	4 3/4

Q: OeNB. – ¹⁾ Früherer Diskont- bzw. Lombardsatz der OeNB. – ²⁾ Übergangsregelung bis 21. Jänner 1999.

Regionale Verteilung des Leistungsbilanzsaldos

	1995	1996	1997	1998
	Mrd. S			
EU 15	-66,7	-73,1	-87,0	-90,8
Euro-Raum	-55,2	-62,5	-80,3	-80,5
Andere Länder	12,7	22,3	25,6	34,0
Insgesamt	-54,0	-50,8	-61,4	-56,8

Q: WIFO-Datenbank.

1999 mit 57,9 Mrd. S ein um 14 Mrd. S höheres Defizit auf als im Vergleichszeitraum des Vorjahres¹⁾. Der Ausweitung des Defizits in der Güterbilanz um 12,7 Mrd. S sowie in der Position Einkommen um 15,8 Mrd. S stand eine Verbesserung des Saldos aus den Dienstleistungen um 15,1 Mrd. S gegenüber.

Das höhere Außenhandelsdefizit resultierte aus dem Wachstumsvorsprung der Importe gegenüber den Exporten; vor allem gegenüber Deutschland stieg das Defizit deutlich. Die regionale Struktur des Außenhandels – hohes Defizit gegenüber der EU 15 bzw. dem Euro-Raum – dürfte sich 1999 im Vergleich mit den Vorjahren kaum verändert haben. 1998 betrug das Leistungsbilanzdefizit gegenüber der EU 15 90,8 Mrd. S.

Die Verbesserung in der Dienstleistungsbilanz ergibt sich aus einem Anstieg des Überschusses in der Reiseverkehrsbilanz (+5,0 Mrd. S im Vorjahresvergleich) und in der Position „Nicht aufteilbare Leistungen“ (+5,8 Mrd. S).

Während in der Teilbilanz „Einkommen“ sich die Positionen „Erwerbseinkommen“ und „Einkommen aus Direktinvestitionen“ gegenüber dem Vergleichszeitraum kaum veränderten, fiel das Defizit in der Position „Vermögenseinkommen“ in den ersten drei Quartalen 1999 deutlich höher aus. In dieser Entwicklung spiegelt sich vor allem der an das Ausland zu leistende Zinsaufwand aus langfristigen festverzinslichen Wertpapieren, der aus dem hohen Auslandsabsatz der Schuldverschreibungen des öffentlichen Sektors resultiert.

Der Saldo der laufenden Transfers, deren bedeutendste Position die Transfers des öffentlichen Sektors (insbesondere die Transaktionen mit der EU) sind, verschlechterte sich in den ersten drei Quartalen 1999 gegenüber der Vergleichsperiode 1998 nur geringfügig auf 21,4 Mrd. S.

Die Kapitalbilanz war 1999 von einer hohen Dynamik der Investitionsströme vor allem mit dem Euro-Raum bzw. der EU 15 gekennzeichnet – Forderungen wie Ver-

¹⁾ Die Zahlungsbilanzstatistik wird für das gesamte Jahr 1999 von der OeNB Ende April 2000 bekanntgegeben. Die auf Cash-Basis bereits vorliegende Zahlungsbilanz wird hier nicht analysiert, da sie um wichtige Komponenten (Außenhandelsdaten von Statistik Österreich, Veränderung der Handelskredite, periodengerechte Berechnung der Einkommen aus Direkt- und Portfolioinvestitionen usw.) ergänzt wird. In den letzten Jahren unterschieden sich die Ergebnisse teilweise beträchtlich.

Ausgewählte Komponenten der österreichischen Zahlungsbilanz

Accrual-Basis

	1995	1996	1997	1998	1998	1999
	Mrd. S				I. bis III. Quartal	I. bis III. Quartal
Leistungsbilanz	- 54,0	- 50,8	- 64,2	- 56,8	- 43,9	- 57,9
Güter	- 67,1	- 77,0	- 52,0	- 45,2	- 33,7	- 46,4
Dienstleistungen	46,5	48,2	12,0	27,3	19,8	34,9
Einkommen	- 16,2	- 3,1	- 3,5	- 15,0	- 9,2	- 25,0
Laufende Transfers	- 17,3	- 18,8	- 20,7	- 23,9	- 20,8	- 21,4
Vermögensübertragungen	- 0,6	0,8	0,3	- 2,5	- 1,4	- 1,6
Kapitalbilanz	59,5	43,8	56,9	65,2	72,1	58,1
Direktinvestitionen	7,8	26,4	8,1	39,4	14,0	0,8
Im Ausland	- 11,4	- 20,5	- 24,2	- 33,8	- 21,8	- 33,2
In Österreich	19,2	46,9	32,4	73,3	35,8	33,9
Portfolioinvestitionen	95,4	- 28,9	11,7	63,1	26,8	- 13,5
Ausländische Wertpapiere	- 28,5	- 88,0	- 122,3	- 142,3	- 127,6	- 265,4
Inländische Wertpapiere	123,9	59,1	134,1	205,3	154,4	251,9
Sonstige Investitionen	- 28,6	55,3	0,6	8,8	30,5	53,8
Finanzderivate	- 1,3	2,2	0,5	- 6,0	- 2,4	- 8,7
Offizielle Währungsreserven	- 13,8	- 11,1	35,9	- 40,1	3,2	25,7
Statistische Differenz	- 4,9	6,1	7,0	- 5,8	- 26,8	1,4

Q: OeNB.

bindlichkeiten haben sich mehr als verdoppelt. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf Portfolioinvestitionen in Form von langfristigen festverzinslichen Wertpapieren, auf kurzfristige Einlagen und Kredite des Bankensektors sowie auf Investitionsströme der OeNB zurückzuführen, die im Zusammenhang mit der Abwicklung der Targetzahlungen (verbucht in den Sonstigen Investitionen) stehen.

Hatte der Kapitalimport aus Direktinvestitionen in den ersten drei Quartalen 1998 14 Mrd. S betragen, so glichen einander die Kapitalbewegungen aus Direktinvestitionen im gleichen Zeitraum 1999 nahezu aus. Die ausländischen Direktinvestitionen verharrten auf hohem Niveau; knapp die Hälfte des in Österreich investierten Kapitals stammt aus Deutschland. Die österreichischen Direktinvestitionen erhöhten sich im Vergleich mit dem Vorjahr um 11,4 Mrd. S. Knapp 40% des Kapitalexports entfielen auf Osteuropa, rund 36% auf die EU 15.

Der Kapitalzufluss aus Portfolioinvestitionen von 26,8 Mrd. S in den ersten drei Quartalen 1998 drehte sich im Vergleichszeitraum 1999 in einen Kapitalabfluss von 13,5 Mrd. S. Der Nettoabsatz inländischer Wertpapiere – insbesondere Staatsanleihen – stieg zwar kräftig, glich aber den Kapitalabfluss aus den Investitionen der österreichischen Anleger in ausländische Wertpapiere nicht aus. Die Einführung des Euro hat die Investitionsmöglichkeiten in Wertpapiere, die nun in heimischer Währung keinem Wechselkursrisiko mehr unterliegen, erhöht. Ein Großteil der Nettoinvestitionen entfiel auf den Euro-Raum, wobei Schuldverschreibungen dominierten. Insbesondere Investoren, die an Veranlagungsrichtlinien gebunden sind, nutzten die erweiterten Möglichkeiten zur Neustrukturierung ihres Portefeuilles.

Mittelaufbringung und Mittelverwendung des Bankensystems

Jahresendstände

	1997	1998	1999	1997	1998	1999
	Mrd. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Inländische Mittelaufbringung</i>						
Sichteinlagen in Schilling bzw. Euro	306,1	350,1	414,7	+ 7,6	+14,4	+18,5
Termineinlagen in Schilling bzw. Euro	100,9	148,1	224,0	-13,6	+46,9	+51,2
Spareinlagen in Schilling bzw. Euro	1.617,8	1.647,7	1.683,0	+ 2,1	+ 1,8	+ 2,1
Bauspareinlagen	203,8	200,1	199,9	+ 8,8	- 1,8	- 0,1
Sichteinlagen in Fremdwährung	35,5	38,4	16,8	+ 2,9	+ 8,0	-56,3
Termineinlagen in Fremdwährung	121,9	107,2	25,4	- 1,4	-12,1	-76,3
Spareinlagen in Fremdwährung	1,7	1,9	0,4	+13,6	+12,1	-77,0
Eigene Inlandsemissionen an Nichtbanken	730,4	728,4	807,2	+ 3,2	- 0,3	+10,8
<i>Inländische Mittelverwendung</i>						
Direktkredite	2.658,2	2.756,1	2.900,6	+ 3,6	+ 3,7	+ 5,2
An den öffentlichen Sektor	437,4	413,9	404,0	- 6,1	- 5,4	- 2,4
An Unternehmen	1.441,9	1.539,2	1.602,3	+ 6,9	+ 6,7	+ 4,1
An Private	638,0	670,9	740,7	+ 5,3	+ 5,2	+10,4
Fremdwährungskredite	221,7	335,5	454,9	+32,2	+51,4	+35,6
Schillingkredite	2.436,5	2.420,5	2.445,8	+ 1,6	- 0,7	+ 1,0
<i>Auslandsgeschäft</i>						
Auslandsaktiva	1.450,2	1.523,8	1.807,9	+15,6	+ 5,1	+18,6
Auslandspassiva	1.649,3	1.746,6	2.026,1	+19,5	+ 5,9	+16,0
Bilanzsumme	6.000,2	6.616,8	7.219,1	+ 6,2	+10,3	+ 9,1

Q: OeNB.

Die offiziellen Währungsreserven sanken in den ersten drei Quartalen 1999 um 25,7 Mrd. S. Zwei Drittel dieser Veränderung (16,2 Mrd. S) resultierten aus der Übertragung von Währungsreserven an die EZB.

KRÄFTIGE AUSWEITUNG DES AUSLANDSGESCHÄFTS

Die Bilanzsumme des österreichischen Bankensektors wuchs 1999 um 9,1% auf 7.219 Mrd. S und damit etwas schwächer als 1998 (+10,3%). Knapp die Hälfte des Anstiegs ist auf die kräftige Ausweitung des Auslandsgeschäfts gegenüber 1998 zurückzuführen.

In der Mittelaufbringung setzte sich die Strukturverschiebung hin zum liquiden Bereich 1999 fort: Niedrige Opportunitätskosten und Preisstabilität lassen die Sichteinlagen kräftig expandieren. Die Spareinlagen stiegen 1999 ebenfalls (+2,1%); nach Abzug der kapitalisierten Zinsen sind sie jedoch seit fünf Jahren rückläufig. Aufgrund der Einführung des Euro sind die Veränderungsraten stark verzerrt: Frühere Einlagen in Währungen der Euro-Länder zählen nun nicht mehr zu den Fremdwährungseinlagen und erhöhen die früheren Schillingeinlagen. Im Mittelaufkommen wurde das insgesamt verhaltene Einlagenwachstum durch eine kräftige Ausweitung des Absatzes eigener Inlandsemissionen (+10,8%) dominiert.

Die Kreditgewährung an inländische Nichtbanken nahm gegenüber dem Vorjahr um 144,6 Mrd. S zu (+5,2%), davon 119,3 Mrd. S (+35,6%) in Fremdwährung. Der überwiegende Teil der aushaftenden Fremdwährungs-

kredite lautet auf Schweizer Franken. Während die Kreditgewährung an den öffentlichen Sektor weiterhin rückläufig war (-2,4%), beschleunigte sich die Nachfrage der privaten Haushalte kräftig. Sie erhöhten ihre Verpflichtungen um 10,4%. Trotz günstiger Finanzierungskosten weiteten die Unternehmen ihre Kreditnachfrage nur mäßig aus.

Der Kapitalmarkt war weiterhin vom dynamischen Wachstum der heimischen Investmentfonds gekennzeichnet. Der Vermögensbestand der österreichischen Kapitalanlagegesellschaften expandierte um 44,3% – das ist der bisher höchste Zuwachs – und überschritt erstmals die 1.000-Milliardengrenze (1.105,5 Mrd. S). Die Investmentfonds investierten verstärkt in Anteilswerte (Aktien und andere Beteiligungspapiere sowie Investmentzertifikate, jeweils inländischer und ausländischer Emittenten), deren Anteil am Vermögensbestand erhöhte sich von 19,5% (1998) auf 28,2% (1999). Der Anteil der Rentenwerte verringerte sich von 73,5% (1998) auf 65,0% (1999). 76,1% des gesamten Fondsvolumen sind in Euro investiert, 23,9% in Fremdwährung.

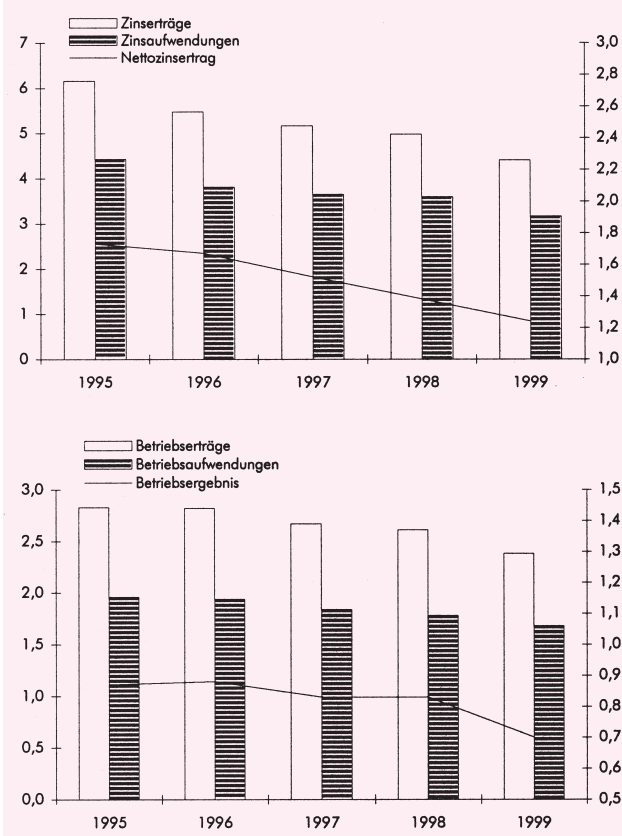
VERSCHLECHTERUNG DER ERTRAGSLAGE IM BANKENSYSTEM

Die Ertragslage des österreichischen Bankensystems verschlechterte sich 1999 deutlich. Während die Betriebserträge um nur 0,4% auf 166,3 Mrd. S gesteigert wurden, nahmen die Betriebsaufwendungen um 4,1% auf 117,5 Mrd. S zu. Das Verhältnis der Betriebsaufwendungen zu den Betriebserträgen erhöhte sich von 68,1% auf 70,6%. Das Betriebsergebnis lag mit 48,8 Mrd. S (0,7% der durchschnittlichen Bilanzsumme) um 7,7% unter dem Wert 1998 (52,9 Mrd. S). In den einzelnen Sektoren verlief die Entwicklung unterschiedlich: Die Sonderbanken, Landeshypothekenbanken und Bausparkassen steigerten oder hielten ihr Betriebsergebnis (Volksbankensektor und Raiffeisensektor); Aktienbanken und Bankiers sowie der Sparkassensektor erlitten Einbußen.

Der Rückgang des Nettozinsertrags um 0,9% fiel zwar schwächer aus als in den vorangegangenen Jahren, der anhaltend scharfe Zinswettbewerb ließ die Nettozinsertragsspanne 1999 jedoch weiter auf 2,23% sinken (1998 2,51%, 1997 2,7%). Im Inlandsgeschäft fiel der Nettozinsertrag um 11,6% geringer aus als 1998 (67,8 Mrd. S), im Auslandsgeschäft wurde er hingegen um 77,4% auf 18,6 Mrd. S gesteigert. Der Anteil des Nettozinsertrags an den gesamten Betriebserträgen ging 1999 weiter auf 52,0% zurück; angesichts des anhaltend scharfen (Zins-)Wettbewerbs im österreichischen Bankensystem erscheint die Ergebnisabhängigkeit von dieser Ertragskomponente aber noch immer zu hoch.

Ertragslage des Bankensystems

In % der durchschnittlichen Bilanzsumme



Der Saldo aus dem Provisionsgeschäft wurde – ähnlich wie in den vorangegangenen Jahren – um 10,9% auf 36,5 Mrd. S gesteigert; das entspricht einem Anteil von 22% an den gesamten Betriebserträgen. Neben dem Zuwachs der Provisionserträge im Zahlungsverkehr, Kreditgeschäft, Devisen-, Sorten- und Edelmetallgeschäft und dem sonstigen Dienstleistungsgeschäft erhöhten sich die Provisionserträge aus dem Wertpapiergeschäft besonders kräftig (+18,1%).

Der Personalaufwand stieg 1999 um 3,6% auf 60,5 Mrd. S und somit stärker als in den drei Jahren zuvor. Neben Löhnen und Gehältern trugen die Dotierungen der Pensionsrückstellungen sowie der zunehmende laufende Aufwand für die Altersversorgung dazu bei. Investitionen in neue Informationstechnologien, die Umstellung auf den Euro sowie vermehrter Einsatz von Fremdpersonal erhöhten den Sachaufwand 1999 um 4,8% auf 37,2 Mrd. S.

Unter Berücksichtigung des Wertberichtigungsbedarfs im Kreditbereich sowie von Wertpapieren und Beteiligungen, außerordentlichen Erträgen und erwarteten Steuern rechnen die österreichischen Kreditinstitute für das Jahr 1999 mit einem Jahresüberschuss von 22,8 Mrd. S (+1,7% gegenüber 1998).

Peter Brandner
Statistik: Christa Magerl

EXPORTE ERHOLEN SICH LANGSAM

Österreichs Exporte stiegen 1999 um 5,8%. Mit diesem Ergebnis konnte sich Österreich gegenüber der westeuropäischen Konkurrenz behaupten und Marktanteile gewinnen. Aufgrund der allgemeinen Konjunkturschwäche in West- und Osteuropa war allerdings das Wachstum der Märkte mäßig. Die Steigerung der österreichischen Exporte war zuletzt 1996 so gering gewesen und blieb deutlich unter jener von 1997 und 1998. Die raschere Erholung der Binnenkonjunktur ließ die Importnachfrage relativ lebhaft expandieren, sodass sich das Handelsbilanzdefizit um 1 Mrd. S auf 68,4 Mrd. S verschlechterte.

BELEBUNG DER EXPORTE AB DER ZWEITEN JAHRESHÄLFTE

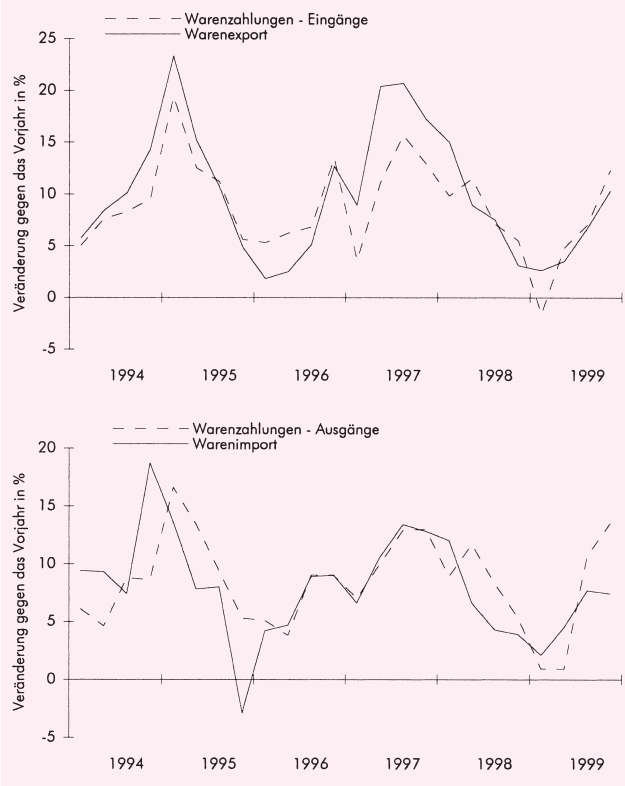
Die Exportdynamik fiel im Jahr 1999 deutlich geringer aus als in den Vorjahren. Wie sich dies am Jahresende 1998 bereits abzeichnete, war das Wachstum Anfang 1999 sehr niedrig und erholte sich nur langsam bis zum Jahresende. Mit +5,8% (nominell) hatten die Exporte zuletzt 1996 so mäßig zugenommen. Diese Entwicklung hat mehrere Ursachen: Dämpfend wirkte vor allem die Konjunkturschwäche in der EU an der Jahreswende 1998/99 und darunter besonders in Deutschland als wichtigstem Wirtschaftspartner Österreichs mit einem Anteil an den österreichischen Exporten von 34,8% (auch in Italien ließ die Konjunktur bereits 1998 nach). Wachstumseinbrüche und Zahlungsbilanzprobleme in einigen Ländern Ost-Mitteuropas (Slowakei, Rumänien und Kroatien, in abgeschwächter Form auch in Tschechien) sowie die Nachwirkungen der Russlandkrise dämpften 1999 das Exportwachstum ebenso wie der Einbruch der Exporte nach Südamerika und in die OPEC-Staaten sowie die – zumindest in der ersten Jahreshälfte – zögerliche Erholung der Wirtschaftsbeziehungen mit den „Vier Tigern“. Ein noch stärkeres Absacken der Exporte wurde durch ein leichtes Anziehen der europäischen Konjunktur ab der Jahresmitte abgefedert. Dass der Tiefpunkt in der ersten Hälfte des Jahres überwunden wurde, zeigte auch der Aufschwung ab dem III. Quartal 1999.

Österreichs Außenhandel: Überblick

	1998			1999		
	Export	Import	Saldo	Export	Import	Saldo
Werte						
Mrd. S	774,7	842,1	-67,4	819,7	888,1	-68,4
In % des BIP	29,7	32,3	-2,6	30,5	33,1	-2,5
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Nominell	+ 8,4	+ 6,6		+ 5,8	+ 5,5	
Real	+ 8,1	+ 7,1		+ 5,5	+ 5,2	
Preise	+ 0,2	- 0,5		+ 0,3	+ 0,2	
Warenzahlungen ¹⁾	+ 8,3	+ 8,5		+ 5,9	+ 6,6	

¹⁾ Laut OeNB.

Österreichs Außenhandel 1994 bis 1999



Die Erholung in der zweiten Jahreshälfte blieb allerdings schwächer als erwartet, weil die Preise auf den internationalen Rohölmärkten anzogen. Der Preisauftrieb begünstigte wohl die Nachfrage der OPEC und anderer

wichtiger Erdölexporteure, die Verteuerung der Importe dämpfte jedoch die Dynamik der Inlandsnachfrage.

ÖSTERREICH GEWINNT MARKANTEILE

1999 (bis einschließlich September) konnten Österreichs Exporteure ihren Marktanteil an den Exporten aller OECD-Länder neuerlich ausweiten. Im Intra-OECD-Export und mehr noch im Extra-OECD-Export behauptete sich Österreich gegenüber den anderen OECD-Ländern und im Vergleich zum Vorjahr erfolgreich. Die Performance österreichischer Unternehmen auf dem osteuropäischen Markt spielt dabei eine zentrale Rolle: Der Bonus des First-Mover Advantage aus der aktiven Marktbewirtschaftung in der ersten Zeit nach der Ostöffnung Ende der achtziger und Anfang der neunziger Jahre muss weiter genutzt und ausgebaut werden. Gemessen am Volumen hat allerdings der Marktanteilszuwachs im Intra-OECD-Export bzw. in OECD-Europa deutlich größeres Gewicht.

VERSCHLECHTERUNG DER HANDELSBILANZ

Das frühzeitige Anspringen der Inlandsnachfrage verstärkte das Wachstum der Importe (+5,5% gegenüber dem Vorjahr). Aufgrund der ungünstigen Wirtschaftslage in Osteuropa und der damit verbundenen niedrigen Preise gewann Osteuropa für die österreichischen Importe etwas zulasten der EU an Bedeutung. Den wahrscheinlich schwächeren Preissteigerungen im Import aus

Regionalstruktur des Außenhandels

	Export		Import		Saldo	
	1999 Anteile in %	1998 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1999 Anteile in %	1998 Veränderung gegen das Vorjahr in %	1998 Mrd. S	1999 Mrd. S
OECD aktuell ¹⁾	87,3	+10,3	88,7	+ 7,4	-75,3	- 72,2
OECD	77,4	+11,0	81,3	+ 6,9	-92,7	- 88,0
EU (Intra-Handel)	62,6	+11,7	68,4	+ 7,5	-90,4	- 94,5
Euro-Raum	55,9	+12,0	63,2	+ 7,4	-96,8	-103,6
Deutschland	34,8	+11,0	41,7	+ 6,9	-73,3	- 84,8
Italien	8,4	+12,2	7,6	+ 1,1	- 0,9	1,1
Sonstiges Westeuropa	7,7	+ 8,2	4,4	+ 9,5	16,1	24,1
EFTA	7,0	+ 9,4	3,8	+10,2	14,5	23,4
Schweiz	6,5	+10,9	3,6	+10,2	12,0	21,5
Andere	0,8	+ 0,5	0,6	+ 5,7	1,7	0,7
Industriestaaten in Übersee	7,0	+ 6,9	8,5	+ 0,5	-18,4	- 17,6
NAFTA	5,4	+17,8	6,0	- 4,0	- 7,6	- 8,8
USA	4,6	+19,7	5,4	- 3,9	- 9,3	- 10,6
Japan	1,2	-20,1	2,5	+13,6	-12,5	- 12,3
Oststaaten	16,1	+ 2,0	11,7	+11,5	31,3	27,8
Ost-Mitteleuropa ²⁾	10,5	+ 5,8	8,0	+13,2	17,3	15,2
Südosteuropa ³⁾	4,2	+ 1,7	1,9	+15,5	17,4	18,0
Frühere UdSSR	1,3	-16,9	1,8	+ 1,7	- 3,4	- 5,3
Entwicklungsländer	6,5	- 3,0	7,0	- 4,1	- 6,0	- 8,2
OPEC	1,5	- 5,9	1,3	-33,0	2,5	0,9
NOPEC	5,0	- 2,1	5,7	+ 5,6	- 8,5	- 9,1
China	0,6	+21,8	1,4	+ 2,9	- 6,0	- 7,3
Südamerika	1,1	+ 1,4	0,7	+13,9	2,8	2,8
„Vier Tiger“ ⁴⁾	1,3	-22,1	1,8	+ 6,0	- 3,9	- 5,3
6 dynamische Länder Asiens ⁵⁾	1,6	-20,1	2,2	+ 7,3	- 6,0	- 6,6
EU-Extra-Handel	37,4	+ 2,9	31,6	+ 4,5	23,1	26,1
Insgesamt	100,0	+ 8,4	100,0	+ 6,6	-67,4	- 68,4

¹⁾ OECD einschließlich Mexiko, Südkorea, Tschechien, Ungarn, Polen. – ²⁾ Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei. – ³⁾ Albanien, Bulgarien, Rumänien, früheres Jugoslawien. – ⁴⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan. – ⁵⁾ Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Thailand, Malaysia.

Österreichs Marktanteilsentwicklung

Anteile am Export der OECD

	1998	1998	1999
	In %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Jänner bis September
Extra-OECD	1,498	+8,3	+ 4,8
Entwicklungsländer	0,531	+7,2	+ 2,7
OPEC	0,984	+5,1	+ 9,2
NOPEC	0,468	+8,1	+ 3,2
Oststaaten	6,531	-2,1	+20,2
Ost-Mitteleuropa	8,124	-6,5	+ 6,3
Südosteuropa	9,738	-4,8	+13,9
Frühere UdSSR	2,062	-9,1	+20,6
OECD	1,777	+5,3	+ 3,4
OECD-Europa	2,375	+4,2	+ 4,8
OECD-Übersee	0,454	+4,6	+12,3
Insgesamt	1,702	+6,5	+ 3,9

Q: OECD, WIFO-Berechnungen.

den Oststaaten dürften entsprechend stärkere Mengenausweitungen gegenüberstehen. Ein ähnliches Bild ergibt sich für die Entwicklung der Importanteile aus der übrigen EU – der entsprechende Anteil stieg etwas – und aus dem Euro-Raum.

Insgesamt resultierte die Entwicklung des österreichischen Außenhandels im letzten Jahr in einer Verschlechterung der Handelsbilanz, nachdem im Jahr 1998 eine Verbesserung um 7,8 Mrd. S verbucht worden war. Die Verschlechterung der Handelsbilanz ging in erster Linie auf die Entwicklung der Handelsströme mit den Ländern des Euro-Raumes bzw. der EU zurück.

WARENZAHLUNGS- UND AUSSENHANDELS-STATISTIK

Die statistischen Meldungen über Zahlungseingänge für Exporte (OeNB) und über Warenströme ins Ausland stimmen seit etwa 1½ Jahren relativ gut überein (abgesehen von der gravierenden Abweichung im I. Quartal des Vorjahres 1999). Dies dürfte u. a. auf eine Verbesserung der Meldemoral der Unternehmen zurückgehen. Die Abweichungen der beiden Importstatistiken sind hingegen substantiell. Die Entwicklung der Warenzahlun-

Österreichs Energieimporte

	1981	1994	1997	1998	1999
	Mrd. S				
Brennstoffe, Energie	62,4	27,7	41,7	35,3	37,7
Erdöl und -erzeugnisse	43,9	17,7	26,4	21,1	26,2
Erdöl	32,8	11,0	15,7	10,6	12,9
	Anteile am Gesamtimport in %				
Brennstoffe, Energie	18,7	4,4	5,3	4,2	4,2
Erdöl und -erzeugnisse	13,1	2,8	3,3	2,5	2,9
Erdöl	9,8	1,8	2,0	1,3	1,5
	In % des BIP				
Brennstoffe, Energie	5,7	1,2	1,7	1,4	1,4
Erdöl und -erzeugnisse	4,0	0,8	1,0	0,8	1,0
Erdöl	3,0	0,5	0,6	0,4	0,5
	Erdölpreise				
Importpreis					
\$ je t	4.351,2	1.416,8	1.858,1	1.261,8	1.676,5
\$ je Barrel	36,9	16,7	20,6	13,8	16,3

gen lässt erwarten, dass die Importe noch stärker nach oben revidiert werden müssen. Die gegenwärtig ausgewiesene – bereits ungünstige – Handelsbilanz würde den tatsächlichen Wert demnach unterschätzen.

RÜCKGANG DER EXPORTE VON BEARBEITETEN WAREN

Auf der Exportseite ergibt sich in nur einer Warengruppe – bearbeitete Waren (-4,1%, Importe +0,2%) – ein Rückgang. In erster Linie ging dies auf den Einbruch der Nachfrage nach Eisen- und Stahlwaren zurück (-22,3%; real -17,7%, Preise -4,6%). Demnach dürften die Asien- und Russlandkrise sowie die Konjunkturschwäche in einigen Ländern Ost-Mitteleuropas den Geschäftsgang von Industriebetrieben mit Schwerpunkt in der Eisen- und Stahlerzeugung nachhaltiger beeinträchtigt haben als in anderen Branchen. Besonders deutlich brachen die Exporte von Eisen- und Stahlwaren mit niedrigerem Verarbeitungsgrad ein. Wie schon in den letzten Jahren wurde nur im Außenhandel mit bearbeiteten Waren ein Handelsbilanzüberschuss erwirtschaftet, er war allerdings erstmals seit längerer Zeit rückläufig.

Warenstruktur des Außenhandels

	Export			Import			Saldo	
	1999	1998	1999	1999	1998	1999	1998	1999
	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Anteile in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd. S	Mrd. S	Mrd. S	Mrd. S
Nahrungsmittel	4,9	+ 9,2	+13,5	5,9	+ 4,1	+ 0,7	-16,2	-11,8
Rohstoffe	3,6	+ 1,9	+11,6	3,8	+ 0,9	+ 3,1	- 6,5	- 4,5
Holz	2,1	+ 3,7	+21,0	1,2	+ 4,8	+26,1	5,9	6,7
Brennstoffe	1,0	- 9,9	+ 1,6	4,2	-15,3	+ 6,7	-27,6	-29,8
Chemische Erzeugnisse	9,4	+ 4,1	+ 7,0	10,3	+ 7,5	+ 1,9	-18,0	-14,7
Bearbeitete Waren	23,9	+10,4	- 4,1	17,2	+ 5,2	+ 0,2	52,5	43,9
Papier	4,7	+ 5,9	- 0,2	2,1	+ 6,5	+ 7,5	20,8	19,3
Textilien	3,0	+ 4,7	- 1,6	2,4	- 0,5	+ 0,4	3,1	2,6
Eisen, Stahl	4,3	+37,0	-22,3	2,2	+14,3	-13,0	23,2	16,0
Maschinen, Fahrzeuge	43,2	+ 9,6	+10,3	41,1	+11,0	+ 9,2	-13,4	-11,0
Pkw	4,6	+ 6,1	+31,1	5,8	+17,5	- 0,7	-22,7	-13,3
Konsumnahe Fertigwaren	13,8	+ 6,9	+ 6,3	17,1	+ 5,2	+ 8,0	-34,5	-39,1
Insgesamt	100,0	+ 8,4	+ 5,8	100,0	+ 6,6	+ 5,5	-67,4	-68,4

Die Öffnung der Schere zwischen Import- und Exportentwicklung dürfte auch auf die Preissituation auf den Energiemärkten zurückzuführen sein. Trotz Rückgangs der Importmengen einiger wichtiger Energieträger (Kohle und Koks sowie Erdöl und Erdölprodukte) zwischen 1998 und 1999 nahmen die Energieimporte aufgrund der starken Verteuerung von Erdöl und Erdölprodukten zu. Ein Teil der Verschlechterung der österreichischen Handelsbilanz geht auf diese Entwicklungen zurück.

Peter Egger
Statistik: Gabriele Wellan

ANHALTENDE AUFWÄRTSTENDENZ IM TOURISMUS

Nach den seit Anfang der neunziger Jahre beobachteten Anpassungsschwierigkeiten im österreichischen Tourismus belebte sich im Laufe des Jahres 1997 die Nachfrage nach Österreich-Reisen. Damit entschärfte sich die angespannte Lage der Tourismus- und Freizeitwirtschaft spürbar. 1999 expandierten die österreichischen Tourismusumsätze um etwa 4% und erreichten damit ein Volumen von rund 199 Mrd. S.

Während die internationale Nachfrage anzog und die Ausgaben der Österreicher für Inlandsaufenthalte (+7½%) kräftig stiegen, blieben die Aufwendungen der Inländer für Auslandsreisen nach einem Rückgang um rund 2% im Jahr 1998 im vergangenen Jahr unverändert. Die Zahl der Nächtigungen erhöhte sich 1999 um 1½% und erreichte 112,7 Mio.; 82,4 Mio. Ausländernächtigungen wurden registriert (+¾%), das Volumen der Inländernächtigungen betrug 30,3 Mio. (+4%).

Die Umsätze entwickelten sich weiterhin günstiger als die Nächtigungen – ein Hinweis auf Strukturverbesserungen: So stieg bei einem Nächtigungszuwachs von 1½% der Aufwand je Übernachtung um 2% (nach +3½% im Jahr 1998).

Die positiven Entwicklungstendenzen im österreichischen Tourismus spiegeln sich in der Verbesserung der Reiseverkehrsbilanz: Nachdem der Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz 1997 auf 18,8 Mrd. S gesunken war (nach mehr als 70 Mrd. S zu Beginn der neunziger Jahre), betrug er 1999 wieder 33,3 Mrd. S.

Die Ursachen des Tourismusaufschwungs liegen überwiegend in der günstigen Konjunktursituation im In- und Ausland, im hohen Verbrauchervertrauen und in den Vorteilen aufgrund der Europäischen Währungsunion. Wechselkursbedingte Verlagerungen der internationalen Reiseströme sind im Euro-Raum nahezu zum Stillstand gekommen. Ein preisbestimmter Einfluss geht auf die Reiseströme innerhalb des Euro-Raumes damit nur noch von den regionalen Preisdifferenzen aus, die jedoch aufgrund der notwendigen Voraussetzungen für das Beste-

hen eines einheitlichen Währungsgebietes relativ gering sind. Von diesen Entwicklungstendenzen profitiert insbesondere der österreichische Tourismus, da die wichtigen Konkurrenzländer in Südeuropa durch Abwertungen keine Preisvorteile mehr erzielen können.

Positiv wirkten auf den österreichischen Tourismus ferner die Positionsvorteile im Segment der Kurzurlaube, die Modernisierungsbestrebungen im Bereich der Angebotspolitik und die laufenden Strukturverbesserungen.

WINTERUMSÄTZE 1998/99 KRÄFTIG GESTIEGEN

In der Wintersaison 1998/99 stiegen die Umsätze um 3,3% (real +2,8%) und erreichten ein Niveau von 99,3 Mrd. S. Die Aufwendungen der Österreicher im Zuge von Auslandsreisen gingen mit nominell -9% (real -10%) stark zurück. Hingegen stiegen die Aufwendungen der Österreicher im Binnenreiseverkehr um 3½%.

Die Zahl der Übernachtungen war um rund 5½% höher als im Winterhalbjahr 1998/99. Nominell wandten die Gäste pro Nächtigung um 2% weniger auf als im Vorjahr (Winterhalbjahr 1997/98 +4¾%).

Die Nächtigungsbilanz registriert deutliche Zuwächse der Übernachtungen von Polen (+21%), Ungarn (+19%), Tschechen und Slowaken (+17,5%), Belgiern und Luxemburgern (+15%), Niederländern (+11½%), Gästen aus den USA und Großbritannien (je +10%) sowie aus Italien (+6½%).

Die Aufenthaltsdauer blieb im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen unverändert: Sie betrug für Inländer 3,8, für Ausländer 5,1 Tage. In der gehobenen Hotellerie überstieg die Nachfrage der Inländer die der Ausländer etwas.

Die Zahl der Nächtigungen in den Landeshauptstädten erhöhte sich mit +1¾% deutlich schwächer als im übrigen Österreich (+5¾%); ungünstig entwickelten sich insbesondere die Übernachtungen in Wien (+¾%), Salzburg (±0%) und Linz (-3½%).

WEITERE ERHOLUNG IN DER SOMMERSAISON 1999

Die Erholung in der Sommersaison hielt 1999 weiter an: Nach +4¾% im Sommer 1998 (real +3½%) stiegen die Tourismusumsätze um 3½% (real +2¾%) und erreichten 97,5 Mrd. S. Damit blieben die Umsätze der Sommersaison etwas hinter jenen der Wintersaison zurück.

Die Ausgaben der Österreicher für Auslandsreisen stagnierten, während die Ausgaben der Inländer für Österreich-Urlaube mit +9% außergewöhnlich kräftig zunahmen.

Die Steigerungsrate der Einnahmen aus dem internationalen Reiseverkehr war mit 2¼% zwar hoch, blieb aber

Nächtigungsentwicklung nach der Herkunft

	1995	1996	1997 In 1.000	1998	1999	1995	1996	1997 Anteile in %	1998	1999
<i>Insgesamt</i>	117.115	112.936	109.066	111.131	112.698	100,00	100,00	100,00	100,00	100,00
<i>Inländer insgesamt</i>	30.123	28.719	28.504	29.278	30.301	25,72	25,43	26,13	26,35	26,89
Wien	8.528	7.942	7.644	7.653	7.758	7,28	7,03	7,01	6,89	6,88
Andere Bundesländer	21.595	20.777	20.860	21.625	22.543	18,44	18,40	19,13	19,46	20,00
<i>Ausländer insgesamt</i>	86.991	84.217	80.562	81.853	82.396	74,28	74,57	73,87	73,65	73,11
Belgien, Luxemburg	2.615	2.564	2.427	2.254	2.270	2,23	2,27	2,23	2,03	2,01
Dänemark	803	792	781	822	872	0,69	0,70	0,72	0,74	0,77
Deutschland	58.430	56.304	52.822	52.783	53.074	49,89	49,85	48,43	47,50	47,09
Finnland	112	124	140	165	179	0,10	0,11	0,13	0,15	0,16
Frankreich	2.134	2.011	1.851	1.890	1.723	1,82	1,78	1,70	1,70	1,53
Griechenland	135	141	157	163	149	0,12	0,12	0,14	0,15	0,13
Großbritannien	2.716	2.370	2.478	2.673	2.782	2,32	2,10	2,27	2,41	2,47
Italien	2.211	2.274	2.378	2.606	2.676	1,89	2,01	2,18	2,34	2,37
Niederlanden	7.516	7.029	6.728	6.787	7.010	6,42	6,22	6,17	6,11	6,22
Norwegen	127	119	170	158	162	0,11	0,11	0,16	0,14	0,14
Schweden	710	620	613	625	636	0,61	0,55	0,56	0,56	0,56
Schweiz	2.903	2.972	2.783	2.803	2.782	2,48	2,63	2,55	2,52	2,47
Bulgarien	72	66	50	56	55	0,06	0,06	0,05	0,05	0,05
Polen	391	484	587	697	795	0,33	0,43	0,54	0,63	0,71
Rumänien	72	90	74	85	91	0,06	0,08	0,07	0,08	0,08
Tschechien, Slowakei	488	579	649	779	830	0,42	0,51	0,60	0,70	0,74
Ungarn	623	568	600	648	692	0,53	0,50	0,55	0,58	0,61
Australien, Neuseeland	180	178	204	255	247	0,15	0,16	0,19	0,23	0,22
Japan	498	539	558	563	575	0,43	0,48	0,51	0,51	0,51
Kanada	152	154	140	152	146	0,13	0,14	0,13	0,14	0,13
USA	1.328	1.412	1.411	1.595	1.566	1,13	1,25	1,29	1,44	1,39
Andere Länder	2.775	2.827	2.961	3.294	3.084	2,37	2,50	2,71	2,96	2,74

Q: Statistik Österreich; Rundungen ergeben Rechendifferenzen.

unter jener des Binnenreiseverkehrs. Sowohl der Binnenreiseverkehr als auch der internationale Reiseverkehr verzeichneten eine deutliche Steigerung des Aufwands je Nächtigung.

Die Reiseverkehrsbilanz verbesserte sich in der Sommersaison: Nachdem der Überschuss seit Anfang der neunziger Jahre (1991 +34,1 Mrd. S) deutlich gesunken war und 1997 ein Defizit von 760 Mio. S verzeichnet worden war, betrug der Saldo im Vorjahr rund +4,7 Mrd. S.

Ähnlich wie in der Wintersaison blieb auch im Sommer die Aufenthaltsdauer unverändert: Inländer blieben im Durchschnitt 3,8, Ausländer 4,5 Tage.

Die Nächtigungsbilanz nach Herkunftsmärkten ergab deutliche Zuwächse für Gäste aus Italien (+5%), Polen (+4%) und den Niederlanden (+3%). Stark rückläufig waren die Nächtigungen aus den GUS-Staaten (-22%), aus Frankreich (-9½%) sowie den USA und Ungarn (jeweils -5%).

Im Städtetourismus war insgesamt ein Nächtigungsrückgang von 2% zu verzeichnen – zum Teil eine Folge des durch Österreichs EU-Präsidentschaft aufgeblähten Vorjahresniveaus in Wien. Im übrigen Österreich stiegen die Nächtigungen mit +½% leicht.

NOTWENDIGE MASSNAHMEN

Die Tourismusentwicklung hat sich stabilisiert, jedoch wurden die Strukturprobleme nicht vollständig gelöst, sondern nur deutlich vermindert. Zusätzlich schönen Sonderentwicklungen die Ergebnisse. Die weitere Ent-

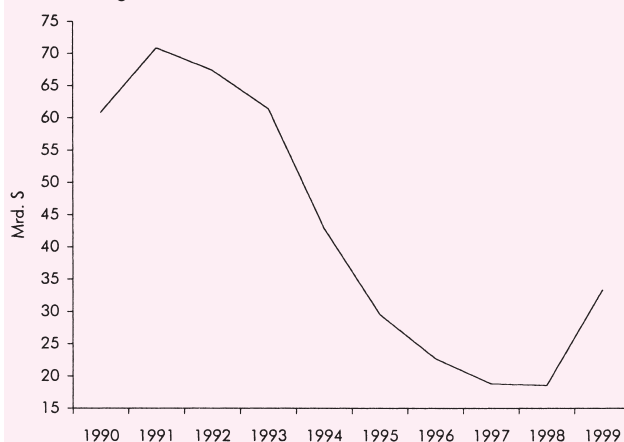
wicklung wird entscheidend davon abhängen, ob die „Atempause“ für weitere Maßnahmen genützt wird.

Für die Tourismuspolitik bilden die Globalisierung der Freizeit- und Tourismuskmärkte und die raschen Veränderungen der internationalen Wettbewerbsbedingungen eine wichtige Herausforderung. Mögliche Antworten auf die Zunahme des Wettbewerbsdrucks sind die Formierung von Destinationen und die Markenbildung¹⁾.

Die Globalisierung benachteiligt die kleinen und mittleren Betriebe in den traditionellen Tourismusdestinationen Europas (z. B. Alpen, Mittelmeerland, Nord- und

¹⁾ Smeral, E., „Tourismusdestination Österreich. Möglichkeiten der Neupositionierung“, WIFO-Monatsberichte, 1996, 69(6), S. 427-435.

Entwicklung der Reiseverkehrsbilanz



Q: OeNB.

Entwicklung von Einnahmen und Nächtigungen

	Einnahmen ¹⁾						Nächtigungen ²⁾					
	Inländer	Ausländer Mio. S	Insgesamt	Inländer Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ausländer	Insgesamt	Inländer	Ausländer Mio.	Insgesamt	Inländer Veränderung gegen das Vorjahr in %	Ausländer	Insgesamt
<i>Winterhalbjahr</i>												
1979/80	8.161	32.823	40.984	+ 3,0	+12,4	+10,4	11.523	28.274	39.798	+5,1	+6,8	+6,3
1984/85	9.769	47.290	57.060	+ 3,8	+ 8,3	+ 7,5	10.994	34.315	45.309	-3,7	+3,9	+2,0
1989/90	11.705	66.048	77.753	+ 5,8	+ 5,4	+ 5,4	10.917	37.931	48.847	-4,0	-2,9	-3,2
1990/91	13.488	71.898	85.385	+15,2	+ 8,9	+ 9,8	11.603	39.786	51.389	+6,3	+4,9	+5,2
1991/92	14.562	76.279	90.841	+ 8,0	+ 6,1	+ 6,4	11.927	41.149	53.075	+2,8	+3,4	+3,3
1992/93	14.687	78.350	93.036	+ 0,9	+ 2,7	+ 2,4	11.824	42.227	54.051	-0,9	+2,6	+1,8
1993/94	15.718	80.230	95.947	+ 7,0	+ 2,4	+ 3,1	11.987	40.911	52.898	+1,4	-3,1	-2,1
1994/95	15.499	76.374	91.873	- 1,4	- 4,8	- 4,2	12.056	39.351	51.407	+0,6	-3,8	-2,8
1995/96	15.340	75.576	90.916	- 1,0	- 1,0	- 1,0	11.725	38.777	50.502	-2,7	-1,5	-1,8
1996/97	15.264	75.535	90.799	- 0,5	- 0,1	- 0,1	11.193	37.613	48.807	-4,5	-3,0	-3,4
1997/98	16.572	79.549	96.121	+ 8,6	+ 5,3	+ 5,9	11.617	37.795	49.412	+3,8	+0,5	+1,3
1998/99	17.135	82.142	99.277	+ 3,4	+ 3,3	+ 3,3	12.156	39.974	52.130	+4,0	+5,6	+5,2
<i>Sommerhalbjahr</i>												
1980	8.973	47.523	56.496	- 3,2	+ 8,5	+ 6,5	16.991	61.235	78.226	+2,0	+5,3	+4,6
1985	10.848	55.691	66.539	+ 3,9	+ 3,9	+ 3,9	16.460	51.240	67.700	-0,5	-3,3	-2,6
1990	14.024	78.633	92.657	+ 6,8	+ 9,2	+ 9,4	17.769	56.134	73.903	+2,1	+2,6	+2,5
1991	15.875	81.131	97.006	+13,2	+ 3,2	+ 4,7	18.776	59.341	78.117	+5,7	+5,7	+5,7
1992	16.068	82.550	98.618	+ 1,2	+ 1,7	+ 1,7	18.736	58.662	77.398	-0,2	-1,1	-0,9
1993	16.278	80.422	96.700	+ 1,3	- 2,6	- 1,9	18.362	55.217	73.580	-2,0	-5,9	-4,9
1994	15.720	72.219	87.939	- 3,4	-10,2	- 9,1	18.225	51.376	69.601	-0,7	-7,0	-5,4
1995	15.995	70.507	86.501	+ 1,7	- 2,4	- 1,6	17.994	47.580	65.574	-1,3	-7,4	-5,8
1996	16.147	70.639	86.787	+ 1,0	+ 0,2	+ 0,3	17.017	44.863	61.880	-5,4	-5,7	-5,6
1997	16.853	73.152	90.005	+ 4,4	+ 3,6	+ 3,7	17.154	42.891	60.045	+0,8	-4,4	-3,0
1998	18.050	76.151	94.201	+ 7,1	+ 4,1	+ 4,7	17.424	43.785	61.209	+1,6	+2,1	+2,0
1999	19.683	77.867	97.550	+ 9,1	+ 2,3	+ 3,6	18.118	43.074	61.192	+3,8	-1,7	-0,1

Q: Statistik Österreich, OeNB, WIFO-Berechnungen. Rundungen ergeben Rechendifferenzen. – ¹⁾ Inländer und Insgesamt: einschließlich Einnahmen im Zuge von Nächtigungen in unentgeltlichen Unterkünften. – ²⁾ Inländer und Insgesamt: ohne Nächtigungen in unentgeltlichen Unterkünften.

Ostseeküste, Kurorte, ländliche Ferienggebiete) am meisten. Die Implementierung von flexiblen Produktionstechnologien und ganzheitlich orientierten Destinationsmanagementsystemen mit dem Ziel, innovative – ähnlich wie Güter erwerbbar – Erlebnisse für „postmoderne“ Konsumenten zu produzieren und anzubieten, wäre eine geeignete Maßnahme der Tourismuspolitik, um den neuen Herausforderungen zu begegnen.

Im Gegensatz zur veralteten Branchenorientierung sind neue prozess- und kundenorientierte Konzepte notwendig: Nicht mehr Hotels, Bergbahnen oder Restaurants sollen im Vordergrund stehen, sondern die Leistungsprozesse und Dienstleistungsketten für die jeweiligen Gäste-segmente. Die Kundenorientierung geht nicht mehr von geographisch, institutionell oder traditionell gewachsenen Produktabgrenzungen aus, sondern von den vom Konsumenten im jeweiligen Marktsegment definierten Abgrenzungen.

Die wichtigsten Ansatzpunkte für die Tourismuspolitik liegen in der Entwicklung von Strategien zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit von Tourismusdestinationen:

- Erhöhung der Innovationsrate,
- Qualitätssteigerung (insbesondere der Dienstleistungsqualität) und
- Kooperationsbildung.

Wirksame Fördermaßnahmen wenden sich nicht so sehr an Einzelbetriebe als vielmehr an Netzwerke bzw. strategische Allianzen.

Egon Smeral
Statistik: Sabine Fragner

KRÄFTIGER KONSUMZUWACHS BEI WEITER STEIGENDER SPARNEIGUNG

Die Analyse der Entwicklung des privaten Konsums und des Binnenhandels (Groß- und Einzelhandel) im Jahr 1999 wird durch die Umstellung der statistischen Basis erschwert. Die Berechnung des privaten Konsums (einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck) wurde vom SNA 1968 (System of National Accounts 1968) bzw. dem Konzept des ESVG 1979 (Europäisches System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1979) auf das ESVG 1995 umgestellt. Das neue System präzisiert die oft oberflächlichen Bestimmungen des SNA 1968 in vielen Bereichen und verbessert die internationale Vergleichbarkeit der Ergebnisse wesentlich, bringt jedoch eine stärkere Verrechtlichung der volkswirtschaftlichen Statistik¹⁾. Neben der Systemumstellung nutzt Statistik Österreich auch neue statistische Quellen (Ergebnisse der letzten Konsumerhebung sowie der nichtlandwirtschaftlichen Bereichszählung) für die Neuberechnung.

UMSTELLUNG DER STATISTISCHEN BASIS

Der Konsum, der nach dem Inländerkonzept abgegrenzt wird und daher die Ausgaben für Konsumzwecke im In- und Ausland umfasst, wird nach dem ESVG 1995 einerseits in öffentlichen (Staat) und privaten Konsum einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck

¹⁾ Scheiblecker, M., „Die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung nach dem ESVG 1995“, WIFO-Monatsberichte, 1999, 72(10).

Privater Konsum, Nettoeinkommen der Unselbständigen,
Sparen des privaten Sektors und Konsumkredite

Nominell

	Privater Konsum	Nettoeinkommen der Unselbständigen	Nominelles Finanzvermögen ¹⁾	Sparen ²⁾	Konsumkredite ³⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		Veränderung gegen die Vorperiode in Mrd. S		
1996	+5,6	+0,9	+166,62	+ 45,75	+32,17
1997	+1,9	-1,1	+214,32	+ 44,09	+28,22
1998	+2,2	+2,9	+303,07	+114,45	+39,44
1999	+3,1	+3,8	+415,99	+140,87	+78,28

¹⁾ Wirtschaftsunternehmen und Private. – ²⁾ Spar-, Sicht- und Termineinlagen von Wirtschaftsunternehmen und Privaten. – ³⁾ Kredite an unselbständig Erwerbstätige und Private minus Bausparkkredite an denselben Personenkreis.

eingeteilt (Ausgabenkonzept), andererseits in individuellen und kollektiven Konsum (Verbrauchskonzept)²⁾. Dadurch wird es u. a. möglich, ein erweitertes Konsumkonzept – den „Individualkonsum“ – zu analysieren, das z. B. für internationale Konsumniveauvergleiche sinnvoll ist. Dieser Individualkonsum umfasst neben den Konsumausgaben der privaten Haushalte sowie den Konsumaufwendungen privater Organisationen ohne Erwerbszweck auch öffentliche Ausgaben für den privaten Konsum (z. B. Gesundheits-, Erziehungs- und Kulturausgaben). Da speziell die Aufwendungen für Gesundheit und Bildung in Ländern wie z. B. Österreich großteils öffentlich bestritten werden, in anderen wie z. B. den USA hingegen eher privat, waren Vergleiche von Konsumniveau und Konsumstruktur zwischen solchen Ländern in der Vergangenheit problematisch. Durch die Systemumstellung wird dieses Manko behoben.

Statistik Österreich ist derzeit nur verpflichtet, den privaten Konsum insgesamt einschließlich der privaten Dienste ohne Erwerbszweck und den öffentlichen Konsum insgesamt an Eurostat zu melden. Aus diesem Grunde bezieht sich die Analyse (zumindest vorläufig) weiterhin auf die Ausgaben der privaten Haushalte einschließlich der Ausgaben der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

Die dem ESG 1995 zugrunde liegende COICOP (Classification of Individual Consumption by Purpose for Households) gliedert die Konsumausgaben der privaten Haushalte in 12 Hauptgruppen, das bisherige System unterschied lediglich 8 Hauptgruppen, die in bis zu 33 Untergruppen disaggregiert werden konnten. Konzeptive Änderungen ergeben sich u. a. dadurch, dass imputierte Mieten nicht mehr nur für eigengenutzte Wohnungen und Häuser, sondern auch für selbstgenutzte Garagen und Stellplätze im Konsum verbucht

²⁾ Das Ausgabenkonzept ordnet den Konsum jenen zu, die die Ausgaben tätigen, das Verbrauchskonzept jenen, denen sie zugute kommen. Dieses statistische Verbrauchskonzept ist nicht mit dem ökonomischen zu verwechseln, das der modernen Konsumtheorie zugrunde liegt und Verbrauch mit der physischen Vernichtung des Konsumgutes gleichsetzt. Im Bereich der dauerhaften Konsumgüter gehen nach diesem System nicht die Ausgaben, sondern die Abnutzung über die Nutzungsdauer in die Konsumrechnung ein.

werden. Auch die von Eigentümerhaushalten durchgeführten kleineren Reparaturen, die bisher den Vorleistungen zugerechnet wurden, sind nach dem neuen System Konsumausgaben³⁾.

Zeitreihen der Ausgaben der privaten Haushalte (einschließlich der Aufwendungen privater Organisationen ohne Erwerbszweck) von Statistik Österreich stehen zur Zeit lediglich für 1995 bis 1998 zur Verfügung, und zwar auf Jahresbasis. Die konzeptionellen Änderungen und die Berücksichtigung neuer statistischer Quellen haben zur Folge, dass das Konsumniveau höher ist als nach der bisherigen Rechnung; das Wachstum gegenüber dem Vorjahr wurde für 1996 deutlich nach oben, für 1997 leicht nach unten korrigiert⁴⁾.

Auf der Basis der Jahresergebnisse laut Statistik Österreich ermittelt das WIFO mit geeigneten Indikatoren und ökonometrischen Methoden Quartalsdaten. Zur Zeit werden diese Schätzungen im Bereich des Konsums aus Kapazitätsgründen sowie wegen der unsicheren Datenlage⁵⁾ nur auf der Aggregierungsebene privater Konsum einschließlich Eigenkonsum der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck durchgeführt.

Die Groß- und Einzelhandelsstatistik, die (wie oben erwähnt) auch für die Berechnung des privaten Konsums von großer Bedeutung ist, wurde ebenfalls im Jahr 1999 umgestellt. Die Gliederung nach der Betriebssystematik 1968 wurde durch das Statistische System der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft, Revision 1 (NACE Rev. 1) ersetzt und so an neue Gegebenheiten angepasst⁶⁾. Erhebungseinheit sind zudem nicht mehr Betriebe (definiert als Kostenrechnungseinheiten), sondern Unternehmen. Aufbauend auf der nichtlandwirtschaftlichen Bereichszählung 1995 zog Statistik Österreich eine neue repräsentative Stichprobe, die als Basis für die monatliche Konjunkturerhebung der Umsatz- und Beschäftigungsentwicklung im Handel dienen wird. Wegen dieser umfangreichen statistischen Umstellungen sind Detailergebnisse mit den Vorjahren nahezu nicht vergleichbar. Durch Umgliederung des Vorjahreswertes auf das neue System berechnete Statistik Österreich Veränderungsdaten vor allem auf höherem Aggre-

³⁾ Bisher galten nur kleinere Reparaturen in Mietwohnungen als Konsumausgaben. Große Reparaturen sowohl in Eigentümerhaushalten als auch in Mietwohnungen werden nach wie vor als Investitionen verbucht.

⁴⁾ Für 1998 hat Statistik Österreich nur einen Wert nach ESG 1995 berechnet.

⁵⁾ Eine wichtige Datenbasis für die Konsumschätzung bildet die Einzelhandelsstatistik: Auf der Ebene der Konsumgruppen wird das Niveau, wo es sinnvoll ist, mit Veränderungsdaten vergleichbarer Einzelhandelsbranchen fortgeschrieben. Wegen einer Umstellung der Systematik (siehe dazu weiter unten) sind die Daten laut Einzelhandelsstatistik nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar.

⁶⁾ So werden z. B. die Umsätze mit Computer und Software sowie der Baumärkte erhoben, die nach der alten Systematik nicht getrennt erfasst wurden.

gationsniveau (Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen; Handelsvermittlung und Großhandel ohne Kfz; Einzelhandel ohne Kfz, ohne Tankstellen). Das WIFO hat die Plausibilität dieser Ergebnisse mit Zeitreihenmethoden⁷⁾ und ökonomischen Ansätzen⁸⁾ überprüft und Detailergebnisse korrigiert.

KONSUMSTEIGERUNG ERREICHT 1999 INTERNATIONALES NIVEAU

Die Analyse der Konsum- und Handelsentwicklung im Jahr 1999 erfolgt aufgrund der angeführten statistischen Probleme auf einem hohen Aggregationsniveau.

Die privaten Haushalte passen ihre Ausgaben mit einer gewissen Verzögerung an Veränderungen der Rahmenbedingungen (insbesondere der Einkommen) an und hauptsächlich dann, wenn sie diese Änderungen als dauerhaft einschätzen. Dementsprechend waren die kurzfristigen Einkommenselastizitäten in Österreich in der Vergangenheit gemäß ökonomischen Schätzungen nur etwa halb so hoch wie die langfristigen – kurzfristig fiel die Reaktion auf Einkommensänderungen nur halb so hoch aus wie langfristig, was die stabilisierende Wirkung des Konsums im Konjunkturverlauf erklärt.

Die Budgetrestriktion im Rahmen des Strukturanpassungsgesetzes 1996 zur Erfüllung der Aufnahmekriterien für die Währungsunion dämpfte in den Jahren 1996 und 1997 die Einkommensentwicklung in Österreich. Die Konsumententwicklung schwächte sich wegen des oben beschriebenen Verhaltensmusters weniger ab, war aber ab Mitte 1996 verhalten⁹⁾. Die Verbesserung der Einkommensentwicklung im Jahr 1998 nützten die private Haushalte zum Teil dazu, die Sparquote nach dem deutlichen Rückgang in den zwei Jahren zuvor an das Normalniveau heranzuführen. Die Konsumsteigerung fiel deshalb mäßig aus. Die Einkommensbelegung im

⁷⁾ Zeitreihenmodelle bilden den „Datengenerierungsprozess“ einer Zeitreihe unter Berücksichtigung von Trend-, Konjunktur- und Saisoninflüssen ab und schaffen somit die Voraussetzung für Prognosen. Mit adäquaten Zeitreihenmodellen, die in der Vergangenheit sehr gute Prognoseergebnisse lieferten, wurden Prognosen für das Jahr 1999 erstellt; zudem wurde getestet, ob die von Statistik Österreich ausgewiesenen Werte für das Jahr 1999 zum bisherigen Datengenerierungsprozess passen.

⁸⁾ In ökonomischen Ansätzen werden kausale Zusammenhänge zwischen zwei oder mehreren ökonomischen Variablen geschätzt. Anhand der so ermittelten Zusammenhänge zwischen der Umsatzentwicklung laut Statistik Österreich und laut Institut für Handelsforschung sowie der Beschäftigungsentwicklung wurden (ökonomische) Schätzungen für die Umsatzentwicklung im Jahr 1999 erstellt, um eventuelle Verzerrungen zu erkennen.

⁹⁾ Die ersten Maßnahmen des Strukturanpassungsgesetzes 1996 traten zur Jahresmitte in Kraft. Da sie angekündigt wurden, lösten sie in der ersten Jahreshälfte 1996 Vorziehkäufe aus. Im Jahresdurchschnitt 1996 wuchs der Konsum deshalb noch relativ kräftig.

Entwicklung des privaten Konsums einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck

Real	1996	1997	1998
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Nahrungsmittel, alkoholfreie Getränke	+ 2,0	- 1,7	- 2,0
Tabak und alkoholische Getränke	- 2,1	+ 2,2	+ 8,2
Kleidung, Schuhe	+ 5,2	+ 2,7	+ 4,5
Wohnen, Beheizung	+ 2,9	+ 1,3	+ 1,3
Einrichtung	+ 2,4	- 2,2	- 0,5
Gesundheit	- 0,3	- 3,8	+ 3,9
Transport	+ 4,4	- 1,9	+ 4,2
Kommunikation	+12,5	+10,4	+12,4
Erholung, Kultur	+ 4,4	+ 3,8	+ 2,4
Bildung und Ausgaben im Ausland	+ 3,3	- 0,3	- 3,8
Restaurants, Hotels	+ 0,5	+ 2,4	+ 2,2
Übrige Waren	+ 3,5	+ 1,6	+ 0,6
Private Organisationen ohne Erwerbszweck	+ 3,1	-12,3	+ 2,8
Privater Konsum insgesamt	+ 3,2	+ 0,1	+ 1,5
Dauerhafte Konsumgüter	+ 7,7	- 3,5	+ 1,9

Q: Statistik Österreich.

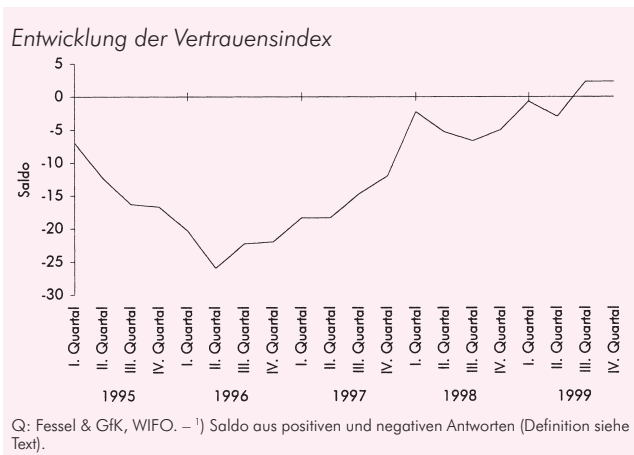
Jahr 1999 wegen der ersten Tranche der Erhöhung der Familienförderung (+6 Mrd. S) ließ 1999 ein kräftigeres Konsumwachstum erwarten.

Die privaten Haushalte gaben 1999 nach vorläufigen Berechnungen 1.511 Mrd. S für Zwecke des privaten Konsums aus, um 3,1% mehr als 1998. Nach Ausschaltung der Preissteigerung (gemessen am impliziten Deflator des privaten Konsums) betrug die reale Steigerung 2,4%. Dieser Zuwachs liegt deutlich über jenem seit Inkrafttreten der Maßnahmen des Strukturanpassungsgesetzes 1996 und entspricht wieder dem internationalen Niveau. Nach Berechnungen von Oxford Economic Forecasting Ltd nahmen 1999 die Konsumausgaben der Österreicher gleich stark zu wie im Durchschnitt der Euro-Zone, nachdem sie in den Jahren 1997 und 1998 deutlich schwächer gestiegen waren.

Überdurchschnittlich dürften die Österreicher 1999 nach groben Berechnungen ihre Ausgaben für Transport (Autos) und Kommunikation sowie Erholung und Kultur ausgeweitet haben, unterdurchschnittlich jene für Kleidung und Schuhe.

Im Jahresverlauf beschleunigte sich das Konsumwachstum, weil die Konsumenten ihre Konsumgewohnheiten wie erwähnt erst mit Verzögerung an Veränderungen der Einkommenssituation anpassen. Im 2. Halbjahr expandierte der Konsum doppelt so rasch wie im 1. Halbjahr. Die Trend- und Konjunkturkomponente verstärkte sich: Saisonbereinigt war die reale Nachfrage im 2. Halbjahr um 1,9% höher als in der ersten Jahreshälfte.

Die relativ kräftige Konsumausweitung erfolgte 1999 trotz eines Anstiegs der Sparquote, die sich immer mehr dem längerfristigen Gleichgewichtsniveau nähert. Da Statistik Österreich noch keine Sektorrechnung vorgelegt hat, stehen zur Zeit keine Daten über den Verlauf der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte zur Verfügung. Nach vorläufigen Berechnungen nahmen die Masseneinkommen (Nettoeinkommen der Unselb-



ständigen) – die einen Großteil der verfügbaren Einkommen ausmachen – 1999 nominell um 3,8% zu, etwas stärker als der Konsum. Aufgrund der guten Konjunktur im Jahr 1999 dürften sich die anderen Einkommensteile ebenfalls günstig entwickelt haben, sodass auf einen Anstieg der Sparquote der privaten Haushalte im Jahr 1999 geschlossen werden kann.

Die Zunahme der Sparneigung der Österreicher zeigt sich auch im Bankensparen: Die Spar-, Sicht- und Termineinlagen der Wirtschaftsunternehmen und Privaten erhöhten sich 1999 per Saldo um 141 Mrd. S (+23%). Da eine Umschichtung zu höherverzinslichen Titeln verzeichnet wurde, stieg das Finanzvermögen insgesamt noch deutlicher – es nahm 1999 per Saldo um 416 Mrd. S zu, um rund 37% stärker als vor einem Jahr.

Die kräftige Konsumententwicklung hatte 1999 einen deutlichen Anstieg der Verschuldung der privaten Haushalte zur Folge. Die Konsumkredite (Kredite an unselbständig

Entwicklung des privaten Konsums einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck im Jahr 1999

	Nominell		Real	
	Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mrd. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %
1999	1.511,21	+3,1	1.432,32	+2,4
1. Halbjahr	720,96	+2,2	686,23	+1,6
2. Halbjahr	790,25	+3,9	746,09	+3,2
I. Quartal	351,42	+2,5	334,25	+1,7
II. Quartal	369,54	+1,9	351,98	+1,5
III. Quartal	382,95	+3,4	361,27	+3,0
IV. Quartal	407,31	+4,4	384,82	+3,4

Q: WIFO.

Erwerbstätige und Private minus Bausparkkredite an diese Personengruppe) stiegen 1999 mit rund +78 Mrd. S etwa doppelt so stark wie ein Jahr zuvor.

Die lebhaftere Konsumsteigerung und die größere Bereitschaft sich zu verschulden dürften mit einer Besserung des Konsumklimas zusammenhängen. Nach den von der EU-Kommission geförderten Erhebungen von Fessel + GfK stieg der „Vertrauensindex“ (arithmetisches Mittel der Einschätzungen und Erwartungen zur Einkommens- und Wirtschaftsentwicklung sowie der beabsichtigten Käufe von Konsumgütern) 1999 erheblich. Auch die Entwicklung der Arbeitslosigkeit wurde wegen der guten Konjunktur optimistischer gesehen.

DEUTLICHE UMSATZZUWÄCHSE IM HANDEL

Der Geschäftsgang im Einzelhandel hängt von den einzelhandelsrelevanten Ausgaben der Inländer und der Ausländer in Österreich ab. Wie 1998 gaben die Österreicher für Auslandsurlaube 1999 relativ wenig aus (real

Entwicklung der Umsätze im Handel im Jahr 1999

Ø 1995 = 100

	Nominell				Real			
	Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz, Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz, Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
1999	+ 5,8	+19,6	+ 3,4	+ 3,2	+ 6,6	+19,8	+ 4,6	+ 3,5
1. Halbjahr	+ 4,8	+22,8	+ 1,3	+ 1,6	+ 6,3	+23,4	+ 3,6	+ 1,7
2. Halbjahr	+ 6,7	+16,2	+ 5,3	+ 4,5	+ 6,9	+16,1	+ 5,4	+ 5,1
I. Quartal	+ 5,1	+21,7	+ 2,2	+ 1,3	+ 6,8	+22,4	+ 5,2	+ 1,0
II. Quartal	+ 4,7	+23,9	+ 0,5	+ 1,9	+ 5,9	+24,3	+ 2,3	+ 2,3
III. Quartal	+ 5,7	+18,1	+ 3,7	+ 3,1	+ 6,5	+18,3	+ 4,7	+ 4,1
IV. Quartal	+ 7,7	+14,3	+ 7,0	+ 5,8	+ 7,2	+13,9	+ 6,2	+ 6,1
Jänner	+ 2,9	+23,1	+ 0,5	- 2,8	+ 4,6	+24,1	+ 3,7	- 3,3
Februar	- 0,3	+ 8,9	- 1,2	- 3,8	+ 1,4	+ 9,9	+ 1,8	- 4,3
März	+11,4	+30,7	+ 6,4	+ 9,8	+13,0	+31,1	+ 9,3	+10,0
April	+ 2,8	+21,2	- 1,6	+ 0,7	+ 4,3	+21,6	+ 0,6	+ 1,0
Mai	+ 2,8	+20,5	- 0,9	- 0,1	+ 3,7	+20,6	+ 0,6	+ 0,1
Juni	+ 8,4	+30,4	+ 3,9	+ 5,2	+ 9,6	+31,0	+ 5,6	+ 5,9
Juli	+ 3,0	+15,5	+ 0,1	+ 2,1	+ 4,3	+16,1	+ 1,8	+ 3,3
August	+ 9,6	+19,2	+ 8,7	+ 6,1	+10,3	+19,5	+ 9,7	+ 6,9
September	+ 4,8	+19,9	+ 2,7	+ 1,5	+ 5,3	+19,5	+ 3,2	+ 2,2
Oktober	+ 4,3	+13,4	+ 3,0	+ 2,0	+ 4,3	+13,2	+ 3,0	+ 2,4
November	+ 9,7	+18,0	+ 8,9	+ 7,1	+ 9,4	+18,2	+ 8,0	+ 7,6
Dezember	+ 9,0	+11,0	+ 9,1	+ 7,7	+ 8,0	+ 9,8	+ 7,6	+ 7,9

Q: Statistik Österreich.

Preis- und Beschäftigungsentwicklung im Handel im Jahr 1999

	Preis \varnothing 1995 = 100				Beschäftigung			
	Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz, Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern	Handel, Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	Kfz-Handel, Reparatur von Kfz, Tankstellen	Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz)	Einzelhandel (ohne Kfz, Tankstellen); Reparatur von Gebrauchsgütern
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
1999	- 0,8	- 0,2	- 1,2	- 0,3	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,7
1. Halbjahr	- 1,4	- 0,5	- 2,3	\pm 0,0	+ 0,5	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,3
2. Halbjahr	- 0,2	+ 0,1	- 0,1	- 0,6	+ 0,7	+ 1,0	\pm 0,0	+ 1,2
I. Quartal	- 1,6	- 0,6	- 2,9	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,3
II. Quartal	- 1,1	- 0,3	- 1,7	- 0,4	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,5	+ 0,3
III. Quartal	- 0,8	- 0,2	- 1,0	- 0,9	+ 0,8	+ 1,1	\pm 0,0	+ 1,4
IV. Quartal	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,8	- 0,3	+ 0,6	+ 0,8	\pm 0,0	+ 0,9
Jänner	- 1,7	- 0,8	- 3,1	+ 0,6	+ 0,8	+ 0,2	+ 1,8	+ 0,4
Februar	- 1,7	- 0,9	- 3,0	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,9	+ 0,1
März	- 1,4	- 0,3	- 2,6	- 0,2	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,8	+ 0,4
April	- 1,4	- 0,3	- 2,2	- 0,3	+ 0,5	+ 1,1	+ 0,5	+ 0,3
Mai	- 0,9	- 0,1	- 1,5	- 0,2	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,4	+ 0,2
Juni	- 1,1	- 0,5	- 1,6	- 0,7	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,5
Juli	- 1,3	- 0,6	- 1,7	- 1,2	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,1	+ 1,6
August	- 0,6	- 0,3	- 0,8	- 0,8	+ 0,9	+ 1,0	\pm 0,0	+ 1,5
September	- 0,4	+ 0,3	- 0,4	- 0,7	+ 0,6	+ 1,2	- 0,1	+ 1,1
Oktober	\pm 0,0	+ 0,2	\pm 0,0	- 0,4	+ 0,5	+ 0,8	- 0,1	+ 0,8
November	+ 0,3	- 0,1	+ 0,8	- 0,4	+ 0,6	+ 1,0	- 0,1	+ 0,9
Dezember	+ 0,9	+ 1,1	+ 1,5	- 0,1	+ 0,7	+ 0,6	+ 0,2	+ 1,2

Q: Statistik Österreich.

-2,6%), sodass ein größerer Teil der Konsumausgaben im Inland verblieb. Gleichzeitig stiegen die Einnahmen aus dem Ausländertourismus wieder kräftig (real +2,2%). Dadurch war zu erwarten, dass die Umsätze des Einzelhandels in Österreich 1999 stärker zunehmen würden als die Konsumausgaben der Österreicher.

Die Umsatzentwicklung des Großhandels hängt neben der Konsumententwicklung auch von jener der Industrieproduktion und des Außenhandels ab. Sie ist konjunktur reagibler als die des Einzelhandels. 1999 war davon auszugehen, dass die erwartete Konjunkturbelebung im Jahresverlauf die Umsatzentwicklung im Großhandel beleben würde.

Die ÖNACE-Gliederung untergliedert die Umsätze des Handels auf Zweistellerebene in Kfz-Handel (einschließlich Reparatur von Kfz und Tankstellen), Handelsvermittlung und Großhandel (ohne Kfz) sowie Einzelhandel (ohne Kfz, ohne Tankstellen). Nach den Berechnungen des WIFO sind die von Statistik Österreich ausgewiesenen Veränderungsraten für den Einzelhandel (ohne Kfz) 1999 kaum, jene für den Großhandel (ohne Kfz) leicht nach oben verzerrt. Die ausgewiesene Umsatzentwicklung des Fahrzeughandels überzeichnet hingegen die Realität um ein Vielfaches – die Zahl der Neuzulassungen von Pkw und Kombi nahm 1999 um nur 6,2%, jene von Lkw um lediglich 0,6% zu. Daraus resultiert eine deutliche Überzeichnung der Gesamtumsätze des Handels.

Mit +3,5% (Einzelhandel ohne Kfz) übertraf das reale Wachstum der Einzelhandelsumsätze 1999 jenes des Konsums wie erwartet. Der Geschäftsgang besserte sich im Jahresverlauf merklich (1. Halbjahr +1,7%, 2. Halbjahr +5,1%). Nach Ausschaltung von Saisonschwankungen war die reale Nachfrage im 2. Halbjahr um

3,5% höher als in der ersten Jahreshälfte. Besonders dynamisch war 1999 nach den Berechnungen des WIFO die Nachfrage nach elektrotechnischen sowie optischen und feinmechanischen Erzeugnissen, verhalten hingegen jene nach Haushaltsgeräten, was in Zusammenhang mit der schwachen Wohnbauentwicklung zu sehen ist.

Die realen Umsätze des Großhandels (ohne Kfz) waren nach den Angaben von Statistik Österreich 1999 um 4,6% höher als ein Jahr davor. Mit der Konjunkturerholung belebte sich der Geschäftsgang im Jahresverlauf (1. Halbjahr +3,6%, 2. Halbjahr +5,4%). Saisonbereinigt waren die realen Umsätze im 2. Halbjahr um 2,6% höher als im 1. Halbjahr.

Die Preise erhöhten sich im Handel (gemessen an den impliziten Deflatoren) auch 1999 im Jahresdurchschnitt nicht – ein Trend, der seit dem EU-Beitritt zu beobachten ist und aus der dadurch ausgelösten Wettbewerbsverschärfung sowie Rationalisierungen resultieren dürfte.

Die Zahl der Beschäftigten stieg im Handel 1999 wieder leicht; in Teilbereichen dürfte dies auf eine Ausweitung von Teilzeitarbeit sowie der geringfügigen Beschäftigung (+10,1%) zurückzuführen gewesen sein. Gemessen am Umsatz je Beschäftigten ergibt sich ein deutlicher Produktivitätsanstieg¹⁰⁾. Auch dies entspricht einem Trend, der seit dem EU-Beitritt zu beobachten ist und u. a. das Beschäftigungswachstum im Handel seither dämpft.

Michael Wüger
Statistik: Martina Einsiedl

¹⁰⁾ Da in der Beschäftigtenstatistik Personen und nicht Vollzeitäquivalente erhoben werden, wird die Produktionssteigerung noch unterschätzt.

ANSTIEG DER ROHÖLPREISE BESTIMMT PREISENTWICKLUNG

Im Laufe des Jahres 1999 verstärkte sich der Preisauftrieb wieder. Im Euro-Währungsgebiet beschleunigte sich die Inflation laut Harmonisiertem Verbraucherpreisindex (HVPI) von 0,8% im I. Quartal stetig auf 1,5% im IV. Quartal. In Österreich wich die Preisentwicklung von diesem Muster ab: Erst im IV. Quartal, als die Teuerungsrate die Marke von 1,0% erreichte, schlug sich der kräftige Anstieg der Energiepreise deutlich im Gesamtindex nieder.

STARKE VERTEUERUNG DER ROHSTOFFE

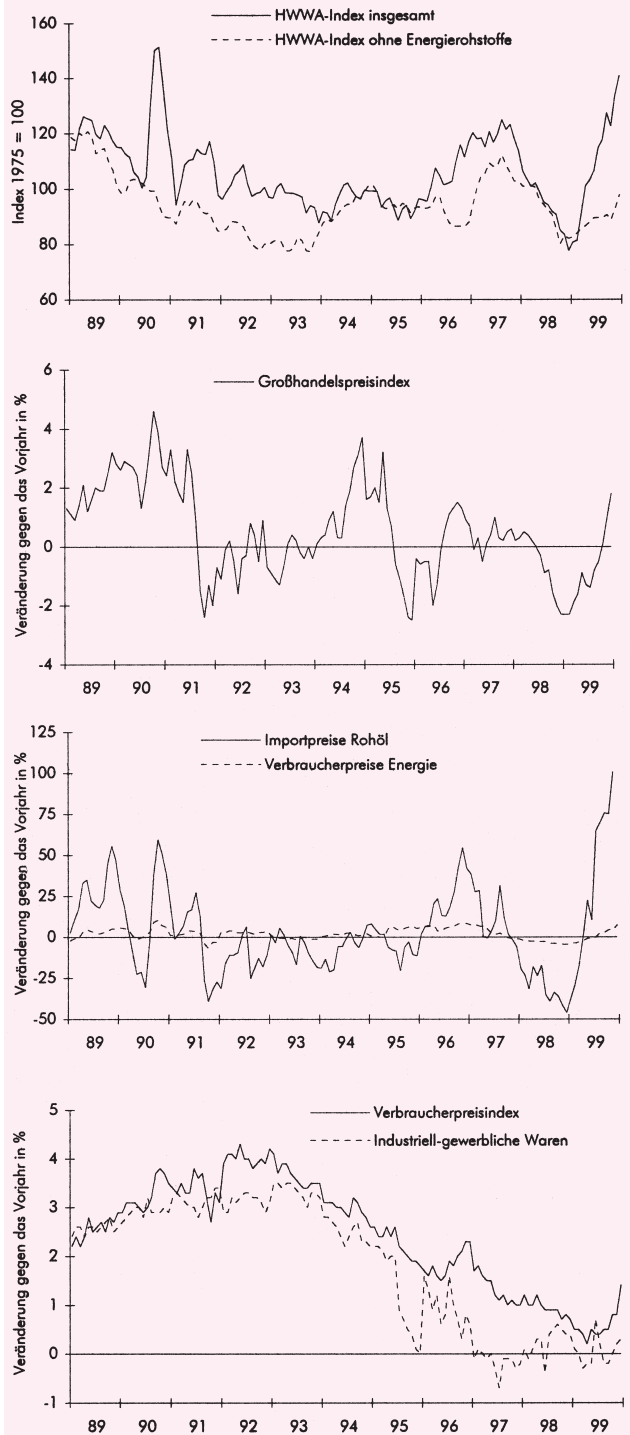
Ende 1998 setzte eine Trendwende in der Entwicklung der Rohstoffpreise ein: Der Preisverfall, der im Herbst 1997 begonnen hatte, wurde durch einen noch stärkeren Preisauftrieb abgelöst. Im IV. Quartal 1999 waren die Rohstoffpreise laut HWWA-Index auf Dollarbasis um 45,2% höher als im I. Quartal 1999. Im Jahresdurchschnitt ergibt sich ein Anstieg von 11,9%. Während sich allerdings nichtenergetische Rohstoffe weiterhin verbilligten (-7,7%), verteuerten sich Energierohstoffe im Jahresdurchschnitt um 30,1%. Im IV. Quartal lagen die Preise um 82,6% über dem Niveau des Vorjahresquartals. Für die heimischen Verarbeiter von Rohstoffen erhöhte auch die stetige Aufwärtsentwicklung des Dollarkurses gegenüber dem Euro (und dem Schilling) die Kostenbelastung. Im Jahresdurchschnitt gewann der Dollar 4,3% an Wert (IV. Quartal +13,4%). Auf Schillingbasis wurden nichtenergetische Rohstoffe somit um nur 3,8% billiger, Energierohstoffe um 36,4% teurer.

Auf der Stufe der Großhandelspreise spiegelt sich die Aufwärtsbewegung der Rohstoffnotierungen deutlich im nahezu gleichzeitigen Anstieg der Preise von Intermediärgütern; die Preise von Konsumgütern reagierten erst mit einer Verzögerung von etwa drei Quartalen; im Investitionsgüterbereich setzte sich dagegen der Preisverfall bis zum III. Quartal fort.

Entwicklung der Preise

	Ø 1989/1999	1998	1999
	Jährliche Veränderung in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
<i>Weltmarktpreise insgesamt</i>			
Dollarbasis	-0,7	-22,4	+11,9
Schillingbasis	-0,9	-21,0	+17,0
Ohne Energierohstoffe	-2,5	-12,3	- 3,8
Nahrungs- und Genussmittel	-2,1	-10,8	-15,5
Industrierohstoffe	-2,7	-13,1	+ 1,9
Agrarische Industrierohstoffe	-2,4	-13,0	+ 3,3
NE-Metalle	-4,5	-19,4	+ 5,5
Energierohstoffe	+0,1	-27,8	+36,4
Rohöl	+0,1	-29,8	+42,3
<i>Index der Großhandelspreise</i>			
Konsumgüter	+1,1	+ 0,3	- 0,3
Investitionsgüter	-0,0	- 1,0	- 1,9
Intermediärgüter	-0,3	- 1,3	- 1,1

Überblick über die Preisentwicklung



ANHALTENDE PREISSTABILITÄT AUF DER VERBRAUCHEREBENE

Trotz des kräftigen Anstiegs der Rohölpreise verlangsamte sich die Inflation weiterhin. Die Jahresinflationsrate betrug 0,6% nach 0,9% im Jahr 1998. Bis September 1999 blieb das Preisniveau fast unverändert; die von der Verteuerung des Rohöls ausgehenden Wirkungen wurden durch entgegengesetzte Preistendenzen anderer Warengruppen aufgehoben. Erst im letzten Vierteljahr überwog der inflationserhöhende Effekt der Ener-

Entwicklung der Verbraucherpreise

	Ø 1989/1999	1998	1999
	Jährliche Veränderung in %	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
Index der Verbraucherpreise	+2,4	+0,9	+0,6
Saisonwaren	+2,4	+7,6	-1,5
Verbraucherpreisindex ohne Saisonwaren	+2,4	+0,8	+0,6
Verbraucherpreisindex ohne Energie	+2,5	+1,3	+0,6
Verbrauchsgruppen			
Ernährung und Getränke	+1,9	+1,8	-0,1
Tabakwaren	+2,2	+0,9	+2,2
Errichtung, Mieten und Instandhaltung von Wohnungen	+4,2	+2,8	+1,8
Beleuchtung und Beheizung	+1,3	-2,0	-0,2
Hausrat und Wohnungseinrichtung	+1,9	+0,9	+0,5
Bekleidung und persönliche Ausstattung	+1,8	-0,0	-0,4
Reinigung von Wohnung, Wäsche und Bekleidung	+2,2	+1,7	+1,7
Körper- und Gesundheitspflege	+3,4	+1,0	+2,0
Freizeit und Bildung	+2,3	+1,4	+0,5
Verkehr	+2,1	-1,1	+0,2
Gliederung nach Warenart			
Nahrungsmittel	+1,5	+1,9	-0,6
Tabakwaren	+2,2	+0,9	+2,2
Industrielle und gewerbliche Waren	+1,6	+0,3	+0,0
Dienstleistungen	+3,2	+1,3	+1,2
Energie	+1,8	-3,3	+0,4
Mieten	+5,0	+3,1	+2,1
Dienstleistungen und Sachgüter im Bereich der Wohnung	+3,4	+2,8	+1,6
Abgaben	+5,5	+1,6	+1,7

gieverteuerung. Die Energiepreise stiegen im Jahresdurchschnitt um 0,4%.

Eine Aufgliederung der Verbraucherpreisentwicklung nach Komponenten, deren Preise sich auf ähnliche Weise bilden, zeigt, dass die *Inflationsraten* einiger Untergruppen weiterhin sinkende Tendenz hatten oder nahezu unverändert blieben. Ausnahmen sind Tabakwaren und Energie.

Nahrungsmittelpreise ermäßigten sich um 0,6% und machten einen Teil des Preisauftriebs der vorhergehenden Jahre wett. Fleisch, Geflügel und Fische wurden um 2,0% billiger, Saisonwaren um 1,5%. Die Preise der anderen Nahrungsmittel blieben (mit sinkender Tendenz) im Jahresdurchschnitt unverändert.

Der Preisauftrieb im Bereich des *Wohnungsaufwands* (Mieten einschließlich Betriebskosten) verlangsamte sich von 3,1% im Jahr 1998 auf 2,1% im Jahr 1999 als Folge des großen Angebotes an Neuwohnungen. Auch *Dienstleistungen und Sachgüter im Bereich der Wohnung* wiesen einen Rückgang der Inflationsrate auf; lediglich Gemeindeabgaben (einschließlich Rauchfangkehrergebühren) stiegen etwas stärker als im Vorjahr.

Die Preise von *industriellen und gewerblichen Waren*, die im Warenkorb des Verbraucherpreisindex mit einem Gewicht von einem Drittel vertreten sind, blieben im Jahresdurchschnitt unverändert; erst im IV. Quartal zogen sie etwas an. Der Auftrieb der *Dienstleistungspreise* wurde auch 1999 durch niedrige Lohnzuwachsrate gedämpft und fiel mit 1,2% etwas geringer aus als 1998. *Tabakwaren* dagegen verteuerten sich mit +2,2% erheblich stärker als im Vorjahr.

Der kräftige Anstieg der Rohölpreise hatte bis zum Spätsommer nur geringe Auswirkungen auf die Entwicklung der Energiepreise in Österreich. Dies hat mehrere Gründe: Kohle (Steinkohle, Briketts, Koks) und Brennholz – die allerdings im Verbraucherpreisindex mit 0,8% ein geringes Gewicht haben – verbilligten sich im Gegensatz zu früheren Episoden eines Anstiegs der Rohölpreise leicht. Auch die Preise anderer Energieträger gingen leicht zurück, etwa die Preise von Fernwärme sowie Gas (bis Oktober); auch Strom wurde angesichts der bevorstehenden Liberalisierung des Strommarktes etwas billiger. Der Anstieg der Erdölpreise (auf Schillingbasis) schlug sich in den ersten Monaten des Jahres 1999 infolge einer Verringerung der Gewinnmargen nicht in einer Erhöhung der Treibstoffpreise nieder¹⁾.

Insgesamt blieb daher der Index der Energiepreise von Jänner bis April (mit einer Dämpfung im Februar und März) unverändert; erst in der zweiten Jahreshälfte überwogen die preistreibenden Effekte der Erdölverteuerung, und die Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr stiegen kräftig. Im Dezember überschritt der Index der Energiepreise das Vorjahresniveau um 7,3%: Ohne Energiepreise hätte somit die Inflationsrate zu Jahresende 0,9% statt 1,4% betragen. Im Jahresdurchschnitt stiegen die Energiepreise um nur 0,4%. Bedeutend höhere Zuwachsraten mit stärkeren Auswirkungen auf das allgemeine Preisniveau müssen jedoch für das Jahr 2000 erwartet werden.

LÖHNE 1999 KRÄFTIG GESTIEGEN

Eine gängige Lohnformel setzt das Lohnwachstum dem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktivität zuzüglich einer Abgeltung der Preissteigerung (Inflation) gleich. Produktivitäts- und Ertragssteigerungen und ein Rückgang der Arbeitslosenquote bedeuteten für die Herbstlohnrunde 1998 relativ günstige gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen. Nach einem eher gedämpften Lohnwachstum in den Jahren 1997 und 1998 brachten die Lohnrunden für 1999 eine Belebung der Einkommensentwicklung für die Arbeitnehmer – auch im öffentlichen Dienst.

Nach zwei Einmalzahlungen im öffentlichen Dienst hatte der Einkommenszuwachs von 1997 auf 1998 nur 0,7% betragen. 1999 stiegen die Löhne und Gehälter der öffentlich Bediensteten etwas kräftiger als in den Jahren zuvor (+2,5%).

Die Metallarbeiter und Industrieangestellten profitierten von den günstigen makroökonomischen Rahmenbedingungen in der Lohnrunde 1998: Die tariflichen Mindestlöhne wurden ab November 1998 um 3,7% und die Istlöhne und -Gehälter um 2,9% angehoben, darüber

¹⁾ Siehe dazu Puwein, W., Wüger, M., „Analyse der Kraftstoffpreise in Österreich“, WIFO-Monatsberichte, 1999, 72(11).

Lohnrunde 1999

	Zeitpunkt	Kollektivvertragsabschluß	
		Mindestlöhne ¹⁾ Erhöhung in %	Ist-Löhne
Arbeiter			
Metallgewerbe	Jänner	+3,8	+2,5
Erdölverarbeitung	Februar	+3,3	+2,7 ²⁾
Druck und Graphik	April	+2,3	³⁾
Textilindustrie	April	+2,5	+2,3
Stein- und keramische Industrie	Mai	+2,2	+1,9
Bauwirtschaft	Mai	+2,1	
Bauneben- und Bauhilfsgewerbe	Mai	+2,0	
Holzverarbeitung	Mai	+2,2	+2,4
Chemische Industrie	Mai	+2,8	
Hotel- und Gastgewerbe	Mai	+2,1	
Glasindustrie	Juni	+1,6 ⁴⁾	
Metallindustrie	November	+2,4	+1,9 ⁵⁾
Energiwirtschaft	November	+2,3	+1,6 ⁶⁾
Bekleidungsindustrie	Dezember	+2,0	+1,5
Angestellte			
Handel	Jänner	+2,1	+1,7
Banken	Februar	+2,2	
Holzverarbeitung	April	+2,6	+2,4
Versicherungen	April	+1,9	
Textilindustrie	April	+2,5	
Papierindustrie	September	+2,4	+2,2 ⁷⁾
Glasindustrie	November	+2,0	+1,4
Chemische Industrie	November	+2,4	+1,8
Metallindustrie	November	+2,4	+1,9 ⁵⁾
Stein- und keramische Industrie	November	+2,2	
Papierverarbeitung	November	+2,0	+1,9 ⁵⁾
Energiwirtschaft	November	+2,3	+1,6 ⁶⁾

¹⁾ Laut Tariflohnindex. – ²⁾ Plus Einmalzahlung von 3.000 S. – ³⁾ Ist-Löhne werden um denselben Schillingbetrag wie Kollektivvertragslöhne erhöht. – ⁴⁾ Jänner +0,3%. – ⁵⁾ Verteilungsoption mit einer Bandbreite von 1,7% bis 2,2%. – ⁶⁾ Verteilungsoption von 0,5% der Gehaltssumme. – ⁷⁾ Verteilungsoption mit einer Bandbreite von 2% bis 2,5%.

hinaus wurde eine „Konjunkturprämie“ von einheitlich 2.500 S festgelegt. Ferner wurde die 1997 eingeführte Optionsklausel fortgeschrieben (Ist-Lohnerhöhung 1,9%, darüber hinaus können 0,5% der Lohnsumme innerbetrieblich zugunsten von Beziehern niedrigerer Einkommen, Jüngeren oder speziellen Leistungsträgern verteilt werden). Rund ein Drittel der Betriebe nutzten 1998 diese Optionsklausel, in den anderen Unternehmen betrug demzufolge die Ist-Lohn- und -Gehaltserhöhung 2,1%. 1998 lag die Ist-Lohnerhöhung bei 2,1% ohne Optionsklausel bzw. 1,9% bei Anwendung der 0,5%-Klausel. 1999 betrug die Ist-Lohnerhöhung 3,4%; bei einer individuellen Verteilung von 0,5% der Lohn- und Gehaltssumme konnte die generelle Ist-Lohnerhöhung auf 2,7% begrenzt werden.

Die höchsten Kollektivvertragsabschlüsse erzielten die Arbeiter im Bereich der Gas- und Wärmeversorgungsunternehmen (+5,2%). Überdurchschnittlich fielen 1999 auch die Kollektivvertragslohn- und -gehaltsabschlüsse der Erdölindustriearbeiter und -angestellten (+3,3%), der Arbeiter in der papier- und pappeverarbeitenden Industrie sowie der Angestellten in der Audiovisions- und Filmindustrie (jeweils +3%) aus. Die Bankangestellten schlossen im Februar mit einer Anhebung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne um 2,2% ab. Die Lohnverhandlungen (April 1999) für die rund 120.000 Bauarbeiter brachten bereits in der ersten Runde einen Lohnabschluss, der erstmals für zwei Jahre gilt: Per 1. Mai 1999 steigen die kollektivvertraglichen

Tariflohnindex 86

	Arbeiter		Angestellte		Beschäftigte	
	1998	1999	1998	1999	1998	1999
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Tariflohnindex insgesamt	+2,3	+2,5	+2,2 ¹⁾	+2,5 ¹⁾	+2,2	+2,5
Ohne öffentlichen Dienst	+2,3	+2,5	+2,2 ¹⁾	+2,4 ¹⁾	+2,2	+2,5
Gewerbe	+2,2	+2,3	+2,0	+2,1	+2,1	+2,2
Baugewerbe	+2,3	+2,1	+2,0	+2,8	+2,2	+2,3
Industrie	+2,6	+2,9	+3,1	+3,2	+2,8	+3,0
Handel	+1,7	+2,2	+1,7	+2,1	+1,7	+2,1
Verkehr	+1,5	+1,6	+2,3 ¹⁾	+2,6 ¹⁾	+2,1	+2,4
Tourismus	+2,5	+2,3	+1,7	+1,5	+2,3	+2,1
Geld-, Kredit- und Versicherungswesen	.	.	+1,7	+1,9	+1,7	+1,9
Freie Berufe	.	.	+1,9	+2,0	+1,9	+2,0
Land- und Forstwirtschaft	+1,8	+2,0	+1,7	+2,1	+1,8	+2,0
Öffentlicher Dienst	.	.	+2,2 ²⁾	+2,6 ²⁾	+2,2	+2,6

¹⁾ Angestellte und Bedienstete. – ²⁾ Bedienstete.

Mindestlöhne um 2,1%, mit 1. Jänner 2000 um 0,5% und mit 1. Mai 2000 um 2%.

Nach zweijähriger Pause wurde im Mai 1999 für die Tourismusbeschäftigten wieder ein österreichweiter Kollektivvertrag abgeschlossen, ihre Kollektivvertragserhöhung betrug 2,1%.

DEUTLICHE ZUNAHME DER MINDESTLÖHNE

Wie schon 1998 erhöhten sich die Tariflöhne 1999 im privaten und im öffentlichen Sektor beinahe im Gleichklang: Im Jahresdurchschnitt 1999 stieg der Tariflohn in der Gesamtwirtschaft um 2,5%, im öffentlichen Dienst um 2,6%. Das Tariflohnwachstum schwächte sich damit gegenüber 1998 um 0,3 Prozentpunkte ab.

Die vertraglichen Mindestlöhne und -gehälter wurden in der Industrie mit +3% am stärksten angehoben. Ebenfalls überdurchschnittlich war die Zunahme mit 2,6% im öffentlichen Dienst. Schwächer als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt stiegen die Tariflöhne im Gewerbe (+2,2%), im Handel und Tourismus (jeweils +2,1%), in den freien Berufen und in der Landwirtschaft (jeweils +2,0%). Die geringste Tariflohnenerhöhung verzeichnete mit 1,9% das Geld-, Kredit- und Versicherungswesen.

Entwickelten sich die Tariflöhne der Arbeiter und Angestellten auf gesamtwirtschaftlicher Ebene mit +2,5% gleichmäßig, so blieben die Abschlüsse im Verkehr für die Arbeiter um 1 Prozentpunkt, im Baugewerbe um 0,7 Prozentpunkte und in der Industrie um 0,3 Prozentpunkte hinter jenen für die Angestellten zurück. Einzig im Tourismus stiegen die Tarifgehälter der Angestellten (+1,5%) schwächer als die Tariflöhne der Arbeiter (+2,3%).

Nach einer kräftigen Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Lohn- und Gehaltssumme 1998 um 4,1% hielt diese Dynamik im Jahr 1999 an (+3,9%). Insgesamt erhöhten sich die gesamtwirtschaftlichen Effektivverdienste 1999 schwächer als die Mindestlöhne. Die Lohn- und Gehaltssumme je Arbeitnehmer war um 1,9% höher als

Effektivverdienste

	1997	1998	1999 ¹⁾
	In S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
ÖNACE			
Produzierender Bereich			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	31.878	+2,0	+2,6
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	189	+2,2	+2,9
Sachgüterproduktion			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	31.877	+2,7	+2,8
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	190	+2,6	+3,2
Bauwesen			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	29.075	+0,9	+2,3
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	172	+1,9	+2,3
Fachverbandsgliederung			
Industrie			
Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten	34.154	+2,6	+2,6
Bruttostundenverdienst je Beschäftigten	203	+2,3	+3,2

Q: Statistik Österreich, Konjunkturstatistik. – ¹⁾ Durchschnitt Jänner bis November.

im Vorjahr. Bei einer gesamtwirtschaftlichen Tariflohnsteigerung von 2,5% ergibt sich für 1999 eine negative Lohndrift von 0,6%.

Die Ausgliederungen aus dem öffentlichen Sektor im Jahr 1997 hatten eine Verschiebung zwischen öffentlicher (-13,3%) und privater (+5,3%) Lohnsumme zur Folge. 1998 näherte sich das Wachstum der öffentlichen (+2,9%) und privaten Lohn- und Gehaltssumme (+3,8%) wieder an, 1999 lag es im öffentlichen Bereich mit +4,6% um 1,1 Prozentpunkte über jenen im privaten Sektor.

Die ÖNACE-Gliederung zeigt für 1999 höhere Steigerungsraten der Effektivverdienste: Im produzierenden Bereich erhöhte sich der Bruttomonatsverdienst je Beschäftigten um 2,6%, in der Sachgüterproduktion errechnet sich eine Rate von +2,8% und im Bauwesen von +2,3%. Die Monatsverdienste der Industrie laut Fachverbandsgliederung entwickelten sich parallel zum produzierenden Bereich (+2,6%). Der Tariflohnanstieg der Industrie bewirkte 1999 – wie im Jahr zuvor – eine negative Lohndrift von 0,4%. Neben den Bruttomonatsverdiensten je Beschäftigten wiesen auch die Bruttostundenverdienste je Beschäftigten eine hohe Dynamik auf (1998/99 produzierender Bereich +2,9%, Sachgüterproduktion und Industrie laut Fachverbandsgliederung +3,2%).

MASSENEINKOMMEN LEICHT ERHÖHT

Die Ausweitung der Beschäftigung fiel 1999 mit +1,8% noch kräftiger aus als 1998 (+1,3%). Der Anstieg der realen Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer war aber mit +1,3% geringer als 1998 (+2,1%). Das Wachstum der Lohn- und Gehaltssumme verminderte sich von 4,1% (1998) auf 3,9%.

Die erste Etappe der Reform der Familienförderung (Erhöhung der Kinderabsetzbeträge und der Familienbeihilfe) trat 1999 in Kraft und stellt den Familien zusätzlich

Löhne und Einkommen

	1997	1998	1999
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Löhne und Gehälter je Arbeitnehmer			
Brutto nominell	+0,7	+2,8	+1,9
Brutto real ¹⁾	-1,1	+2,1	+1,3
Löhne und Gehälter insgesamt, brutto			
	+1,6	+4,1	+3,9
Masseneinkommen, netto²⁾			
Nominell	-0,7	+3,3	+3,8
Real ¹⁾	-2,4	+2,6	+3,1

¹⁾ Deflationiert mit dem Deflator der Konsumausgaben der privaten Haushalte. – ²⁾ Vorläufige Berechnung.

6 Mrd. S zur Verfügung. Die öffentlichen Transferleistungen nahmen mit +4,0% um 1,4 Prozentpunkte stärker zu als 1998. Gleichzeitig verringerte sich die Zunahme der Abzüge von 4,5% (1998) auf 4,2%. Die Nettomasseneinkommen verbesserten sich damit nominell um 3,8%, die realen Masseneinkommen erhöhten sich 1999 um 3,1%. Die zweite Reformetappe und die Steuerreform bedeuten im Jahr 2000 kräftige Impulse für das verfügbare Einkommen der Haushalte. Die sich abzeichnenden mäßigen Lohnabschlüsse und die angekündigten Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung werden die Entwicklung der Nettomasseneinkommen hingegen dämpfen.

ZURÜCKHALTENDE HERBSTLOHNRUNDE 1999

Die Herbstlohnrunde 1999 stand unter dem Eindruck eines günstigen makroökonomischen Umfelds. Das reale BIP-Wachstum betrug im III. Quartal 2,8%, ab der Jahresmitte wurde die lebhafte Konsumnachfrage durch eine Erholung der Export- und Industriekonjunktur ergänzt. Zugleich stieg die Produktion der Sachgütererzeugung gegenüber dem III. Quartal des Vorjahres um etwa 3%. Die Wettbewerbsfähigkeit verbesserte sich (gemessen an den relativen Lohnstückkosten) gegenüber den wichtigsten Handelspartnern um 2,4%. Dennoch waren die ersten Lohnabschlüsse für 2000 im Vorjahresvergleich eher zurückhaltend.

Trotz günstigen makroökonomischen Umfelds war die Lohnpolitik 1999 zurückhaltend.

Nach einer kräftigeren Lohnsteigerung für öffentlich Bedienstete im Jahr 1999 sehen die Abschlüsse mit 1. Jänner 2000 eine mäßige Erhöhung von 1,5% vor, wobei die niedrigeren Gehälter um mindestens 300 S brutto im Monat anzuheben sind.

Die Herbstlohnrunde 1999 der Metallarbeiter brachte eine Erhöhung der Mindestlöhne und -gehälter um 2,4%, der Ist-Löhne und -Gehälter um 1,9%. Wieder wurde eine Optionsklausel vereinbart: Die Ist-Löhne werden um

1,7% angehoben, wenn gleichzeitig 0,5% der Lohn- und Gehaltssumme individuell – in Zusammenarbeit mit dem Betriebsrat – verteilt werden. Kommt keine Betriebsvereinbarung zustande oder gibt es keinen Betriebsrat, so gilt eine Ist-Lohnerhöhung von 1,9%. Der kollektivvertragliche Mindestlohn der Metallarbeiter liegt mit dem Abschluss für 2000 bei 15.284 S brutto im Monat. Die kollektivvertraglichen Mindestlohnerhöhungen der Papierindustrie und der chemischen Industrie orientierten sich am Abschluss der Metallindustrie (+2,4%). Die Ist-Gehälter wurden in der Papierindustrie um 2,2% angehoben, in der chemischen Industrie um 1,8%. Zusätzlich wurde in der Papierindustrie ebenfalls eine Verteilungsoption für die Ist-Gehälter eingeführt. Die Mindestgehälter der Angestellten der Glasindustrie sowie der Papierverarbeitung wurden um 2% hinaufgesetzt.

Neben der Erhöhung der Mindestlöhne und -gehälter um 1,6% bis 2,3% und der Ist-Löhne und -Gehälter um 1,6% wurde im November 1999 in der Elektrizitätswirtschaft eine neuartige Verteilungsoption festgeschrieben: Auf der Grundlage von Betriebsvereinbarungen können die Ist-Löhne und -Gehälter um mindestens 1,1% angehoben werden, wenn gleichzeitig 1% der betrieblichen Lohn- und Gehaltssumme für beschäftigungssichernde Maßnahmen (Bildungsmaßnahmen und Arbeitszeitverkürzung) verwendet wird. Da der Lohnabschluss Mitte November erfolgte, liegen derzeit noch keine Informationen über deren Ausgestaltung und Wirkungsweise vor.

Bereits in der Frühjahrslohnrunde 1999 wurden in der Baubranche Abschlüsse erzielt, die teilweise erst 2000 in Kraft treten. Der erstmalige Zweijahresabschluss legte die Erhöhung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne in Stufen bis 1. Mai 2000 fest (per 1. Mai 1999 +2,1%, per 1. Jänner 2000 +0,5%, per 1. Mai 2000 +2%). Der Zuschlagsfaktor für das Weihnachtsgeld wurde von 34% auf 25% verringert.

Im Jänner 2000 vereinbarten die rund 350.000 Handelsangestellten eine Erhöhung ihrer Mindestgehälter um 1,7%, die Ist-Löhne wurden um 2,1% angehoben. Insgesamt stieg der Tariflohnindex in den ersten zwei Monaten des Jahres 2000 etwas schwächer als Anfang 1999. Die Tariflöhne der Gesamtwirtschaft erhöhten sich um 2%, für die Arbeiter ergibt sich mit +2,3% eine höhere Rate als für die Angestellten (+2,0%). Im öffentlichen Dienst zogen die Tariflöhne um 1,6% an.

Im Jahr 2000 stehen die Einkommensimpulse der Steuerreform und die Ausweitung der Familientransfers den Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung gegenüber. Die Nettomasseneinkommen werden daher etwas schwächer steigen als 1999. Darüber hinaus werden die zurückhaltenden Lohnabschlüsse das Einkommenswachstum im Jahr 2000 dämpfen.

Christine Mayrhuber, Wolfgang Pollan
Statistik: Eva Latschka, Annamaria Rammel

RÜCKGANG DER ARBEITSLOSIGKEIT BEI KRÄFTIGEM BESCHÄFTIGUNGSZUWACHS

Das Wirtschaftswachstum (+2,2%) und die lebhaftere Inlandsnachfrage bildeten 1999 die Basis für die günstige Beschäftigungsentwicklung in Österreich. Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 37.200 (+1,2%, ohne Karenzgeldbezieher und Präsenzdiener). Getragen wurde das Wachstum vom Dienstleistungsbereich, während die Beschäftigtenzahl in der Sachgüterproduktion und der Bauwirtschaft sank. Frauen profitierten von der Zunahme der Nachfrage nach Arbeitskräften deutlich überproportional. Ein wesentlicher Teil der Beschäftigungsausweitung betraf Teilzeitarbeit.

GÜNSTIGE BESCHÄFTIGUNGSENTWICKLUNG

Die starke Inlandsnachfrage erlaubte 1999 eine beträchtliche Beschäftigungsausweitung. Obwohl das BIP-Wachstum 1999 um 0,7 Prozentpunkte schwächer ausfiel als ein Jahr davor, stieg die Zahl der Erwerbstätigen um ¼ Prozentpunkt stärker (+32.200 gegenüber

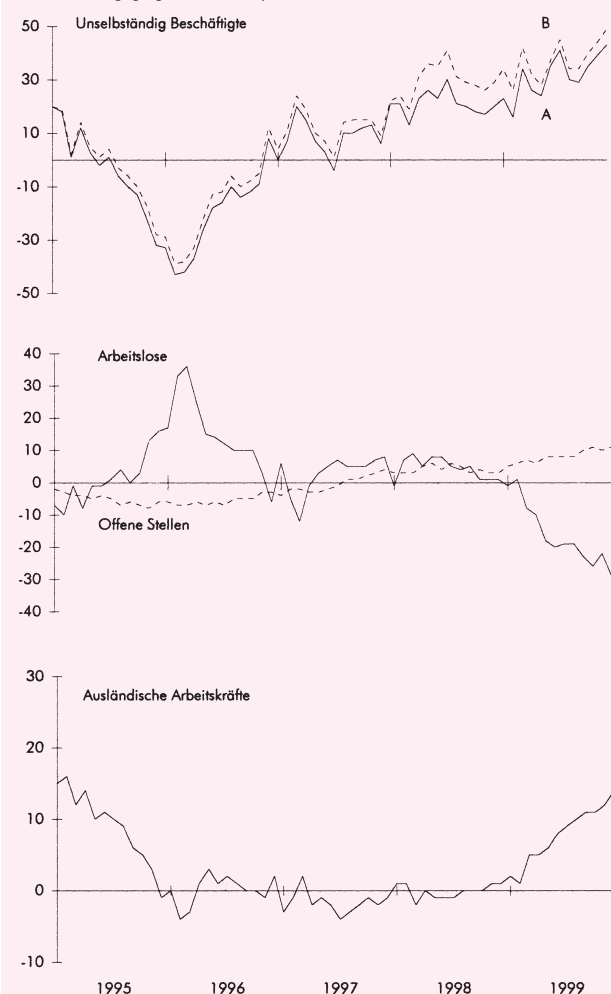
Der Arbeitsmarkt im Überblick 1995 bis 1999

	1995	1996	1997	1998	1999
Erwerbstätige	3,439.500	3,415.700	3,424.500	3,446.600	3,478.800
Frauen	1,450.100	1,445.300	1,454.200	1,472.600	1,493.200
Unselbständig Beschäftigte ¹⁾	3,068.200	3,047.300	3,055.600	3,076.700	3,107.900
Frauen	1,310.800	1,308.500	1,316.000	1,332.300	1,353.100
Selbständige und Mithelfende ²⁾	371.300	368.400	368.900	369.900	370.900
Frauen	139.300	136.800	138.200	140.300	140.100
Vorgemerkte Arbeitslose ³⁾	215.700	230.500	233.300	237.800	221.700
Frauen	95.700	102.500	104.800	108.400	100.200
Erwerbspersonen	3,655.200	3,646.200	3,657.800	3,684.400	3,700.500
Frauen	1,545.800	1,547.800	1,559.000	1,580.900	1,593.400
In % der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre)					
Erwerbsquote ⁴⁾	67,5	67,2	67,2	67,6	67,7
Männer	77,1	76,6	76,5	76,6	76,5
Frauen	57,7	57,6	57,8	58,5	58,7
Beschäftigungsquote ⁵⁾	63,5	62,9	62,9	63,2	63,6
Männer	72,7	71,9	71,8	71,9	72,1
Frauen	54,1	53,8	54,0	54,5	55,0
In % der unselbständigen Erwerbspersonen					
Arbeitslosenquote ³⁾	6,6	7,0	7,1	7,2	6,7
Männer	6,4	6,9	6,9	6,9	6,5
Frauen	6,8	7,3	7,4	7,5	6,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen. – ¹⁾ Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. – ²⁾ Laut WIFO. – ³⁾ Laut WIFO. – ⁴⁾ Laut Arbeitsmarktstatistik. – ⁵⁾ Erwerbstätige.

Der Arbeitsmarkt seit 1995

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



A . . . offizielle Daten (einschließlich Bezieher von Karenzgeld), B . . . ohne Bezieher von Karenzgeld. – Die Entwicklung der Zahl der unselbständig Beschäftigten wurde durch die Neuregelung der Bezugsdauer von Karenzgeld stark beeinflusst; die tatsächliche Beschäftigungsentwicklung ist nur aus B ersichtlich.

+22.100 1998). Die höhere Beschäftigungsintensität des Wachstums bedeutet gleichzeitig eine Abschwächung der Produktivitätssteigerung: Die Produktivität je Erwerbstätigen stieg 1999 um nur 1,2% nach +1,9% im Jahr 1998.

Die Zahl der unselbständig Beschäftigten einschließlich Karenzgeldbezieher und Präsenzdienner erhöhte sich um

31.200 oder 1% auf 3,107.900 (ohne Karenzgeldbezieher und Präsenzdienner +37.200, +1,2%). Die Zahl der Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen nahm nur leicht zu (+1.000, +0,3%) – eine Folge etwa gleich starker gegenläufiger Entwicklungen der Zahl der Landwirte (-3.900) und Gewerbetreibenden (+4.900).

BESCHÄFTIGUNGSWACHSTUM IN DEN DIENSTLEISTUNGEN, RÜCKGANG IN INDUSTRIE UND GWERBE

Die Expansion des Dienstleistungssektors (+2,2%) trug 1999 die Beschäftigungsgewinne, während aus der Sachgüterproduktion (einschließlich Bergbau und Bauwesen) kaum Impulse kamen – dort ging der Bestand unselbständig Beschäftigter um 0,8% und damit deutlich stärker zurück als im Jahr 1998 (-0,2%). Ausnahmen bilden hier die technologieorientierten Bereiche der Erzeugung und Verarbeitung von Metallen und der Chemieindustrie. Wie 1998 verzeichneten diese Branchen Beschäftigungsgewinne, die allerdings 1999 deutlich geringer ausfielen.

Im Bereich der Dienstleistungen nahm die unselbständige Beschäftigung vor allem in den unternehmensnahen Dienstleistungen, im Unterrichts- und Gesundheitswesen und in den sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen kräftig zu. Weniger dynamisch entwickelten sich die traditionellen Dienstleistungsbereiche, insbesondere das Kredit- und Versicherungswesen (-0,1%), der Handel (+0,7%) und die öffentliche Verwaltung (+0,8%) sowie der quantitativ unbedeutende Bereich der privaten Haushalte (-5,9%). Zum expandierenden Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen zählen auch die Personalbereitstellungsunternehmen, die sich in den letzten Jahren sehr dynamisch entwickeln. Die dort beschäftigten Arbeitskräfte werden jedoch zum Großteil in die Sachgüterproduktion (einschließlich Bauwirtschaft) verliehen; das Beschäftigungswachstum im Dienstleistungssektor und der Beschäftigungsrückgang in Industrie und Gewerbe werden somit leicht überschätzt.

Der Arbeitsmarkt der Unselbständigen 1999

	Unselbständig Beschäftigte			Arbeitslose		Offene Stellen	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Karenzgeldbezieher	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1995	3,068.200	- 2.500	82.800	215.700	+ 800	25.000	- 5.200
Ø 1996	3,047.300	-20.900	78.800	230.500	+14.800	19.400	- 5.600
Ø 1997	3,055.600	+ 8.300	75.000	233.300	+ 2.800	19.000	- 400
Ø 1998	3,076.700	+21.100	66.800	237.800	+ 4.400	23.100	+ 4.100
Ø 1999	3,107.900	+31.200	61.000	221.700	-16.100	31.200	+ 8.100
1999, Ø I. Quartal	3,035.800	+24.500	63.400	283.500	- 2.600	25.900	+ 5.800
Ø II. Quartal	3,102.300	+28.000	61.300	204.600	-16.100	32.600	+ 7.500
Ø III. Quartal	3,182.700	+33.600	59.700	179.700	-20.100	34.000	+ 8.700
Ø IV. Quartal	3,110.900	+38.800	59.500	219.100	-25.400	32.400	+10.500

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich. Unselbständig Beschäftigte einschließlich Bezieher von Karenzgeld.

Unselbständig Beschäftigte nach Wirtschaftsklassen

	1998		1999	
	Stand	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	
	Absolut	Absolut	Absolut	In %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Fischzucht	25.616	25.832	+ 216	+0,8
Bergbau, Industrie und Gewerbe	926.566	919.263	- 7.303	-0,8
Bergbau, Steine und Erden	14.270	13.922	- 348	-2,4
Nahrung, Getränke, Tabak	77.648	76.398	- 1.250	-1,6
Textilien, Bekleidung, Leder	44.296	42.049	- 2.247	-5,1
Holz, Papier, Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	83.792	82.271	- 1.521	-1,8
Chemie, Recycling	58.586	59.217	+ 631	+1,1
Stein- und Glaswaren	30.192	29.553	- 639	-2,1
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	275.534	277.624	+ 2.090	+0,8
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente, Sportwaren, Spielwaren und sonstige Erzeugnisse	46.531	45.026	- 1.505	-3,2
Energie- und Wasserversorgung	31.150	30.466	- 684	-2,2
Bauwesen	264.567	262.737	- 1.830	-0,7
Dienstleistungen	2.046.125	2.090.442	+44.317	+2,2
Handel, Reparatur	482.498	485.730	+ 3.232	+0,7
Gaststättenwesen	144.507	147.458	+ 2.951	+2,0
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	225.003	227.693	+ 2.690	+1,2
Kredit- und Versicherungswesen	109.783	109.670	- 113	-0,1
Unternehmensnahe Dienstleistungen	216.462	232.812	+16.350	+7,6
Öffentliche Verwaltung, Landesverteidigung, Sozialversicherungen	474.518	478.520	+ 4.002	+0,8
Unterrichtswesen	118.653	122.464	+ 3.811	+3,2
Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen	137.753	143.131	+ 5.378	+3,9
Sonstige öffentliche und private Dienste, exterritoriale Organisationen	132.429	138.710	+ 6.281	+4,7
Private Haushalte	4.519	4.254	- 265	-5,9
Präsenzdiener	11.587	11.387	- 200	-1,7
Bezieher von Karenzgeld	66.772	60.976	- 5.796	-8,7
Insgesamt	3,076.665	3,107.898	+31.233	+1,0

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

KRÄFTIGE STEIGERUNG VON FRAUENBESCHÄFTIGUNG UND TEILZEITBESCHÄFTIGUNG

Frauen profitierten deutlich überproportional von der vom Dienstleistungsbereich getragenen Belebung der Nachfrage nach Arbeitskräften. Trotz eines Rückgangs der Karenzgeldbezieher stieg die Zahl der unselbständig erwerbstätigen Frauen von 1998 auf 1999 um 20.800 (+1,6%), jene der Männer um nur 10.400 (+0,6%).

Strukturindikatoren relativieren die günstige Beschäftigungsentwicklung allerdings etwas. Die Daten des Mikrozensus aus dem I. und II. Quartal 1999 weisen auf eine Abschwächung der Wachstumsdynamik im Be-

reich der Teilzeitbeschäftigung hin. 1998 dürfte demnach der gesamte Anstieg der Beschäftigung auf eine Ausweitung der Teilzeitarbeit zurückzuführen gewesen sein, 1999 nur etwa die Hälfte. Dabei stagnierte die Teilzeitbeschäftigung von Männern, während etwa zwei Drittel des Zuwachses an Arbeitsplätzen für Frauen auf Teilzeit entfielen. Dies steht im Einklang mit der Branchenverteilung der Beschäftigungsausweitung: Zusätzliche Arbeitsplätze schufen vor allem Branchen mit hoher Teilzeitquote (z. B. unternehmensbezogene Dienstleistungen, Gesundheits- und Sozialwesen, sonstige private und öffentliche Dienstleistungen).

Zuwächse waren auch im Bereich der geringfügigen Beschäftigung zu verzeichnen: Mit +8,6% (+13.900, Stichtag 31. Juli 1999) wurde die Steigerungsrate von 1998 (+2,7%) deutlich übertroffen. Dabei nahm besonders die Zahl jener Personen stark zu, die neben der geringfügigen Beschäftigung keine weiteren Einkommen oder Leistungen bezogen.

LEICHTE ZUNAHME DES ARBEITSKRÄFTE-ANGEBOTES

Österreich zählt zu den Ländern mit besonders ausgeprägter Reaktion des Arbeitskräfteangebotes auf konjunkturbedingte Änderungen der Nachfrage nach Arbeitskräften. Dementsprechend setzte mit dem Konjunkturaufschwung 1997 eine Angebotsausweitung ein, die allerdings sowohl 1998 als auch 1999 stark institutionell beeinflusst wurde. Während die Zunahme des Arbeitskräfteangebotes im Jahre 1998 als Nebenwirkung des „Sparpakets“ (Verkürzung des Anspruchs auf Karenzgeld, Wegfall der Sonderunterstützung für 54- bzw. 59-jährige Langzeitarbeitslose) über die konjunkturellen und demographischen Effekte hinausging, dämpften institutionelle Faktoren 1999 die Angebotsentwicklung: Die Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik trug zu einer Senkung des Arbeitskräfteangebotes ebenso bei wie Bereinigungen in der Arbeitslosenstatistik (Personen mit Bezugssperren nach § 10 ALVG werden seit 1999 nicht mehr als Arbeitslose registriert).

Geringfügig Beschäftigte

Stichtag 1. Juli

	1997	1998	1999	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
	Absolut	Absolut	Absolut	1997	1998	1999
Insgesamt	158.121	162.452	176.373	+10,1	+ 2,7	+ 8,6
Nur geringfügig beschäftigt	68.662	76.056	93.383	+ 7,9	+10,8	+22,8
Eine geringfügige Beschäftigung	65.195	72.375	89.053	+ 7,6	+11,0	+23,0
Mehrere geringfügige Beschäftigungen	3.467	3.681	4.330	+14,3	+ 6,2	+17,6
Mit zusätzlichem Sozialversicherungsverhältnis	89.459	86.396	82.990	+11,8	- 3,4	- 3,9
Pensionsversicherungspflichtige Erwerbstätigkeit	45.281	43.732	45.041	+ 9,6	- 3,4	+ 3,0
Leistung aus der Arbeitslosenversicherung	19.866	18.140	11.683	+23,9	- 8,7	-35,6
Leistung aus der Krankenversicherung	547	642	850	+ 7,3	+17,4	+32,4
Eigenpension	23.153	23.306	24.851	+ 7,8	+ 0,7	+ 6,6
Mehrere Versicherungsverhältnisse	612	576	565	- 5,1	- 5,9	- 1,9

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger.

Ausländische Arbeitskräfte

	Stand	Insgesamt		Anteile an der Gesamtbeschäftigung in %	Vorgemerkte arbeitslose Ausländer		
		Veränderung gegen das Vorjahr			Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	
		Absolut	In %			Absolut	In %
Ø 1995	300.300	+ 9.300	+3,2	9,8	24.900	- 600	- 2,2
Ø 1996	300.400	+ 100	+0,0	9,9	27.600	+2.700	+10,9
Ø 1997	298.800	- 1.600	-0,5	9,8	27.500	- 100	- 0,3
Ø 1998	298.600	- 200	-0,1	9,7	28.500	+ 900	+ 3,4
Ø 1999	306.400	+ 7.800	+2,6	9,9	27.200	-1.300	- 4,4
1999, Ø I. Quartal	290.800	+ 2.800	+1,0	9,6	38.800	- 200	- 0,5
Ø II. Quartal	307.100	+ 6.200	+2,1	9,9	24.100	-1.600	- 6,3
Ø III. Quartal	319.500	+ 9.800	+3,2	10,0	17.300	-1.600	- 8,4
Ø IV. Quartal	308.200	+12.500	+4,2	9,9	28.700	-1.600	- 5,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich.

Die Entwicklung des Arbeitskräfteangebotes hängt einerseits von demographischen Faktoren ab (Entwicklung der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter), andererseits aber auch von der Erwerbsbeteiligung. Die Hauptvariante der Bevölkerungsprognose von Statistik Österreich weist für 1999 5,090.800 Personen im Alter von 15 bis 60 Jahren aus, die in Österreich wohnhaft waren; das entspricht einem Rückgang gegenüber 1998 von 6.300 oder 0,1%. Die Zahl der 15- bis 65-Jährigen nahm im selben Zeitraum etwas stärker zu (+16.000, +0,3%) – ein Hinweis darauf, dass stärkere Jahrgangsbesetzungen ins Frühpensionsalter eintreten.

Im Jahresdurchschnitt 1999 wurden 3,700.500 Erwerbspersonen statistisch erfasst, um 16.200 oder 0,4% mehr als im Vorjahr (1998 +26.500, +0,7%). Dabei erhöhte sich vor allem das Arbeitskräfteangebot von Frauen (+12.500, +0,8%), obwohl sich der Angebotszuwachs gegenüber dem Vorjahr fast halbierte. Das Arbeitskräfteangebot der Männer stieg mit +3.700 (+0,2%) etwas schwächer als im Vorjahr.

Die Zahl der beschäftigten Ausländer war 1999 erstmals seit drei Jahren merklich höher als im Vorjahr (+7.800, +2,6%). Nur zum Teil ist dies auf die günstige allgemeine Beschäftigungsentwicklung zurückzuführen. Wesentlich dürfte die Integration des Assoziationsabkommens der EU mit der Türkei in das Ausländerbeschäftigungsgesetz (§ 4c Abs. 2 AuslBG), der zufolge längerfristig in Österreich anwesenden Türken der Zugang zum Arbeitsmarkt nicht mehr vorenthalten werden kann.

ANSTIEG DER ERWERBSQUOTE VON FRAUEN, RÜCKGANG BEI MÄNNERN

Die Verteilung der Arbeit auf die Wohnbevölkerung hat sich in den letzten Jahrzehnten in Österreich markant verändert. Der langfristig rückläufige Trend der Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitskräfte wurde Ende der siebziger Jahre durch arbeitsmarktpolitisch motivierte Maßnahmen zur Senkung von deren Arbeitskräfteangebot verstärkt. Erst in den letzten zwei Jahren wurde eine stabile Trendumkehr erreicht. Auch geschlechtsspezifisch

zeigen sich unterschiedliche Entwicklungen: Einem längerfristigen Rückgang der Erwerbsbeteiligung der Männer steht eine steigende Erwerbsbeteiligung von Frauen gegenüber. Die Erwerbsquote der Männer im erwerbsfähigen Alter (15 bis 65 Jahre) verringerte sich 1999 auf 76,5% (1998 76,6%). Die der Frauen zwischen 15 und 65 Jahren stieg gegenüber dem Vorjahr von 58,5% auf 58,7%. Damit blieb der Integrationsgrad der erwerbsfähigen Bevölkerung in den Arbeitsmarkt weiterhin hinter dem der frühen neunziger Jahre zurück (1992 68,3%, 1999 67,7%).

ABBAU DER ARBEITSLOSIGKEIT DURCH BESCHÄFTIGUNGSWACHSTUM UND AKTIVE ARBEITSMARKTPOLITIK

Die Arbeitslosigkeit konnte 1999 erstmals seit 1994 gesenkt werden. Die Zahl der beim Arbeitsmarktservice registrierten Arbeitslosen war im Jahresdurchschnitt 1999 um 16.100 niedriger als im Vorjahr (-6,8%). Dieser Rückgang betraf jüngere Arbeitslose bedeutend stärker als ältere. Neben der guten Konjunkturlage trug die Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik im Rahmen des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung (NAP) besonders zu dieser Entwicklung bei. Auch die Zahl der Arbeitsaufnahmen von zuvor in Schulung Stehenden oder Arbeitslosen stieg im vergangenen Jahr (+38.000, +9,2%, vor allem kurzzeitig Arbeitslose und Schulungsteilnehmer).

Die gute Konjunkturlage hat ebenso wie der verstärkte Einsatz der aktiven Arbeitsmarktpolitik die Rahmenbedingungen für einen Abbau der Arbeitslosigkeit im Jahre 1999 verbessert. Diese günstigen Rahmenbedingungen konnten auch in eine Reduktion der Arbeitslosigkeit auf einen Jahresdurchschnittsbestand von 221.700 umgesetzt werden. Die Arbeitslosigkeit sank damit gegenüber

Die Arbeitslosigkeit 1999

	Männer		Vorgemerkte Arbeitslose		Frauen		Insgesamt	
	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr	Stand	Veränderung gegen das Vorjahr
Ø 1995	120.000	- 600	95.700	+ 1.300	215.700	+ 800		
Ø 1996	128.000	+ 8.000	102.500	+ 6.800	230.500	+14.800		
Ø 1997	128.600	+ 600	104.800	+ 2.300	233.300	+ 2.800		
Ø 1998	129.400	+ 900	108.400	+ 3.600	237.800	+ 4.400		
Ø 1999	121.500	- 7.900	100.200	- 8.100	221.700	-16.100		
1999, Ø I. Quartal	176.000	- 700	107.600	- 2.000	283.500	- 2.600		
Ø II. Quartal	104.600	- 8.700	100.000	- 7.400	204.600	-16.100		
Ø III. Quartal	88.200	-10.000	91.500	-10.100	179.700	-20.100		
Ø IV. Quartal	117.300	-12.200	101.800	-13.100	219.100	-25.400		

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

dem Vorjahr – erstmals seit 1994 – um 16.100 (-6,8%). Zugleich stieg aber die Zahl der Schulungsteilnahmen (Jahresdurchschnitt der in arbeitsmarktpolitischer Schulung Stehenden) um 5.700 (+27,1%). Zudem schlug sich die Bereinigung der Arbeitslosenzahlen um Personen mit Bezugssperren nach § 10 AIVG im Jahresdurchschnitt als Rückgang der ausgewiesenen der Arbeitslosigkeit um etwa 1.400 nieder.

ERSTMALS SEIT 1994 GÜNSTIGERE ENTWICKLUNG DER ARBEITSLÖSUNG VON FRAUEN UND JÜNGEREN

Anders als in den Jahren zuvor entwickelte sich die Arbeitslosigkeit von Frauen (-7,5%) günstiger als jene der Männer (-6,1%). Die gedämpfte Reaktion des Arbeitskräfteangebotes und das stark von Frauen getragene Beschäftigungswachstum waren Voraussetzungen für diese Entwicklung. Dadurch konnte der Rückgang der

Karenzgeldbezieher (-5.800), der weitgehend Frauen betrifft, kompensiert werden.

Vom Rückgang der Arbeitslosigkeit profitierten insbesondere Jüngere. Während im Jahresdurchschnitt die Zahl der Arbeitslosen unter 25 Jahren um 12,5% sank, verringerte sich jene der 25- bis 45-Jährigen um 8%, jene der 45-Jährigen und Älteren jedoch um nur 1,7%. Dieses Bild bestätigt auch die Entwicklung der Langzeitarbeitslosigkeit.

Der Bestand langzeitarbeitsloser Jugendlicher (bis 25 Jahre) sank für die Gruppe der 6 bis 12 Monate Arbeitslosen um 46,7% (-1.400) und für jene der 12 Monate und länger Arbeitslosen um 43,3% (-520). In der Altersgruppe von 25 bis 45 Jahre ging die Langzeitarbeitslosigkeit um 25,9% oder 4.700 (Vormerkdauer 6 bis 12 Monate) bzw. 27% oder 4.600 (Vormerkdauer ab 12 Monate) zurück. Die Langzeitarbeitslosigkeit der über 45-Jährigen verringerte sich im Jahresdurchschnitt

Arbeitslosigkeit nach Alter und Vormerkdauer

	1998			Vorgemerkte Arbeitslose insgesamt	1999			Vorgemerkte Arbeitslose insgesamt
	Unter 25 Jahren	25 bis 45 Jahre	Über 45 Jahre		Unter 25 Jahren	25 bis 45 Jahre	Über 45 Jahre	
Vormerkdauer								
Unter 6 Monaten	32.235	92.659	39.190	164.084	29.613	91.668	40.749	162.031
6 bis 12 Monate	3.009	18.257	13.949	35.214	1.604	13.531	12.373	27.507
Über 12 Monate	1.210	16.903	20.384	38.496	686	12.338	19.180	32.205
Insgesamt	36.453	127.819	73.522	237.794	31.904	117.537	72.302	221.743
In Schulung Stehende	6.868	11.212	2.850	20.930	7.809	14.537	4.263	26.608
Summe	43.322	139.030	76.372	258.724	39.712	132.074	76.565	248.351
	Veränderung gegen das Vorjahr absolut							
Unter 6 Monaten	- 953	+1.444	+2.102	+2.593	-2.622	- 991	+1.560	- 2.053
6 bis 12 Monate	- 340	+ 431	+1.599	+1.689	-1.405	- 4.726	-1.576	- 7.707
Über 12 Monate	- 180	-1.235	+1.580	+ 164	- 523	- 4.565	-1.203	- 6.291
Insgesamt	-1.474	+ 640	+5.280	+4.446	-4.550	-10.282	-1.220	-16.051
In Schulung Stehende	- 181	-1.066	- 35	-1.282	+ 940	+ 3.326	+1.412	+ 5.678
Summe	-1.654	- 427	+5.245	+3.164	-3.610	- 6.956	+ 193	-10.373
	Veränderung gegen das Vorjahr in %							
Unter 6 Monaten	- 2,9	+1,6	+ 5,7	+1,6	- 8,1	- 1,1	+ 4,0	- 1,3
6 bis 12 Monate	-10,2	+2,4	+12,9	+5,0	-46,7	-25,9	-11,3	-21,9
Über 12 Monate	-13,0	-6,8	+ 8,4	+0,4	-43,3	-27,0	- 5,9	-16,3
Insgesamt	- 3,9	+0,5	+ 7,7	+1,9	-12,5	- 8,0	- 1,7	- 6,8
In Schulung Stehende	- 2,6	-8,7	- 1,2	-5,8	+13,7	+29,7	+49,5	+27,1
Summe	- 3,7	-0,3	+ 7,4	+1,2	- 8,3	- 5,0	+ 0,3	- 4,0

Q: Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen; Berechnung aufgrund einer „SAM5-ähnlichen“ Abfrage (Monate werden vereinfacht mit 30 Tagen berechnet).

Aktive Arbeitsmarktpolitik im Nationalen Aktionsplan für Beschäftigung (NAP)

Die günstige Entwicklung der Arbeitslosigkeit hatte ihre Ursache, neben der Beschäftigungsausweitung, im Ausbau der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die durch die Initiativen im Rahmen des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung (NAP) geprägt war. Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen haben innerhalb des NAP große Bedeutung. Die quantitativen Zielvorgaben des NAP bis ins Jahr 2002 lauten:

- Senkung der Arbeitslosenquote auf 3,5% (nach Eurostat),
- Halbierung der Übertrittsquoten¹⁾ von jugendlichen Arbeitslosen in die Langzeitarbeitslosigkeit (über 6 Monate) und jener von erwachsenen Arbeitslosen in die Langzeitarbeitslosigkeit (über ein Jahr),
- Steigerung der Zahl der in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen Integrierten auf durchschnittlich 20% der Zielgruppe²⁾.

Als Beschäftigungsziel ist die Schaffung von 100.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen im NAP festgehalten.

Die günstige Entwicklung der Arbeitsmarktsituation für Jugendliche schlägt sich auch in den Übertrittsquoten jugendlicher Arbeitsloser in die Langzeitarbeitslosigkeit über 6 Monate nieder. Die Werte für 1999 liegen bereits deutlich unter dem Ziel für dieses Jahr und nahe der Zielmarke für 2002. Die Situation ist jedoch für männliche Jugendliche deutlich besser als für weibliche.

Die Übertrittsquoten Erwachsener gingen ebenfalls seit 1997 merklich zurück; der Zielwert für 1999 wurde um 1,1 Prozentpunkte unterschritten. Auch die Unterschiede, die im Basisjahr 1996 zwischen den Übertrittsquoten von Frauen und Männern bestanden, konnten 1999 reduziert werden. Die Erreichbarkeit der Ziele für 2002 hängt einerseits von der Konjunkturlage, andererseits aber auch von der Ausgestaltung der aktiven Arbeitsmarktpolitik der nächsten Jahre ab.

Die Senkung der Langzeitarbeitslosigkeit im Jahr 1999 war im Wesentlichen auf die Zunahme der Schulungsmaßnahmen (deren Integrationswirkungen im Detail zu prüfen sein werden) und die Reduktion der Übertritte in die Langzeitarbeitslosigkeit zurückzuführen. Die erhöhte

Maßnahmenintegration von Arbeitslosen vor Erreichung einer Vormerkdauer von einem Jahr verringert jedoch durch die Unterbrechung von Arbeitslosigkeitsepisoden die Übertrittsquote, auch wenn die Maßnahmen nicht in einer Integration in den Arbeitsmarkt münden. Dieser Umstand ist bei der Interpretation von Übertrittsquoten zu berücksichtigen, insbesondere weil die Arbeitsaufnahmen Arbeitsloser, die gefährdet sind in die Langzeitarbeitslosigkeit überzutreten (Vormerkdauer von 6 bis 12 Monaten), um fast 3.900 abgenommen haben.

Zugleich zeigt sich für 1999 eine deutliche Ausweitung der Teilnahmen an aktiven Maßnahmen. Die Ausgaben für die aktive Arbeitsmarktpolitik wurden im Rahmen des NAP von 1998 auf 1999 um 36% auf 11,1 Mrd. S (einschließlich Ausgaben für das Auffangnetz für lehrstellensuchende Jugendliche) ausgeweitet. Zu diesem Zweck wurden auch individuelle Ansprüche aus der Arbeitslosenversicherung aktiviert und konnten, z. B. im Rahmen der Aktion „Come-back 99“, als Lohnsubvention in geförderte Beschäftigungsverhältnisse mitgenommen werden.

Das Zwischenziel, 1999 eine Maßnahmenquote von 15,7% zu erreichen, wurde bereits überschritten. Zu dieser Steigerung tragen u. a. Qualifizierungsmaßnahmen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien und das „Job Coaching“ bei. Diese Maßnahmen wurden im Rahmen einer Sonderdotierung des NAP 1999 finanziert. Dem im Rahmen des Gender-Mainstreaming festgelegten Ziel, Frauen entsprechend in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen einzubeziehen, wurde ebenfalls durch eine deutliche Steigerung der Frauenmaßnahmenquote entsprochen.

Das Ziel, 100.000 neue Arbeitsplätze zu schaffen, wird dank der guten Konjunkturlage vermutlich bereits heuer erreicht werden (Stand 1999: +67.000 gegenüber 1997). Laufende Revisionen der Arbeitslosenquote (nach Eurostat) erlauben derzeit keine seriöse Abschätzung des Fortschritts bezüglich des Ziels, die Quote bis 2002 auf 3,5% zu senken (revidierter Stand 1998: 4,5%, revidierter Stand 1999: 3,7%, weitere Revisionen der Quote für 1999 sind zu erwarten).

¹⁾ Die Übertrittsquote in die Langzeitarbeitslosigkeit weist den Anteil jener Arbeitslosen aus, die 6 Monate (bzw. 1 Jahr) nach Eintritt der Arbeitslosigkeit immer noch arbeitslos vorgemerkt sind. – ²⁾ Sie umfasst Arbeitslose, sofort verfügbare Lehrstellensuchende und jene, die sich in aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen befinden.

um 11,3% oder 1.600 (Vormerkdauer 6 bis 12 Monate) bzw. 5,9% oder 1.200 (Vormerkdauer ab 12 Monate).

SCHWIERIGE ARBEITSMARKTSITUATION FÜR BEHINDERTE

Die Arbeitslosigkeit von Personen, die beim Arbeitsservice (AMS) als „wegen einer Behinderung schwervermittelbar“ codiert sind, stieg in den letzten

Jahren stärker als die Arbeitslosigkeit Nichtbehinderter. Im Gegensatz zu den Nichtbehinderten war 1999 auch keine deutliche Trendumkehr zu beobachten¹⁾. In den ersten neun Monaten des Jahres 1999 wurde die Ar-

¹⁾ Da für das IV. Quartal 1999 keine Auswertung nach einer etwaigen Schwervermittelbarkeit möglich sind, beschränken sich die folgenden Ausführungen auf einen Vergleich der ersten drei Quartale 1999 und Veränderungsraten.

Abgänge aus Arbeitslosigkeit und Schulung in Arbeit

	1996	1997	1998	1999
Arbeitsaufnahmen				
Aus Arbeitslosigkeit unter 6 Monaten	366.936	367.954	355.789	388.885
Aus Arbeitslosigkeit 6 bis 12 Monate	36.805	36.653	35.374	31.562
Aus Langzeitarbeitslosigkeit über 12 Monaten	11.699	13.019	11.705	11.078
Aus Schulungen	6.961	10.941	11.614	20.919
Veränderung gegen das Vorjahr absolut				
Aus Arbeitslosigkeit unter 6 Monaten	-7.253	+1.018	-12.165	+33.096
Aus Arbeitslosigkeit 6 bis 12 Monate	+4.418	- 152	- 1.279	- 3.812
Aus Langzeitarbeitslosigkeit über 12 Monaten	+ 308	+1.320	- 1.314	- 627
Aus Schulungen	+1.224	+3.980	+ 673	+ 9.305
Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Aus Arbeitslosigkeit unter 6 Monaten	- 1,9	+ 0,3	- 3,3	+ 9,3
Aus Arbeitslosigkeit 6 bis 12 Monate	+13,6	- 0,4	- 3,5	-10,8
Aus Langzeitarbeitslosigkeit über 12 Monaten	+ 2,7	+11,3	-10,1	- 5,4
Aus Schulungen	+21,3	+57,2	+ 6,2	+80,1

Q: Arbeitsmarktservice Österreich, WIFO-Berechnungen; Berechnung aufgrund einer „SAM5-ähnlichen“ Abfrage (Monate werden vereinfacht mit 30 Tagen berechnet).

beitslosigkeit (Bestand) von Behinderten im Vorjahresvergleich erstmals seit Jahren gesenkt (-1,2%). Die Zahl der behinderten Arbeitslosen mit einer Vormerkdauer bis 6 Monate hat im Gegensatz zu jener Nichtbehinderter weiter steigende Tendenz (+3,4% gegenüber -1,8%). Auch konnte die Langzeitarbeitslosigkeit von Nichtbehinderten erfolgreicher eingedämmt werden als die der Behinderten: Die Langzeitarbeitslosigkeit der Behinderten (Vormerkdauer ab 12 Monate) sank um 2,8%, jene der Nichtbehinderten um 15,8%. Um 20,5% weniger Nichtbehinderte waren zwischen 6 und 12 Monate arbeitslos, aber lediglich um 10,6% weniger Behinderte.

ARBEITSMARKTPOLITISCHE MASSNAHMEN WESENTLICH FÜR RÜCKGANG DER LANGZEITAR- BEITSLIGKEIT VERANTWORTLICH

Der Rückgang der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit steht in Zusammenhang mit der Ausweitung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Im Jahr 1999 standen durchschnittlich um 5.700 Personen mehr in Schulung als 1998 (+27,1%)²⁾. Ausgebaut wurden die Schulungsmaßnahmen (gemessen am Durchschnittsbestand) besonders für ältere Arbeitslose (ab 45 Jahren; +49,5%). Die Schulungsversorgung älterer Arbeitskräfte liegt jedoch immer noch deutlich unter jener anderer Altersgruppen: 17 Arbeitslose im Alter von 45 Jahren und darüber kamen im Durchschnitt auf einen Schulungsteilnehmer dieses Alters; in der mittleren Altersgruppe beträgt diese Relation 8 : 1, in der unteren nur 4 : 1.

Die Zahl der Arbeitsaufnahmen aus der Arbeitslosigkeit und nach der Teilnahme an Schulungen erhöhte sich

²⁾ Weiters befanden sich 1999 durchschnittlich 24.700 Personen in geförderten Beschäftigungsverhältnissen (Vergleichswerte für 1998 liegen nicht vor), die Aktivitäten in diesem Förderungsbereich wurden aber ebenfalls erheblich ausgebaut.

NAP-Indikatoren für die Arbeitsmarktpolitik

	Übertrittsquoten Jugendlicher (15 bis 24 Jahre) in Langzeitarbeitslosigkeit (über 6 Monate)					
	1996	1997	1998	Zielwert 1999	Ergebnis 1999	Zielwert 2002
Anteile in %						
Insgesamt	9,0	8,7	7,9	7,0	4,6	4,5
Männlich	7,9	7,7	6,9	-	4,1	4,3
Weiblich	10,5	10,0	9,2	-	5,2	4,7
	Übertrittsquoten Erwachsener (ab 25 Jahre) in Langzeitarbeitslosigkeit (über 1 Jahr)					
	1996	1997	1998	Zielwert 1999	Ergebnis 1999	Zielwert 2002
Anteile in %						
Insgesamt	6,9	7,4	6,6	5,8	4,7	3,4
Männlich	5,9	6,5	5,9	-	4,4	3,2
Weiblich	8,3	8,6	7,6	-	5,1	3,7
	Maßnahmenquoten					
	1996	1997	1998	Zielwert 1999	Ergebnis 1999	Zielwert 2002
Anteile in %						
<i>Maßnahmenindikator</i>						
Leitlinie 3 Insgesamt	10,1	13,7	13,7	15,7	18,0	20,0
Leitlinie 3 Männer	9,0	12,0	12,0	-	15,4	18,0
Leitlinie 3 Frauen	11,4	15,6	15,6	-	20,9	22,8

Q: Arbeitsmarktservice Österreich.

1999 gegenüber dem Vorjahr um 38.000 (+9,3%). Hin- gegen sank die Zahl der Arbeitsaufnahmen aus der Langzeitarbeitslosigkeit über ein Jahr (-5,4%) und aus der Arbeitslosigkeit mit einer Vormerkdauer zwischen 6 und 12 Monaten (-10,8%). Dieser Umstand weist darauf hin, dass sich die Situation der Langzeitarbeitslosen nicht so stark verbessert hat, wie dies die Bestandszahlen andeu- ten: Die Ausweitung der Teilnahme Langzeitarbeitsloser an Schulungen reduziert deren Bestand auch dann, wenn sie nicht zu einer Integration in den Arbeitsmarkt führt.

Helmut Mahringer
Statistik: Christine Braun

INDUSTRIEAUFSCHWUNG IN DER ZWEITEN JAHRESHÄLFTE

Die Industriekonjunktur stand in der erste Jahreshälfte 1999 noch im Zeichen der Konjunkturabschwächung durch die internationalen Krisen des Vorjahres (Asien, Russland, Lateinamerika). Ab der Jahresmitte stiegen Nachfrage und Produktion. Für das Jahr 1999 wird damit insgesamt ein Wachstum der Sachgüterproduktion von 2% ausgewiesen – ein Wert, der leicht unter dem langjährigen Durchschnitt liegt. Gegen Jahresende (IV. Quartal 1999) überstieg die Produktion das Vorjahresniveau um 6,6%. Die Auftragslage und die Geschäftslage wurden in der WIFO-Konjunkturbefragung günstig beurteilt, im Jahre 2000 ist ein Wachstum von 4,3% zu erwarten. Auch in der EU bestätigen die Konjunkturbefragungen eine Verbesserung des Industrieklimas.

Die Produktivität der Sachgütererzeugung steigt weiter- hin kräftig. In den letzten Jahren (1995/1999) erhöhte sich die reale Wertschöpfung je Beschäftigten um 19%, d. h. um 4,5% pro Jahr. Dies ist auch im internationalen

Kennzahlen zur Konjunkturlage der Abteilungen nach ÖNACE 1999¹⁾

	Produktion je Arbeitstag ¹⁾		Beschäftigung		Produktivität ²⁾		Bruttolohn- und -gehaltssumme		Arbeitskosten ³⁾	
	1995 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Personen	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1995 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Mio. S	Veränderung gegen das Vorjahr in %	1995 = 100	Veränderung gegen das Vorjahr in %
Nahrungs- und Genussmittel und Getränke	110,5	+ 3,3	59.851	- 1,9	119,8	+ 5,3	20.673	- 2,6	87,0	- 5,7
Tabakverarbeitung	131,9	+ 5,8	1.087	- 0,3	146,4	+ 6,1	692	+ 6,6	79,1	+ 0,7
Textilien und Textilwaren	107,8	- 4,6	18.006	- 4,6	118,1	± 0,0	6.191	- 1,7	93,4	+ 3,0
Bekleidung	79,0	-13,3	10.659	- 6,9	90,2	- 6,8	2.613	- 5,5	116,4	+ 9,0
Ledererzeugung und -verarbeitung	101,1	- 4,7	6.170	- 2,2	107,7	- 2,6	1.603	- 2,1	101,0	+ 2,8
Be- und Verarbeitung von Holz	120,5	+ 7,4	29.977	- 2,3	136,9	+10,0	9.691	+ 0,9	80,5	- 6,0
Herstellung und Verarbeitung von Papier und Pappe	106,5	+ 3,0	17.186	- 1,7	114,8	+ 4,7	8.123	+ 2,5	100,9	- 0,5
Verlagswesen, Druckerei, Vervielfältigung	126,4	+ 4,2	20.868	- 4,7	134,8	+ 9,3	9.925	+ 0,5	81,7	- 3,5
Kokerei, Mineralölverarbeitung, Spalt- und Brutstoffe	105,8	- 6,2	2.490	- 9,4	125,8	+ 3,5	2.090	-10,0	86,8	- 4,0
Chemikalien und chemische Erzeugnisse	114,5	+ 6,1	23.419	- 2,1	127,4	+ 8,5	11.859	± 0,0	86,4	- 5,9
Gummi- und Kunststoffwaren	113,0	+ 3,6	25.186	+ 0,4	111,4	+ 3,1	9.804	+ 3,9	97,9	+ 0,4
Glas, Waren aus Steinen und Erden	103,0	- 0,9	31.330	- 2,3	108,0	+ 1,4	13.564	+ 0,5	96,9	+ 1,4
Metallerzeugung und -bearbeitung	116,6	- 1,0	31.408	- 2,3	120,6	+ 1,3	15.052	+ 1,2	93,3	+ 2,3
Metallerzeugnisse	122,8	+ 2,4	54.531	- 0,6	115,1	+ 3,0	21.390	+ 3,5	96,5	+ 1,0
Maschinenbau	118,9	+ 2,3	65.260	- 0,8	119,4	+ 3,1	29.391	+ 3,7	95,1	+ 1,4
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	141,7	+97,0	514	+50,7	215,9	+30,7	176	+44,7	37,8	-26,5
Geräte der Elektrizitätserzeugung, -verteilung u. Ä.	169,8	+25,6	25.963	- 0,3	234,2	+26,0	11.359	+ 3,4	49,4	-17,7
Rundfunk-, Fernseh- und Nachrichtentechnik	108,9	+ 8,7	28.052	- 1,2	127,6	+10,0	16.453	+ 1,2	93,1	- 6,8
Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik, Optik	124,5	+19,4	11.123	- 1,7	162,7	+21,5	4.604	+ 3,6	72,3	-13,3
Kraftwagen und Kraftwagenteile	139,5	+17,0	26.705	+ 5,5	141,2	+10,9	11.769	+ 9,2	80,2	- 6,7
Sonstiger Fahrzeugbau	121,0	+ 3,7	4.614	+ 4,9	128,0	- 1,2	2.472	+ 8,0	83,7	+ 4,1
Möbel, Schmuck, Musikinstrumente und sonstige Erzeugnisse	108,0	+ 1,1	36.309	- 3,3	126,3	+ 4,4	11.286	- 0,6	88,9	- 1,6
Sachgütererzeugung	117,4	+ 5,1	530.706	- 1,5	127,7	+ 6,7	220.992	+ 1,7	87,4	- 3,3

¹⁾ Vorläufige Ergebnisse (Jänner bis November). – ²⁾ Produktion je Beschäftigten. – ³⁾ Bruttolohn- und -gehaltssumme je Produktionseinheit.

Vergleich ein hoher Anstieg. Die Beschäftigung ging 1999 um 0,7% zurück.

Auch längerfristig wächst die Produktivität in Österreich überdurchschnittlich. In der Periode 1988 bis 1998 erhöhte sich die nominelle Wertschöpfung je Beschäftigten um 7,6%; diese Rate wurde in der EU nur von Portugal übertroffen. Die Wertschöpfung je Beschäftigten lag 1998 in Österreich bei 60.730 ECU; sie ist nur in Irland und Belgien höher.

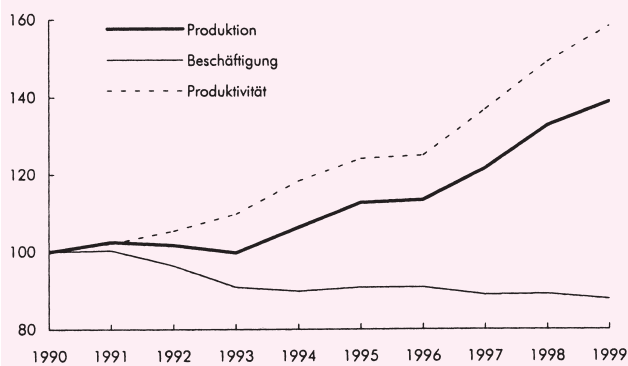
Der Vergleich Europas mit den USA ist noch schwieriger, weil unterschiedliche Definitionen insbesondere an der Schnittstelle zwischen Industrie und Dienstleistungen und im Grad des Outsourcing gelten. In den USA dürfte die Produktivität noch immer deutlich höher sein als in Europa. Bis zur Mitte der neunziger Jahre holte Europa auf, in den letzten drei bis vier Jahren scheint die Produktivität

in der Industrie der USA wieder stärker zu steigen. Vor diesem Hintergrund wurde das Schlagwort der „New Economy“ geprägt. Nachdem der Einsatz der Computer zunächst nicht eine Produktivitätssteigerung zur Folge gehabt hatte, bewirkte die Verbreitung der neuen Kommunikations- und Informationstechnologien in den letzten Jahren einen Produktivitätsschub. Der Aufwand für Informations- und Kommunikationstechnologien ist in den USA (1997) mit 7,8% des BIP höher als in Europa. Doch fällt dieser Indikator innerhalb Europas sehr unterschiedlich aus: Finnland, Schweden und die Schweiz liegen voran, Österreich im unteren Mittelfeld. Wie im Bereich der Forschung entspricht auch hier das Gewicht der Zukunftsinvestitionen nicht der Stellung Österreichs in der Einkommens- und Qualifikationshierarchie.

Die Gewinnlage der Industrie blieb unverändert; die Cash-Flow-Quote¹⁾ war im Jahresdurchschnitt aufgrund

Produktion, Beschäftigung und Produktivität in der österreichischen Industrie

Gleitender Vierquartalsdurchschnitt, 1980 = 100



¹⁾ Peneder, M., Pfaffermayr, M., „Temporäre Abschwächung der Selbstfinanzierungskraft 1999. Cash-Flow und Eigenkapital der österreichischen Sachgütererzeugung“, WIFO-Monatsberichte, 2000, 73(3), S. 181-189.

Indikatoren für die Sachgütererzeugung

	1996	1997	1998	1999	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Produktion real	+ 2,0	+ 3,8	+ 3,4	+ 2,0	
Beschäftigte	- 3,0	- 1,4	+ 0,1	- 0,7	
1.000 Personen	549,8	538,3	539,1	535,5	
Produktivität	+ 5,2	+ 5,3	+ 3,3	+ 2,7	
Relative Lohnstückkosten	.	- 4,0	- 0,7	- 0,7	
Warenexporte real	+ 4,5	+ 16,5	+ 8,1	+ 5,5	
Handelsbilanzsaldo	Mrd. S	- 100,6	- 75,2	- 67,4	- 68,4
in % des BIP	- 4,1	- 3,0	- 2,6	- 2,5	

Q: WIFO-Berechnungen.

Industrieproduktivität

Wertschöpfung je Beschäftigten in ECU

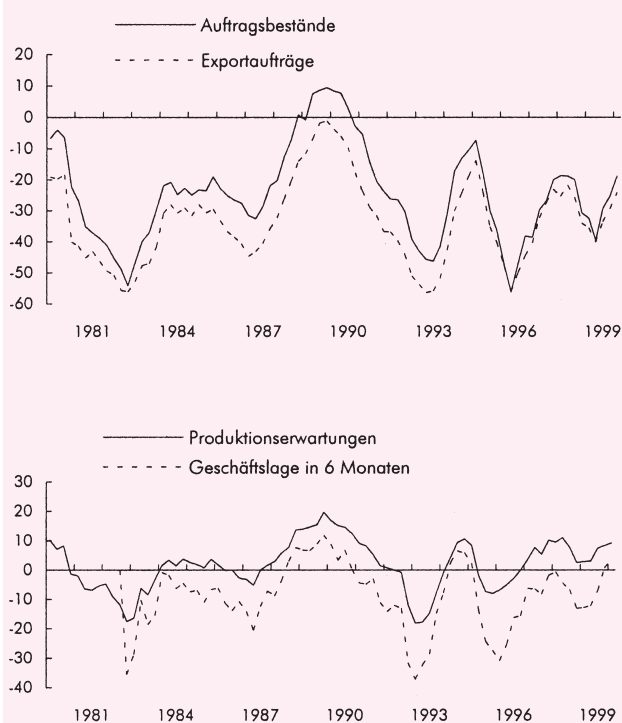
	1988		1998		1988/1998 Durchschnittliche jährliche Veränderung in %
	ECU	EU 15 = 100	ECU	EU 15 = 100	
Belgien	45.309	135,4	76.731	154,9	+5,4
Dänemark	38.330	114,5	50.136	101,2	+2,7
Deutschland	34.100	101,9	54.333	109,7	+4,8
Griechenland	11.853	35,4	22.735	45,9	+6,7
Spanien	23.360	69,8	33.003	66,6	+3,5
Frankreich	37.995	113,5	49.749	100,4	+2,7
Irland	45.190	135,0	77.796	157,0	+5,6
Italien	37.814	113,0	50.622	102,2	+3,0
Niederlande	42.314	126,4	60.056	121,2	+3,6
Österreich	29.082	86,9	60.730	122,6	+7,6
Portugal	7.936	23,7	16.983	34,3	+7,9
Finnland	42.556	127,1	57.255	115,6	+3,0
Schweden	49.186	146,9	53.538	108,1	+0,9
Großbritannien	32.184	96,2	50.845	102,6	+4,7
EU 15	33.473	100,0	49.540	100,0	+4,0

Q: WIFO-Berechnung basierend auf Eurostat (SBS).

der Abschwächung im 1. Halbjahr leicht rückläufig (von 9,7% im Jahr 1998 auf 9,1% im Jahr 1999). Die Lohnstückkosten gingen im Vergleich zu den Handelspartnern um 2,4% zurück, jedoch dürften auch die Produktpreise gefallen sein. Die Wettbewerbskraft der Unternehmen ist nach ihrer Einschätzung im Konjunkturtest günstiger als zu Jahresbeginn. Der Saldo aus optimistischen und pessimistischen Meldungen war zu Jahresbeginn 1999 unter dem längerfristigen Durchschnitt gelegen und stieg im Jahresverlauf für den EU-Markt um 15 Prozentpunkte. Die Finanzierungskraft liegt damit 1999

Konjunkturbeurteilung der Unternehmen

Saisonbereinigte Salden zwischen den Prozentanteilen optimistischer und pessimistischer Meldungen



über dem langjährigen Durchschnitt und im Mittelfeld der vergleichbaren Länder. Die im internationalen Vergleich niedrige Eigenkapitalquote hat den Durchschnitt noch nicht erreicht.

Die Warenexporte (SITC 5 bis 8) stiegen um 5,8%, Österreichs Exporteure erlitten 1999 im Durchschnitt keine Marktanteilsverluste. Langfristig erhöhte sich der Marktanteil der österreichischen Industrie von 0,996% im Jahr 1970 auf 1,26% im Jahr 1998. Das Defizit der Handelsbilanz erreichte 1999 mit 68,4 Mrd. S 2,5% des BIP und war damit halb so hoch wie Anfang der neunziger Jahre (1990 -4,9% des BIP).

Österreichs Industrie holte 1999 einen Teil ihres Rückstands in den technologieintensiven Branchen auf. Der Sektor Büromaschinen, EDV verdoppelte seine (niedrige) Produktion fast; mit Elektrizitätserzeugungsgeräte, Medizin- und Regelungstechnik weisen weitere technische Sektoren hohe Wachstumsraten auf. Der Kfz-Sektor, der schon in den letzten Jahren überdurchschnittlich expandiert hatte, erreichte 1999 einen Anteil von 5,7% an der Wertschöpfung.

Beträchtlich eingeschränkt wurde die Produktion im Bekleidungssektor. Die Produktion von Mineralölprodukten sank um 6%. Die Metallherzeugung, Erzeugung von Glas und Waren aus Steinen und Erden sowie die Möbelproduktion stagnierten.

Karl Aiginger

Statistik: Dagmar Guttmann

BAUKONJUNKTUR 1999 STARK GEDÄMPFT

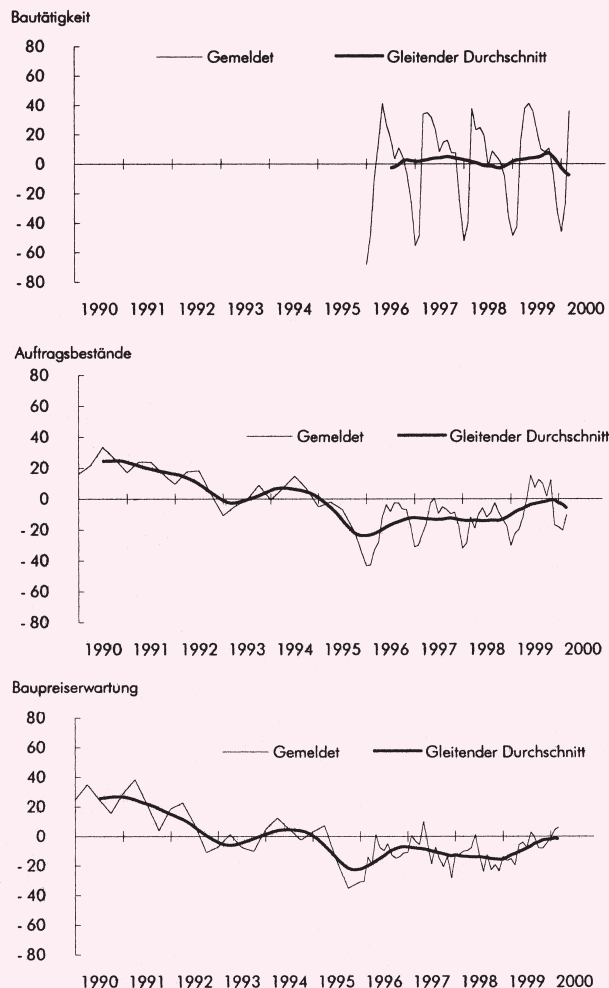
Nachdem die Bauwirtschaft 1998 mit +4,3% einen kräftigen Zuwachs der realen Wertschöpfung verzeichnet hatte, schwächte sich das Wachstum 1999 ab (+1,1%), vor allem wegen des starken Rückgangs im Wohnungsneubau. Auch die Nachfrage nach Sanierungsleistungen war nach dem Anstieg im Jahre 1998 mäßig, profitierte aber noch von der Steuerbegünstigung für die Auflösung von Mietzinsreserven. Im Tiefbau belebte sich die Bautätigkeit in der zweiten Jahreshälfte 1999, vor allem im Straßen- und Bahnbau. Im Büro- und sonstigen Hochbau war die Nachfrage im gesamten Jahresverlauf 1999 sehr ge-

Im Jahr 2000 wird mit einer Abschwächung der Bautätigkeit gerechnet, weil die Wohnbauleistung weiter rückläufig ist, das Auslaufen der Steuerbegünstigung für die Auflösung von Mietzinsreserven die private Investitionstätigkeit beeinträchtigt und die angekündigten Kürzungen der öffentlichen Infrastrukturausgaben die Nachfrage nach Tiefbauleistungen verringern.

UMSATZ ENTWICKELT SICH IM BÜRO- UND TIEFBAU GÜNSTIGER

Die nominellen Bauumsätze im Hoch- und Tiefbau einschließlich Baunebengewerbe erhöhten sich im Jahres-

Konjunktoreinschätzung in der Bauwirtschaft



durchschnitt 1999 um 2,1%. Im I. Quartal schrumpfte die Bauproduktion nominell um 3,7%; in den folgenden Quartalen stieg sie jedoch um 2,5% bzw. 4,7% und 2,8%. Im Baunebengewerbe stagnierten die Umsätze 1999 auf dem hohen Niveau des Vorjahres (+0,6%, 1998 +21½%).

Produktionswert des Bauwesens

	1998		1999		1999	
			I. Qu.	II. Qu.	III. Qu.	IV. Qu.
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Bauwesen insgesamt, laut ÖNACE ¹⁾	+ 7,9	+ 2,1	- 3,7	+ 2,5	+ 4,7	+ 2,8
Hoch- und Tiefbau	+ 0,5	+ 3,3	- 5,8	+ 3,2	+ 7,4	+ 3,7
Baunebengewerbe ²⁾	+21,5	+ 0,6	- 0,8	+ 1,1	- 0,1	+ 1,5
Laut GNACE ³⁾	+ 2,2	+ 2,9	- 5,6	+ 3,9	+ 6,9	+ 2,5
Hochbau	+ 3,1	+ 2,5	- 3,6	+ 4,7	+ 7,7	- 0,8
Wohnhaus- und Siedlungsbau	- 6,6	- 6,7	-17,6	- 2,0	+ 2,6	-12,2
Nicht-Wohnbau ⁴⁾	+ 2,0	+13,8	+12,8	+14,9	+16,1	+11,0
Adaptierungen im Hochbau	+37,1	+ 3,1	+ 2,0	+ 1,8	+ 3,8	+ 4,1
Tiefbau	- 0,9	+ 3,5	-10,5	+ 3,1	+ 6,0	+ 7,6
Straßen-, Brücken- und Tunnelbau	- 0,2	+ 7,1	-10,6	+ 5,6	+ 9,0	+13,6
Sonstiger Tiefbau	+ 2,4	+ 4,8	+ 0,8	+ 4,5	+ 6,1	+ 6,0

Q: Statistik Österreich. - ¹⁾ Klassifikation laut EU. Wert der abgesetzten Produktion. - ²⁾ Bauinstallation, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe. - ³⁾ Güterklassifikation, Wert der technischen Produktion (reine Bauleistung nach Spartengliederung, ähnlich der früheren Baustatistik). - ⁴⁾ Industrie- und Ingenieurbau, sonstiger Hochbau.

Beitrag der Bauwirtschaft zum realen Bruttoinlandsprodukt

Zu Preisen von 1995

	Bauwesen	Bruttoinlandsprodukt
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1996	+3,1	+2,0
1997	±0,0	+1,2
1998	+4,3	+2,9
1999	+1,1	+2,2
2000	+1,0	+3,1
2001	+1,5	+2,7

Q: WIFO-Prognose vom März 2000.

Die Baukonjunktur verlief in den einzelnen Sparten sehr unterschiedlich: Laut Statistik Österreich (Güterklassifikation GNACE) ging die Neubautätigkeit im Wohnbau stark zurück, die Umsätze blieben nominell um knapp 7% unter dem Vorjahresniveau. Die Adaptierungen und Sanierungsleistungen stiegen infolge der Impulse im privaten Sektor um 3,1%. Kräftig war die Nachfrage im Nicht-Wohnbau (+13½%), vor allem im Bürobau. Der Tiefbau wuchs 1999 mit +3,5% etwas schwächer als erwartet. Rückläufig waren vor allem die Umsätze im Wasserbau, im Rohrleitungs- und Kabelnetzbau. Gesteigert wurden die Umsätze hingegen im Straßenbau (9,7%) sowie im Tunnelbau (+1,1%) und im sonstigen Tiefbau (+4,8%). Die Tiefbauinvestitionen entwickelten sich im 2. Halbjahr besser als zu Beginn des Jahres und wuchsen insgesamt überdurchschnittlich (3,5%).

NACHFRAGE DER BAUZULIEFERINDUSTRIE GEDÄMPFT

Die schwache Nachfrage im Wohnbausektor spiegelt sich in den Ergebnissen der Zulieferbranchen. Die Stein- und Keramikindustrie verzeichnete 1999 einen deutlichen Produktionsrückgang. Auch in der Glasindustrie ergab sich ein Minus von 0,3%. Nur die Holzverarbeitende Industrie erhielt stärkere Nachfrageimpulse, die vor allem auf die verstärkte Bautätigkeit im Ausbau- und im Sanierungsgewerbe zurückzuführen waren (+15,2%).

Die gesamten Auftragsbestände der Bauwirtschaft verbesserten sich gegen Jahresende 1999 etwas. Die im WIFO-Konjunkturtest befragten Bauunternehmen rechnen Anfang 2000 mit einer Belebung der Konjunktur im

Produktionswert der Zulieferbranchen für die Bauwirtschaft 1999

	Stein- und keramische Industrie	Glasindustrie	Holzverarbeitende Industrie
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
I. Quartal	-8,5	-6,0	+ 2,8
II. Quartal	-2,1	-0,3	+ 2,5
III. Quartal	-1,4	+0,4	+ 5,5
IV. Quartal	+4,7	+4,5	+47,3
1999	-1,6	-0,3	+15,2

Q: Statistik Österreich; ÖNACE: Produktionswert der Eigenproduktion und durchgeführte Lohnarbeit nach Güterliste 1.

Auftragslage im Hoch- und Tiefbau

	Auftragsbestände	Auftragseingänge
	Mio. S	
1998, I. Quartal	70.663	44.813
II. Quartal	76.469	49.230
III. Quartal	73.681	50.936
IV. Quartal	65.792	49.701
1999, I. Quartal	71.190	42.021
II. Quartal	76.632	54.726
III. Quartal	74.786	58.149
IV. Quartal	68.851	57.016
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	
1998, I. Quartal	-3,1	+ 3,5
II. Quartal	-5,6	-14,1
III. Quartal	-5,4	- 8,5
IV. Quartal	-1,5	-11,4
1999, I. Quartal	+0,7	- 6,2
II. Quartal	+0,2	+11,2
III. Quartal	+1,5	+14,2
IV. Quartal	+4,6	+14,7

Q: Statistik Österreich, ÖNACE, monatliche Erhebungen. Bauinstallation, Ausbau- und Bauhilfsgewerbe.

Hochbau, besonders als Folge der regen Bautätigkeit im sonstigen Hochbau, während die Tiefbauunternehmen nach einer Verbesserung der Auftragslage Ende 1999 zu Beginn des Jahres 2000 wieder leichte Rückgänge erwarten.

BESCHÄFTIGUNG IN DER BAUWIRTSCHAFT

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist von einem Rückgang der Baubeschäftigung um 0,7% geprägt. Laut Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger waren im Jahresdurchschnitt 1999 262.700 Arbeitskräfte in der Bauwirtschaft beschäftigt, um etwa 1.800 weniger als im Jahr zuvor. Der starke Beschäftigungsabbau im Gefolge des Rückganges im Wohnungsneubau wurde durch den Zuwachs anderer Baupartien kaum kompensiert.

In der zweiten Jahreshälfte 1999 erfolgte mit der Belegung der Bautätigkeit ein verstärkter Abbau der Arbeits-

Beschäftigte, offene Stellen und Arbeitsuchende in der Bauwirtschaft

	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %
<i>Arbeitskräfte insgesamt¹⁾</i>		
Ø 1996	264.894	- 1,3
Ø 1997	266.708	+ 0,7
Ø 1998	264.567	- 0,8
Ø 1999	262.737	- 0,7
<i>Arbeitsuchende²⁾</i>		
Ø 1997	38.463	- 4,2
Ø 1998	40.088	+ 4,2
Ø 1999	39.079	- 2,5
<i>Offene Stellen</i>		
Ø 1996	2.569	-19,0
Ø 1997	2.116	-17,6
Ø 1998	2.087	- 1,4
Ø 1999	2.603	+24,7

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger. - ¹⁾ Einschließlich Baunebenberufe. - ²⁾ Nach Wirtschaftsklassen, zuletzt in einem Baubetrieb beschäftigte Arbeitslose.

Preisindex des Hoch- und Tiefbaus

1986 = 100

	1996	1997	1998	1997 ¹⁾	1998 ¹⁾	1999
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Hochbau	+1,8	+1,6	+1,2	+1,6	+1,3	+1,1
Wohnhaus- und Siedlungsbau	+1,5	+1,3	+1,1	+1,3	+1,1	+0,9
Baumeisterarbeiten	+0,8	+0,8	+0,9	+0,7	+0,8	+0,6
Sonstige Bauarbeiten	+2,3	+2,0	+1,6	+2,0	+1,6	+0,7
Tiefbau	+3,0	+3,3	-0,7	+2,5	+0,1	-1,1
Straßenbau	+3,0	+3,6	-1,6	+2,8	-0,9	-1,2
Brückenbau	+4,1	+2,7	-1,3	+1,5	±0,0	-0,9
Hoch- und Tiefbau	+2,2	+2,4	-0,4	+1,9	+0,9	+0,2

Q: Statistik Österreich. - ¹⁾ Neue Revision des Baupreisindex, neue Gewichtung der Baupartien, neue Basis: 1996 = 100.

losigkeit. Die Zahl der arbeitsuchenden Bauarbeiter lag im Jahresdurchschnitt 1999 bei 39.000, um 2½% unter dem Jahresdurchschnitt 1998 (nach Wirtschaftsklassen). Das relativ milde Winterwetter dämpfte die Arbeitslosigkeit in der Wintersaison 1999/2000 zusätzlich. Im Jänner 2000 wurden zwar mit rund 85.000 um 1.000 arbeitsuchende Bauarbeiter mehr registriert als im Vergleichsmonat des Vorjahres, im Februar 2000 sank ihre Zahl hingegen um 5.300 auf 79.400. 1999 wurden in der Bauwirtschaft mehr offene Stellen verzeichnet (rund 2.600) als im Vorjahr (2.000).

KAUM PREISSTEIGERUNGEN IN DER BAUWIRTSCHAFT

Die Baupreise stiegen 1999 im Durchschnitt kaum, der Baupreisindex erhöhte sich im Vorjahresvergleich um nur 0,2%. Allerdings klappt die Entwicklung im Hochbau und im Tiefbau deutlich auseinander. Während die Hochbaupreise um 1,1% über dem Vorjahresniveau lagen, sanken die Tiefbaupreise um 1,1%. Erstmals seit Bestehen des Baupreisindex war ein Rückgang der Preise im Tiefbau zu registrieren; er spiegelt den scharfen Wettbewerb um Bauaufträge wider. Die Schwäche der Baunachfrage lässt auch weiterhin eine gedämpfte Preisentwicklung erwarten: Die im WIFO-Konjunkturtest befragten Bauunternehmen rechnen mit einem merklichen Druck auf die Preise.

Der WIFO-Konjunkturtest zeigt Anfang 2000 eine sehr gespaltene Konjunkturerwartung in der Bauwirtschaft: Im März meldeten die Hochbauanbieter bessere Produktionserwartungen als die Tiefbauunternehmen, die angesichts der erwarteten Kürzungen der öffentlichen Infrastrukturausgaben pessimistischer sind als Ende 1999. Nach dem Auslaufen der Steuerbegünstigung für die Auflösung von Mietzinsreserven mit Ende 1999 fallen die Impulse im privaten Sanierungssektor weg; die Bauunternehmen reagieren darauf im WIFO-Konjunkturtest mit gedämpften Erwartungen für das Jahr 2000.

Margarete Czerny
Statistik: Monika Dusek

KONJUNKTURAUFSCHWUNG IN DER SACHGÜTERERZEUGUNG STEIGERT ENERGIEVERBRAUCH

Der Energieverbrauch stieg 1999 nach ersten groben Schätzungen um 1,6%, wahrscheinlich vor allem aufgrund des Anstiegs der Energienachfrage der Sachgüterproduktion. Darauf weist die Verbrauchsentwicklung der einzelnen Energieträger hin; Energieverbrauchsdaten nach Sektoren liegen aber für 1999 derzeit noch nicht vor. Bei einem BIP-Wachstum von 2,2% bedeutet das eine starke Reaktion des Energieverbrauchs, obwohl witterungsbedingt (Zahl der Heizgradtage 1999 –1,6%) eher ein Rückgang des Energieverbrauchs zu erwarten gewesen wäre. Nach ersten Schätzungen hatte der massive Anstieg besonders des Kohleverbrauchs eine Zunahme der CO₂-Emissionen um 1,8% zur Folge. Die Rohölverteuerung (+40%) verursachte 1999 kaum eine Erhöhung der Treibstoffpreise, nur die Preise von Heizöl stiegen signifikant.

Nach den jüngst methodisch neu konzeptionierten und revidierten Energiebilanzen von Statistik Österreich für 1993 bis 1998 nahm der energetische Gesamtverbrauch (Endverbrauch und Nettoumwandlungseinsatz) 1998 im Vorjahresvergleich um 0,6% ab, während der Endverbrauch um 0,1% stieg. Die erste (vorläufige) Version der Energiebilanz 1998 des ÖSTAT vom September 1999 zeigt einen Anstieg des Gesamtverbrauchs um 1,4% und des Endverbrauchs um 1,3%. Zugleich wuchs das BIP 1998 um 2,9%, sodass auf dieser aggregierten Ebene eine „Entkoppelung“ des Energieverbrauchs von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu beobachten war. Die kurzfristige Entwicklung des Energieverbrauchs wird in Österreich von anderen Faktoren bestimmt (Witterungsverhältnisse, Rahmenbedingungen des Energiesektors, Verkehrsentwicklung, Produktionsentwicklung energieintensiver Wirtschaftszweige), die selbst nicht notwendigerweise mit dem aggregierten Wirtschaftswachstum zusammenhängen.

Der Einfluss der Witterungsverhältnisse auf die kurzfristige Entwicklung des Energieverbrauchs ist in Österreich wie in den anderen westeuropäischen Ländern stark ausgeprägt. Seit 1996, als sie über dem langfristigen Durchschnitt lag, verringerte sich die Zahl der Heizgradtage ständig (1998 –3%, 1999 –1,6%). Für die Veränderungsrate des energetischen Endverbrauchs errechnet sich auf der Basis von österreichischen Daten ein kurzfristiger Reaktionsparameter auf das Wachstum der

Verbrauch	1998	1999	1999
	TJ		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Kohle	172.636	183.631	+6,37
Erdölprodukte	463.064	459.445	-0,78
Gas	272.691	278.221	+2,03
Elektrische Energie	200.473	205.088	+2,30
Energie insgesamt	1.108.864	1.126.386	+1,58

Heizgradtage von 0,37: Bei einem Rückgang der Heizgradtage um 1,6% wie im Jahr 1999 würde somit der energetische Endverbrauch ceteris paribus um 0,6% sinken. 1999 wurde dieser hypothetische witterungsbedingte Rückgang wahrscheinlich durch andere Faktoren (vor allem Verbrauchsanstieg in der Sachgütererzeugung) kompensiert. Detailliertes Datenmaterial zum energetischen Endverbrauch einzelner Sektoren der Sachgüterproduktion (in ÖNACE-Klassifikation) ist allerdings nur bis Mitte 1999 verfügbar, sodass diese Vermutung noch nicht bestätigt werden kann.

Die Witterungsverhältnisse (Heizgradtage und Wasserführung der Flüsse) wirken vor allem auf den Verbrauch der Energieträger Kohle, Gas und elektrische Energie aus Wasserkraft. Der Gesamtverbrauch an Kohle dürfte 1999 um 6,4% gestiegen sein, jener an Gas um 2% und die Stromerzeugung aus Wasserkraft um 7,8%. Diese massive Zunahme der Stromerzeugung aus Wasserkraft spiegelt einerseits die gute Wasserführung der Flüsse und andererseits die veränderten Bedingungen auf dem liberalisierten Strommarkt wider. Die Stromerzeugung aus Wärmekraft blieb 1999 annähernd unverändert (-0,5%), sodass die Stromerzeugung insgesamt um 5,1% höher war als 1998. Dabei nahm aber die Stromerzeugung aus Braunkohle deutlich zu, was einen Teil des Anstiegs des gesamten Kohleverbrauchs um 6% erklärt, der im Widerspruch zu den Witterungsbedingungen und zum langfristigen Trend steht. Zur Steigerung des Kohleverbrauchs trug auch der vermehrte Steinkohleeinsatz in der Sachgüterproduktion bei – in der Stromerzeugung ging der Steinkohleeinsatz zurück. Der massive Anstieg des Kohleverbrauchs hatte nach ersten Schätzungen im Jahr 1999 eine Zunahme der CO₂-Emissionen um 1,8% zur Folge.

Die mäßige Zunahme des Gasverbrauchs (+2%) lag unter dem mittelfristigen Trendwachstum und war eine Folge des geringfügigen Rückgangs der Zahl der Heizgradtage um 1,6%.

Die Entwicklung des Energieverbrauchs im Jahr 1999 dürfte somit im Wesentlichen durch steigenden Energieeinsatz in der Sachgüterproduktion geprägt sein, der sich vor allem im Kohle- und Stromverbrauch niederschlägt. Eine Bestätigung dieser Vermutung mit Energieverbrauchsdaten für die einzelnen Sektoren ist derzeit noch nicht möglich. Die hier gewählte Darstellung des gesam-

ten Energieverbrauchs ist nicht mit jener im WIFO-Monatsbericht 4/1999 vergleichbar. Wegen der lückenhaften Datenlage im Bereich der Erdölprodukte (Daten sind nur bis Juni 1999 verfügbar) ist die Erstellung einer vorläufigen Energiebilanz für 1999 nicht sinnvoll; alle Angaben zur Entwicklung des energetischen Gesamtverbrauchs 1999 sind grobe Schätzungen.

ANSTIEG DER ROHÖLPREISE

Der wichtigste international bestimmte Energiepreis, der Rohölpreis für Brent, stieg 1999 um 40,9% von 12,7 \$ auf 17,9 \$ je Barrel. In den Jahren 1997 und 1998 war der Preis für Brent jeweils gesunken, im Durchschnitt des Jahres 1999 lag er noch immer um 6% unter dem Niveau des Jahres 1997 und sogar um 13,5% unter dem Niveau von 1996. Der Preisanstieg im Laufe des Jahres 1999 ist somit als Korrektur des Preisverfalls 1998 zu sehen. Kurzfristig hat der Rohölpreis jedoch weiter steigende Tendenz; Ende 1999 lag er bereits bei 25,6 \$ je Barrel, im März 2000 bei über 30 \$ je Barrel.

Eine solche Erdölverteuerung sollte sowohl auf den Energieverbrauch als auch auf die Gesamtwirtschaft bedeutende Effekte haben, die derzeit von Cambridge Econometrics, einem Partnerinstitut des WIFO, für alle europäischen Länder untersucht werden (die Studie kann im Mai über das WIFO bezogen werden). Dabei stellt sich allerdings die Frage, welches Preisniveau mittelfristig als realistisch gilt bzw. ob der Anstieg auf 30 \$ je Barrel als permanenter Schock eingeschätzt wird. Die Veränderung des Energieverbrauchs hängt stark von diesen Erwartungen ab. Ende März wurde anlässlich der OPEC-Konferenz beschlossen, das Förderlimit um 1,7 Mio. Barrel pro Tag auszuweiten. Experten im Energieministerium der USA rechnen bei einer Förderausweitung der OPEC um 1 Mio. Barrel ab dem II. Quartal 2000 mit einem Erdölpreis¹⁾ von 27,6 \$ je Barrel. Bis Ende 2001 könnte der Preis dann schrittweise auf 22,5 \$ je Barrel zurückgehen. Bei einer Förderausweitung um 2,5 Mio. Barrel pro Tag würde der Erdölpreis bereits zur Jahresmitte auf 23 \$ je Barrel und zum Jahresende auf 17 \$ je Barrel sinken. Mittelfristig ist somit mit einem Rohölpreis für Brent von 18 \$ bis 23 \$ je Barrel zu rechnen.

Die Treibstoffpreise reagieren aus verschiedenen Gründen nicht in gleichem Ausmaß und mit Verzögerung sowohl auf Preiserhöhungen als auch auf Preisrückgänge. 1999 gab die österreichische Mineralölindustrie die Rohölverteuerung nicht im selben Ausmaß in den Treibstoffpreisen weiter wie in der Vergangenheit. Eine Elastizität von 0,25 für Superbenzin und für Dieseltreibstoff – wie sie in einer WIFO-Studie berechnet wurde – ergäbe bei einem Anstieg des Rohölpreises um 40,9% eine Er-

höhung der Treibstoffpreise um 10%. Tatsächlich stiegen die Treibstoffpreise im Jahr 1999 um nur 1,6%; dabei verteuerte sich Dieseltreibstoff mit +2,5% stärker als Benzin (Superbenzin +1,2%).

Das Energiepreinsniveau blieb 1999 insgesamt unverändert (+0,5%), der Teilindex für Energie ohne Treibstoffe sank um 0,5%; die wesentlichen Preisveränderungen betrafen die Erdölprodukte. Die Preise von Kohle und Erdgas gingen um rund 1% zurück. Heizöl wurde 1999 im Durchschnitt um 3,2% teurer, wobei der Preis des auch von den privaten Haushalten nachgefragten Heizöls extra leicht um 2,3% stiegen, jener von Heizöl leicht um 6,1%.

Der Strompreis, wie er im VPI erfasst ist, sank 1999 um 0,8%; darin kommen bereits erste Preissenkungen einzelner Landesgesellschaften im Gefolge der Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes zum Ausdruck. Die erste Stufe dieser Liberalisierung begann 1999 und erfasste alle Endverbraucher mit einem Stromverbrauch von über 40 GWh pro Jahr als zugelassene Kunden. Gemäß einer WIFO-Studie waren in der Industrie bereits in der ersten Stufe der Liberalisierung etwa 57% des Strombedarfs betroffen. Nach den bisherigen Erfahrungen einzelner Unternehmen der mit entsprechender Verhandlungsmacht ausgestatteten Papierindustrie sind in Neuverhandlungen mit den Stromversorgern Preissenkungen um zumindest 30% möglich. Gleichzeitig senkten die meisten Landesgesellschaften ihre Preise um rund 10%; im Jahresdurchschnitt 1999 schlägt sich dies jedoch noch nicht nieder. Anfang des Jahres 2000 lagen die Strompreise um 3% unter dem Vorjahresniveau. Im Zuge der geplanten Voll liberalisierung des Elektrizitätsmarktes ist mit einer weiteren Verbilligung von Haushaltsstrom zu rechnen, das Potential reicht (aufgrund der Netznutzungsgebühren regional unterschiedlich) von 9% bis 13%.

Die Produktion von Mineralölprodukten stieg 1999 bei leicht rückläufigem Verbrauch (-0,9%) um 8%; Importe und Exporte gingen zurück. Die Verbrauchsentwicklung

Mineralölprodukte

	1998	1999	1999
	1.000 t		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Erzeugung	9.833	10.615	+ 7,95
Einfuhr	4.627	4.420	- 4,48
Ausfuhr	1.425	1.405	- 1,45
Lager und Statistische Differenz	-2.078	-2.768	+33,20
Verbrauch	10.956	10.862	- 0,86
Flüssiggas	144	160	+11,25
Normalbenzin	694	664	- 4,33
Superbenzin	1.436	1.402	- 2,36
Leuchtpetroleum	1	1	-16,15
Flugpetroleum	536	525	- 1,98
Dieseltreibstoff	3.545	3.608	+ 1,78
Gasöl für Heizzwecke	1.897	1.967	+ 3,65
Heizöle	1.961	1.833	- 6,52
Sonstige Produkte der Erdölverarbeitung	742	701	- 5,43

Q: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten. Teilweise Schätzung.

¹⁾ Importpreis der USA – er liegt um rund 0,5 \$ bis 1 \$ unter dem Preis von Brent Blend.

Elektrischer Strom

	1998	1999	1999
	GWh		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Erzeugung	57.427	60.353	+ 5,10
Wasserkraft	38.706	41.731	+ 7,82
Wärmekraft	18.720	18.622	- 0,52
Einfuhr	10.306	11.607	+12,62
Ausfuhr	10.466	13.508	+29,07
Verbrauch	55.687	56.969	+ 2,30

Q: Bundeslastverteiler.

verläuft – wie schon in den letzten Jahren – nach Energieträgern sehr unterschiedlich. Der Substitutionsprozess zwischen Benzin und Dieseltreibstoff hält an, insgesamt blieb der Treibstoffverbrauch 1999 unverändert. Das wäre ein Indiz dafür, dass das rasante Verkehrswachstum der letzten Jahre 1999 etwas gebremst wurde. Ein Substitutionsprozess ist auch zwischen Heizöl (-6,5%) und Gasöl für Heizzwecke (+3,6%) zu beobachten; er überlagert den Einfluss der Witterung auf die Nachfrage nach Gasöl für Heizzwecke.

STROMEXPORTE BOOMEN

1999 nahm der Stromverbrauch um 2,3% zu. Die Stromnachfrage reagierte somit überaus stark auf die Konjunkturbelebung in der Gesamtwirtschaft. Die Stromerzeugung aus Wasserkraft stieg 1999 überdurchschnittlich (+7,8%), während die Wärmekrafterzeugung stagnierte (-0,5%; Erzeugung insgesamt +5,1%). Der aus Wasserkraft erzeugte Strom trägt bedeutend zum Überschuss im Außenhandel mit Strom bei, die Exporte nahmen um 29,1% zu. Die Importe stiegen ebenfalls kräftig (+12,6%). Neben den Witterungsverhältnissen (hohe Wasserführung der Flüsse) spiegelt diese Entwicklung auch die Reaktion der von der Liberalisierung des Inlandmarktes betroffenen Stromerzeuger wider.

KOHLEVERBRAUCH STEIGT DEUTLICH

Der Kohleverbrauch erhöhte sich 1999 nach vorläufigen Rechnungen um 6,8%. Die Entwicklung wird be-

Kohle

	1998	1999	1999
	1.000 t		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Aufkommen	6.883	7.195	+ 4,53
Erzeugung	2.685	2.697	+ 0,43
Einfuhr	4.197	4.498	+ 7,16
Ausfuhr	15	14	- 6,63
Lager und Statistische Differenz	-4	150	
Verbrauch	6.864	7.331	+ 6,80
Steinkohle	3.460	3.798	+ 9,76
Steinkohlenkoks	2.190	2.189	- 0,05
Braunkohle	1.124	1.236	+ 9,98
Braunkohlenbriketts	90	108	+20,04

Q: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten. Teilweise Schätzung.

Erdgas

	1998	1999	1999
	Mio. m ³		Veränderung gegen das Vorjahr in %
Förderung	1.568	1.720	+9,72
Einfuhr	6.222	6.083	-2,24
Ausfuhr	-	-	
Lager und Statistische Differenz	-215	-75	-
Verbrauch	7.575	7.728	+2,03

Q: Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten.

stimmt vom Anstieg des Einsatzes von Steinkohle und von Braunkohle. In manchen Branchen – in denen die Produktionstechnologien dies erlauben – dürfte in den vergangenen Jahren die Energiesteuer auf Erdgas Substitutionsprozesse zur Steinkohle ausgelöst haben. Die Angaben zum Verbrauch an Braunkohle basieren auf Schätzungen für die Strom- und Wärmeezeugung, auf die etwa 85% des Braunkohleverbrauchs entfallen. In der Vergangenheit lieferte diese Methode bessere Ergebnisse als die Schätzung der gerade im Bereich der Stromerzeugung bedeutenden Lagerveränderungen bei gegebenen Verbrauchsdaten. Bei insgesamt stagnierender Stromerzeugung aus Wärmekraft nahm die Erzeugung aus inländischer Braunkohle stark zu, sodass ein Anstieg des Verbrauchs von Braunkohle um 10% realistisch erscheint.

UNTERDURCHSCHNITTLLICHE ZUNAHME DES ERDGASVERBRAUCHS

Die Nachfrage nach Erdgas wurde 1999 durch zwei gegenläufige Effekte bestimmt: Der Rückgang der Zahl der Heizgradtage um 1,6% müsste sich dämpfend auf den Erdgasverbrauch ausgewirkt haben. Andererseits wirkte die günstige Industriekonjunktur verbrauchssteigernd. Der Erdgasverbrauch erhöhte sich insgesamt mit +2,0% in mittelfristiger Sicht unterdurchschnittlich.

Kurt Kratena
Statistik: Susanne Kopal

WEITERE BELEBUNG DES GÜTER- VERKEHRS

Die kräftige Nachfrage nach Güterverkehrsleistungen hielt 1999 an. Dabei nahm der Inland- und Einfuhrverkehr stärker zu als der Ausfuhr- und Transitverkehr. Das Wachstum der inländischen Transportnachfrage wurde vom Einzelhandel (reale Umsätze +3,5% gegenüber 1998) und der Sachgütererzeugung (Produktionsindex +5%) getragen. Unter den transportintensiven Branchen verzeichneten die Holzbe- und -verarbeiter (+7%), die Chemieindustrie (+6%) und die Nahrungsmittel- und Getränkehersteller (+3½%) die größten Produktionssteigerungen. Die Papiererzeugung wuchs nach dem guten Ergebnis für 1998 im Jahr 1999 um 3%, die Mineralöl-

Güterverkehr

		1999	1999	Ø 1993/1998
		Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung in %
ÖBB ¹⁾	Mio. n-t-km	15.556,2	+ 2,3	+ 4,9
Inland	Mio. n-t-km	3.698,8	+13,2	+ 0,6
Einfuhr	Mio. n-t-km	4.834,9	+ 3,2	+ 7,2
Ausfuhr	Mio. n-t-km	3.416,7	- 3,2	+ 3,4
Transit	Mio. n-t-km	3.605,8	- 3,4	+ 8,0
Lkw und Anhänger (neuzugelassene Nutzlast)	in t	102.532,9	+ 2,6	+ 7,2
Fuhrgewerbe	in t	30.475,7	+18,6	+12,2
Werkverkehr	in t	72.057,2	- 2,9	+ 5,8
Schifffahrt ²⁾	1.000 t	9.872,2	- 2,0	+ 7,9
Rohrleitungen, Mineralöl	Mio. n-t-km	7.592,0	- 6,4	+ 4,1
Einfuhr und Inland	Mio. n-t-km	3.475,9	- 7,0	+ 2,0
Transit	Mio. n-t-km	4.116,1	- 5,9	+ 6,1
Luftfahrt ³⁾	1.000 t	122,6	+ 5,2	+ 7,5

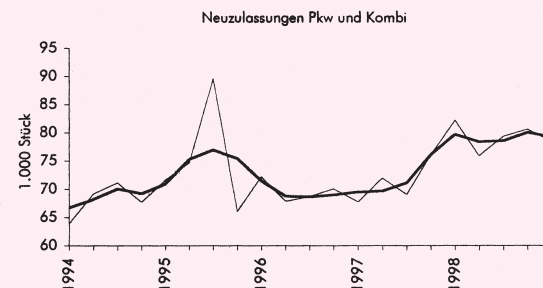
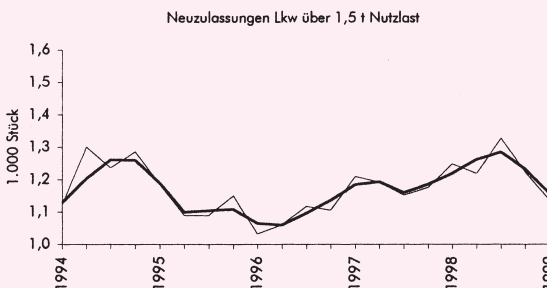
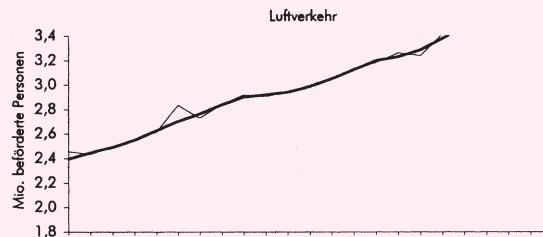
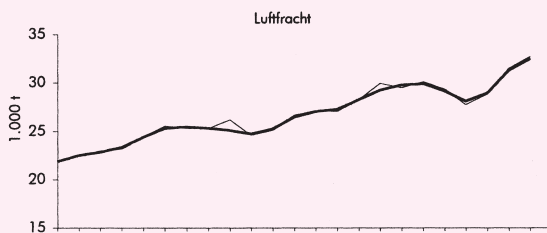
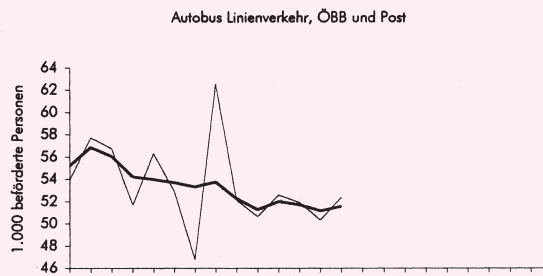
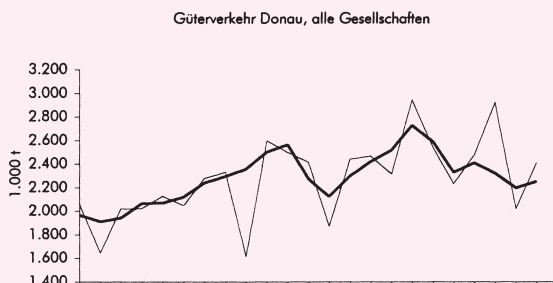
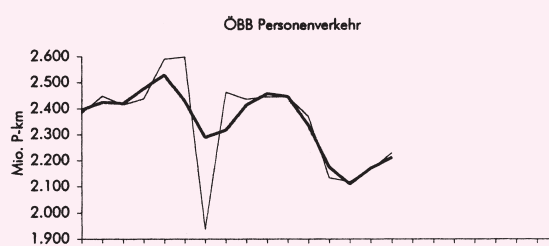
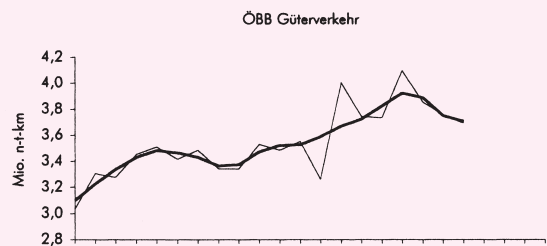
¹⁾ Vorläufige Werte, ohne Stückgut. - ²⁾ Güterverkehr auf der Donau, insgesamt. - ³⁾ Schätzung. - ⁴⁾ Fracht, An- und Abflug.

verarbeitung und die Metallhersteller und -bearbeiter meldeten Rückgänge.

Die Gütertransportleistungen der *Bahn* erreichten 1999 15,6 Mrd. n-t-km, um 2,3% mehr als im Vorjahr. Dabei nahmen der Inlandverkehr um 13,2% und der Einfuhrverkehr um 3,2% zu, der Ausfuhrverkehr sank um 3,2%, der Transitverkehr um 3,4%. Die Tariferträge aus dem Güterverkehr lagen 1999 mit 13,4 Mrd. S um 0,7% unter dem Vorjahresergebnis. Die durchschnittlichen Einnahmen je n-t-km betragen 1999 0,86 S, um 3% weniger als 1998.

Trotz günstiger nautischer Verhältnisse sank das Transportaufkommen der *Donauschifffahrt* um 2%. Die Ursache dafür liegt in der Kosovo-Krise mit der Zerstörung der Donaubrücken in Jugoslawien im März 1999. Damit wurde nicht nur der Ostverkehr stillgelegt, die Ereignis-

Entwicklung des Güter- und Personenverkehrs 1999



— Glatte Komponente

— Saisonbereinigt

nisse blockierten auch rund ein Viertel der Schiffskapazitäten der österreichischen DDSG-Cargo (im Besitz der bayrischen Gerhard Meier AG). Diese Schiffe liegen seit nunmehr einem Jahr östlich von Serbien vor Anker. Die Ausfälle im Ostverkehr konnten teilweise durch den florierenden Westverkehr kompensiert werden. Organisatorische Maßnahmen verkürzten den Rundlauf zwischen Österreich und den ARA-Häfen (Amsterdam–Rotterdam–Antwerpen) von kaum weniger als 20 auf 12 Tage. Die Durchsatzleistung der Erdölrohrleitungen erreichte 1999 7,6 Mrd. t-km (-6,4% gegenüber 1998). Dabei sank der Ein- und Binnenverkehr (-7%) etwas stärker als der Transitverkehr (-5,9%). Das Transportaufkommen der Luftfahrt stieg um 5,2% auf 122.600 t.

Die Nachfrage nach Lastkraftwagen stieg nur leicht. Insgesamt wurden 29.125 Lkw neu angemeldet, um 0,6% mehr als 1998. Wie schon 1998 waren 1999 schwere Lkw (+5,6%) und Sattelfahrzeuge (+10,5%) besonders gefragt. Das Fuhrgewerbe (+18,6%) investierte erneut stark in seinen Fuhrpark, der Werkverkehr (-2,9%) reduzierte die Investitionen. Die Diskussionen um die Lkw-Maut wurden Anfang 2000 vorläufig mit der Unterzeichnung einer Verordnung über die Festlegung von Mautstreckenabschnitten und der ihnen zugeordneten Mautstellen durch den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten beendet. Lenker eines mehrspurigen Kraftfahrzeugs mit einem höchstzulässigen Gesamtgewicht von mehr als 3,5 t haben für die Benützung der Mautstrecken an die Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs-Aktiengesellschaft (ASFINAG) eine fahrleistungsabhängige Maut als Entgelt zu entrichten. Die Höhe des Entgeltes richtet sich nach der Zahl der Achsen der Kraftfahrzeuge und der von diesen gezogenen Anhänger sowie der gefahrenen Kilometer. Die Maut kann mit einem vollelektronischen System oder durch konventionelle Mautner berechnet und eingehoben werden. Die ASFINAG rechnet mit einem Beginn der Mauteinhebung zum 1. Juli 2002. Der Mautsatz für einen 40-t-Lkw-Zug soll 2 S je km betragen; dies würde Lkw-Transporte auf der Autobahn um rund 10% bis 20% verteuern. Bei Fahrleistungen auf Autobahnen von 50.000 km würde die Mautbelastung 100.000 S betragen. Die EU-Vignette für Lkw kostet derzeit 16.700 S pro Jahr.

ZUNEHMENDER PERSONENVERKEHR

Die Nachfrage nach Personenverkehrsleistungen ist 1999 gestiegen. Gemessen an der Beschäftigtenzahl

Personenverkehr		1999	1999	Ø 1993/1998
		Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung in %
Wiener Verkehrsbetriebe	Mio. Personen	711,4	+1,0	+1,4
Luftfahrt ¹⁾	1.000 Personen	14.313,2	+4,7	+7,8
AUA ¹⁾	1.000 Personen	3.780,3	-1,5	+5,0

¹⁾ Linien- und Charterverkehr, An- und Abflug. Schätzung.

Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen

	1999	1999	Ø 1993/1998
	Absolut	Veränderung gegen das Vorjahr in %	Veränderung in %
<i>Pkw</i>	314.182	+ 6,2	+ 0,8
Bis 1.500 cm ³	69.901	+ 0,5	- 4,2
1.501 cm ³ und mehr	244.278	+ 7,9	+ 2,6
<i>Lkw</i>	29.125	+ 0,6	+ 2,9
Bis 1.999 kg	24.984	+ 0,2	+ 3,6
2.000 bis 6.999 kg	1.170	- 3,3	-12,7
7.000 kg und mehr	2.971	+ 5,6	+ 6,7
<i>Anhänger</i>	21.973	+ 0,6	+ 3,5
Bis 2.999 kg	19.845	+ 1,0	+ 3,2
3.000 bis 6.999 kg	417	-11,3	+ 7,0
7.000 kg und mehr	1.711	- 0,8	+ 6,8
<i>Sattelfahrzeuge</i>	4.282	+10,5	+18,6

nahm der Berufsverkehr um 1% zu. Die steigende Zahl der Übernachtungen (+1,6% gegenüber 1998) ist ein Indikator für den anhaltend lebhaften Reiseverkehr. Die durch sinkende Schülerzahlen rückläufige Tendenz im Ausbildungsverkehr setzte sich fort. Die Statistik des Personenverkehrs ist sehr lückenhaft. ÖBB und Busunternehmen geben zur Zeit keine aktuellen Daten über ihre Beförderungsleistungen bekannt.

Die Wiener Verkehrsbetriebe beförderten 1999 711 Mio. Personen, um 1% mehr als 1998. Die Passagierluftfahrt verzeichnete mit +4,7% eine relativ geringe Zuwachsrate. Die Passagierzahl der AUA sank gegenüber 1998 um 1,5%.

Die ÖBB erhöhten ihre Personenverkehrstarife auf Nah- und Mittelstrecken am 1. Jänner 2000 durchschnittlich um 2%. Wochenstreckenkarten wurden im Bereich zwischen 11 und 90 km um höchstens 10 S, Monatskarten um höchstens 40 S teurer. Mit Jahresbeginn 2000 starteten die ÖBB ein umfangreiches Investitionsprogramm im Personenverkehr. Das Schwergewicht der Investitionstätigkeit liegt im Osten Österreichs, wo um 3,5 Mrd. S 240 Waggons und Steuerwagen – vor allem Doppelstockwaggons – für den Nahverkehr beschafft werden. Die Bundesländer beteiligen sich an der Finanzierung, Niederösterreich wird 1,7 Mrd. S zur Verfügung stellen.

Die Zulassungen fabriksneuer Pkw waren mit 314.182 Stück um 6,2% höher als 1998. Besonders gefragt waren Dieselmotore bzw. Modelle in der Klasse über 1.500 cm³ (+7,9%). Die Pauschalmaut für Pkw zur Benützung der Autobahnen und Schnellstraßen (Vignette) wird per 1. Jänner 2001 auf 1.000 S erhöht.

Wilfried Puwein
Statistik: Erna Kernreich

AGRARSEKTOR 1999: EINKOMMENS-DRUCK HÄLT TROTZ STEIGENDER PRODUKTION AN

Die Land- und Forstwirtschaft erhöhte 1999 ihre Produktion und Wertschöpfung gemessen am Volumen neuer-

lich kräftig. Beide Größen erreichten einen neuen Spitzenwert. Dem Werte nach war der agrarische *Rohertrag* allerdings etwas niedriger als im Vorjahr, weil die Preise nachgaben. Das aus dem Agrarsektor insgesamt erwirtschaftete Einkommen sank (nach Verlusten in den drei vorangegangenen Jahren) auch 1999. Die Rohertrags-einbußen gehen primär auf den Einbruch des Schweinemarktes 1998/99 zurück, der noch nicht überwunden ist. Das planmäßige Auslaufen der degressiven Ausgleichszahlungen im Vorjahr 1998 drückte das Ergebnis 1999 zusätzlich. Gute Ernten im Pflanzenbau, höhere Erlöse der Milchbauern sowie Einsparungen beim Zukauf von Betriebsmitteln und die dadurch reduzierte Belastung mit indirekten Steuern dämpften den Einbruch, gleichen aber die Verluste nur zum Teil aus.

Nach Produktgruppen war die Entwicklung 1999 wie gewohnt differenziert. Die Rohertragsverluste konzentrierten sich auf wichtige Sparten der Tierhaltung wie die Schweine- und Geflügelwirtschaft. Die Forstwirtschaft profitierte von einer stabilen Holzkonjunktur.

KRISE AUF DEM SCHWEINEMARKT UND KÜRZUNG VON DIREKTZAHLUNGEN DRÜCKEN AGRAREINKOMMEN

HÖHERE PRODUKTION UND WERTSCHÖPFUNG, PREISE SINKEN

Nach den vorläufigen Ergebnissen der Land- und Forstwirtschaftlichen Gesamtrechnung (LFGR) des WIFO von Ende März wuchs 1999 der reale Rohertrag der Land- und Forstwirtschaft mit +1,5% überdurchschnittlich. Die Zunahme ist auf sehr gute Ernten im Pflanzenbau zurückzuführen. Die Tierproduktion lag knapp unter dem Vorjahresergebnis, der Holzeinschlag (14,1 Mio. fm, +0,5%) stagnierte.

Nach Schätzungen des WIFO kauften die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe 1999 trotz expandierender Produktion insgesamt real etwas weniger *Vorleistungen* zu als im Vorjahr. Trotz niedriger Preise wurden weniger Eiweißfuttermittel importiert. Bemerkenswert ist der anhaltende Rückgang der Käufe von Handelsdüngern. Der Einsatz zugekaufter Düngemittel erreichte in Österreich Anfang der siebziger Jahre mit rund 420.000 t (gemessen in Reinnährstoffen) seinen Höhepunkt. Im Wirtschaftsjahr 1998/99 betrug er mit 233.000 t nur noch etwas mehr als die Hälfte davon, bei anhaltend sinkender Tendenz. Die Zunahme der Endproduktion und der Rückgang der Vorleistungsbezüge ließen die reale Bruttowertschöpfung des Agrarsektors (*Beitrag zum BIP*) mit rund +3,0% neuerlich und ungewohnt kräftig steigen. Gleiches gilt für die *Arbeitsproduktivität* im Agrarsektor.

Nach dem Einbruch im Vorjahr gaben die *Agrarpreise* (einschließlich Holz) 1999 neuerlich nach (Jahresdurchschnitt -1,7%). Landwirtschaftliche Erzeugnisse waren u. a. wegen des hohen Angebotes um durchschnittlich 2,1% billiger als im Vorjahr. Im EU-Durchschnitt war der Preisdruck noch ausgeprägter. Die Holzpreise stagnieren seit Ende 1997 auf hohem Niveau. Wie üblich war die Entwicklung nach Märkten sehr verschieden.

Im *Pflanzenbau* (-2,4%) gaben 1999 die Erzeugerpreise als Folge guter Ernten in allen wichtigen Sparten nach. *Tiere und tierische Erzeugnisse* wurden um 1,9% billiger. Geflügel und Eier brachten um rund 1% weniger, Rinder um etwa 3%. Der Schweinemarkt erholte sich zwar im 2. Halbjahr 1999 etwas vom tiefen Einbruch 1998/99. Im Jahresmittel waren Schlachtschweine allerdings noch immer um rund 7,3% billiger als im Vorjahr. Der durchschnittliche Milcherlös stieg um 2,4%, weil die Milchlieferquote erhöht wurde und deshalb weniger Überlieferungen anfielen.

Die Preise von den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben benötigten *Vorleistungen* (-1,6%) verbilligten sich 1999 weiter – insbesondere Futtermittel, Pflanzenschutzmittel und Handelsdünger. Die Preise von Eiweißfuttermitteln sind auf einen Tiefstand gesunken. Die Energiepreise stagnierten, Dienstleistungen wurden etwas teurer. *Investitionsgüter* (+0,9%) waren nur wenig teurer als im Vorjahr. Die *Austauschrelationen* zwischen land- und forstwirtschaftlichen Erzeugnissen und von den Agrarbetrieben zugekauften Vorleistungen und Investitionsgütern haben sich damit 1999 nur wenig zulasten der agrarischen Urproduktion verschoben.

ROHERTRAG LEICHT RÜCKLÄUFIG

Die diskutierten Preiseinbußen für Agrarwaren übertrafen den realen Ertragszuwachs. Der *Wert der Endproduktion der Land- und Forstwirtschaft* war deshalb 1999 mit rund 62,4 Mrd. S um etwa 1,0% niedriger als im Vorjahr. Die Einbußen gehen auf Mindererträge aus der

Reale Wertschöpfung, Beschäftigung und partielle Produktivitäten der Land- und Forstwirtschaft

	1997	1998	1999 ¹⁾	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
	Ø 1982/1984 = 100					
Endproduktion (Rohertrag)						
Pflanzenbau	99,6	107,3	113,5	+9,8	+7,8	+5,8
Tierhaltung	96,3	99,6	99,2	-0,5	+3,4	-0,4
Landwirtschaft	97,3	102,0	103,6	+2,5	+4,8	+1,6
Forstwirtschaft	115,7	110,7	111,5	-0,9	-4,2	+0,7
Land- und Forstwirtschaft	100,4	103,5	105,0	+1,9	+3,0	+1,5
Minus Vorleistungen	102,5	102,9	101,6	+1,6	+0,4	-1,3
Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen)	99,3	103,8	106,9	+2,0	+4,5	+3,0
Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft	55,7	54,2	52,9	-2,8	-2,7	-2,4
Arbeitsproduktivität ¹⁾						
Land- und Forstwirtschaft	178,4	191,4	201,9	+5,1	+7,3	+5,5
Landwirtschaftliche Nutzfläche	95,9	.	.	-0,2	.	.
Flächenproduktivität netto ²⁾	101,2	105,9	107,7	+2,8	+4,6	+1,7

Q: WIFO-Berechnungen. 1999: vorläufige Werte. – ¹⁾ Beitrag der Land- und Forstwirtschaft zum BIP zu Faktorkosten (real) je Beschäftigten. – ²⁾ Importbereinigte reale Endproduktion der Landwirtschaft je Hektar.

Nominelle Endproduktion und Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft

	1997	1998	1999	1997	1998	1999
	Zu jeweiligen Preisen ohne Mehrwertsteuer in Mio. S			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Endproduktion (Rohertrag)						
Pflanzenbau	17.120	18.344	18.341	+ 5,0	+ 7,1	+ 0,0
Tierhaltung	32.993	31.213	30.463	+ 0,6	- 5,4	- 2,4
Landwirtschaft	50.113	49.557	48.804	+ 2,1	- 1,1	- 1,5
Forstwirtschaft	13.457	13.517	13.637	+ 8,1	+ 0,4	+ 0,9
Land- und Forstwirtschaft	63.570	63.074	62.441	+ 3,3	- 0,8	- 1,0
Minus Vorleistungen	28.153	27.564	26.894	+ 2,6	- 2,1	- 2,4
Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen)	35.417	35.510	35.547	+ 3,8	+ 0,3	+ 0,1
Plus Subventionen	20.299	18.579	17.341	-10,4	- 8,5	- 6,7
Minus indirekte Steuern ¹⁾	2.093	1.727	1.535	+ 1,1	-17,5	-11,1
Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (zu Faktorkosten)	53.623	52.362	51.353	- 2,0	- 2,4	- 1,9
Minus Abschreibungen	20.170	20.237	20.201	+ 0,5	+ 0,3	- 0,2
Beitrag zum Volkseinkommen	33.453	32.125	31.152	- 3,4	- 4,0	- 3,0
Beitrag der Land- und Forstwirtschaft in %						
Zum Bruttoinlandsprodukt (zu Marktpreisen)	1,5	1,4	1,4	.	.	.
Zum Volkseinkommen (zu Faktorkosten)	1,8	1,7	1,6	.	.	.

Q: WIFO-Berechnungen. 1999: vorläufige Werte. - ¹⁾ Einschließlich Nettoszahllast bzw. Nettogewinn der Land- und Forstwirtschaft an Umsatzsteuer aufgrund der Pauschalierung.

Tierhaltung (-2,4%) zurück. Der Rohertrag aus dem Pflanzenbau stagnierte; in der Forstwirtschaft (+0,9%) war er knapp höher als im Vorjahr. Im Pflanzenbau wurden geringere Erträge in den Sparten Speisekartoffeln, Getreide und Ölsaaten durch bessere Ergebnisse in den anderen Sparten ausgeglichen. Das neuerliche Minus in der Tierhaltung (-2,4%) wurde – wie schon im Vorjahr – durch Verluste in der Schweinehaltung geprägt. Nach dem tiefen Einbruch 1998 verloren die Schweinehalter 1999 durch niedrige Preise und den scharfen Abbau des Bestands neuerlich rund 1,2 Mrd. S oder 15% an Rohertrag. Einbußen waren auch in den Sparten Eier und Geflügel zu verzeichnen. Die Erträge aus der Rinderproduktion stagnierten. Die Milchbauern konnten hingegen dank erhöhter Marktleistung und eines höheren Durchschnittserlöses ihren Rohertrag um rund 4,8% steigern.

Für den Ankauf von Vorleistungen gaben die Agrarbetriebe 1999 nach Schätzungen des WIFO rund 26,9 Mrd. S aus, um rund 2,4% weniger als im Vorjahr. Die Einsparungen aus dem Kauf von Betriebsmitteln und Dienstleistungen glichen die Einbußen an Rohertrag etwa aus. Die Bruttowertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft (Beitrag zum BIP) entsprach mit rund 35,5 Mrd. S etwa dem Vorjahresergebnis. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft am BIP blieb mit 1,4% unverändert.

TIEFSTWERT DER DIREKTZAHLUNGEN, WENIGER INDIREKTE STEUERN

Die Direktzahlungen an agrarische Betriebe wurden im Zuge des EU-Beitritts für das Jahr 1995 auf rund

24,8 Mrd. S kräftig erhöht; seither sind sie kontinuierlich gesunken. Der Rückgang ist primär auf die planmäßige Kürzung der auf vier Jahre befristeten und degressiv gestalteten Ausgleichszahlungen zurückzuführen. Die substantielle jährliche Kürzung der Subventionen prägt die Einkommensentwicklung in der Landwirtschaft seit 1995 maßgeblich und belastet sie erheblich; dies trifft auch für das Berichtsjahr 1999 zu.

Für das Jahr 1999 wurden rund 17,3 Mrd. S an Subventionen an land- und forstwirtschaftliche Betriebe ausgeschüttet, um 1,1 Mrd. S oder 6,7% weniger als im Vorjahr. Der Rückgang ergab sich primär aus dem weitgehenden Entfall der degressiven Ausgleichszahlungen. Die Umweltprogramme des Bundes und der Länder waren mit insgesamt rund 7,8 Mrd. S etwas höher dotiert als im Vorjahr. Die Marktordnungsprämien (6,4 Mrd. S) und die Ausgleichszulage für Betriebe in benachteiligten Regionen (2,9 Mrd. S) entsprachen etwa dem Vorjahresniveau.

Nach Auslaufen der degressiven Ausgleichszahlungen auf Bundesebene im Jahre 1998 war 1999 der Tiefpunkt der Beihilfen aus öffentlichen Mitteln an die Land- und Forstwirtschaft erreicht. Die im Frühjahr 1999 vom Europäischen Rat in Berlin beschlossene GAP-Reform 1999 sieht weitere Kürzungen der institutionellen Agrarpreise und einen (teilweisen) Ausgleich durch höhere und teils neu eingeführte Direktzahlungen an die agrarischen Produzenten vor. Das neue Programm für die Entwicklung des ländlichen Raumes erlaubt zudem höhere Zahlungen an Betriebe in benachteiligten Gebieten sowie im Rahmen der Umweltprogramme. Mit der schrittweisen Umsetzung dieser Reformen ab dem Jahre 2000 werden auch die Direktzahlungen an die Land- und Forstwirtschaft aus öffentlichen Kassen wieder steigen.

Die Belastung der Land- und Forstwirtschaft mit indirekten Steuern sank 1999 auf rund 1,5 Mrd. S (-11,1%) und lag damit um über 500 Mio. S unter dem bisherigen Spitzenwert des Jahres 1997. Ein Rückgang der Investitionsneigung der Agrarwirtschaft und der Vorleistungskäufe minderte 1998 und auch 1999 die Einbußen der Agrarwirtschaft aus der Umsatzpauschalierung. Die Nettoszahllast der Land- und Forstwirtschaft an Umsatzsteuer war aber auch 1999 mit rund 1,20 Mrd. S hoch.

Mit der Umsatzsteuergesetz-Novelle 1999 wurde der Steuersatz auf Umsätze nicht buchführender land- und forstwirtschaftlicher Betriebe (für Lieferungen an Unternehmen) von 10% auf 12% angehoben. Die diesen Umsätzen zurechenbaren Vorsteuerbeträge wurden in gleicher Höhe festgesetzt. Diese seit 1. Jänner 2000 geltende neue Regelung berücksichtigt die mit der Übernahme der GAP 1995 eingetretenen gravierenden Verschiebungen zwischen den Erträgen der Agrarbetriebe und ihren Aufwendungen für Vorleistungen und Investitionen. Sie wird die pauschalieren land- und forstwirtschaftlichen Betriebe von der seit dem EU-Beitritt beste-

henden hohen und systemwidrigen Belastung mit Umsatzsteuer weitgehend, wenn auch nicht ganz entlasten.

Der reale Kapitalstock der Agrarwirtschaft sinkt seit Jahren mit dem Agrarstrukturwandel langsam. Die Investitionsgüterpreise zogen 1999 nur leicht an (+0,9%). Die Abschreibungen für Maschinen und Ausrüstungen sowie für Wirtschaftsgebäude stagnierten (20,2 Mrd. S, -0,2%).

EINKOMMEN AUS LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT WEITER GESUNKEN

Die diskutierten Entwicklungen ergaben per Saldo 1999 einen Beitrag des Agrarsektors zum Volkseinkommen von rund 31,2 Mrd. S, um etwa 3,0% weniger als im Vorjahr. Dieser Betrag entspricht den aus der land- und forstwirtschaftlichen Produktion insgesamt erwirtschafteten Einkommen, einschließlich öffentlicher Beihilfen an die Betriebe. Er steht zur Entlohnung aller im Agrarsektor eingesetzten Ressourcen zur Verfügung.

Der neuerliche Rückgang der Einkommen aus Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1999 kommt nicht unerwartet. Er wurde (wie schon in den drei Jahren davor) durch das planmäßige Auslaufen der degressiven Ausgleichszahlungen geprägt. Die Krise auf dem Schweinemarkt verstärkte die Verluste. Gute Ernten im Pflanzenbau, höhere Erträge aus der Milchwirtschaft, eine anhaltend gute Holzkonjunktur, Einsparungen im Bereich der Vorleistungskäufe und niedrigere Investitionen sowie die dadurch verringerte Belastung mit indirekten Steuern glichen diese Einbußen nur zum Teil aus. Der Agrarsektor erlitt mit dem schwachen Ergebnis 1999 nunmehr bereits in vier aufeinander folgenden Jahren Einbußen seiner Nettowertschöpfung.

EINBUSSEN AUCH FÜR DIE EU-BAUERN

Die Einkommen der EU-Landwirtschaft entwickelten sich 1994 bis 1996 günstig; seither sinken sie wieder. Nach Angaben von Eurostat (Stand Februar 2000) verzeichneten die EU-Bauern 1999 weitere Verluste. Das Einkommen aus landwirtschaftlicher Tätigkeit je Beschäftigten (gemessen als preisbereinigte Nettowertschöpfung zu Faktorkosten je Jahresarbeitseinheit – „Indikator 1“) sank im Durchschnitt der EU 15 real um rund 3,0%. Die landwirtschaftliche Produktion stieg dem Volumen nach leicht (+1%). Die Einbußen resultieren primär aus einem Rückgang der Erzeugerpreise (real -5%). Auch die Direktzahlungen an landwirtschaftliche Betriebe waren leicht rückläufig (real -2%). Der Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft nahm um durchschnittlich 3% ab. In den einzelnen Ländern verlief die Entwicklung sehr unterschiedlich: 12 EU-Länder erlitten Einbußen, in Irland, Dänemark, Belgien sowie in den Niederlanden waren sie mit -6% bis -12% am höchsten (Deutschland -3%). Luxemburg, Schweden und Portugal weisen Einkom-

menzuwächse der Bauern aus. Die Erwartung einer leichten Abnahme der realen Einkommen je Beschäftigten in der österreichischen Landwirtschaft um 1% ist aus heutiger Sicht zu optimistisch. (Die von Eurostat veröffentlichten Daten basieren auf der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung, die Forstwirtschaft ist nicht enthalten.)

Trotz der Einbußen in den letzten drei Jahren lagen die preisbereinigten Einkommen je Beschäftigten in der EU-Landwirtschaft 1999 im Durchschnitt noch um etwa 8% über dem Mittel der Jahre 1989/1991. Die österreichischen Bauern erlitten allerdings im Vergleich zu 1989/1991 Einbußen von rund 7%.

INVESTITIONEN SEIT ANFANG 1998 RÜCKLÄUFIG

Nach Verlusten in der ersten Hälfte der neunziger Jahre und einer „EU-Starre“ im Jahre 1995 stieg die Investitionsbereitschaft der agrarischen Betriebe Anfang 1996 sprunghaft und verstärkte sich 1997 weiter. Seit Anfang 1998 flaut der Investitionsboom wieder ab. Zumindest bis Ende 1999 waren die Ausgaben der Land- und Forstwirtschaft für Investitionen rückläufig.

1999 investierten nach Berechnungen des WIFO die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe rund 10,3 Mrd. S in Maschinen und Ausrüstungen, um 2,6% weniger als im Vorjahr und um etwa 12% weniger als im Spitzenjahr 1997. Auch die Investitionen in Wirtschaftsgebäude sinken. Die Investitionszurückhaltung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ist primär durch die Ertragseinbußen der letzten Jahre zu erklären. Ein Ende der Flaute ist derzeit noch nicht in Sicht.

ABWANDERUNG AUS DER LANDARBEIT STAGNIERT AUF NIEDRIGEM NIVEAU

Die Land- und Forstwirtschaft verlor in der ersten Hälfte der neunziger Jahre mit rund -5½% bis -6% jährlich ge-

Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft
Jahresdurchschnitt

	Selbständige und mithelfende Familienangehörige	Unselbständig Beschäftigte ¹⁾	Beschäftigte ²⁾ insgesamt	Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der Gesamtwirtschaft
	In 1.000 Personen			In %
1995	139,7	26,0	165,7	4,8
1996	132,0	25,9	157,9	4,6
1997	127,5	25,9	153,4	4,5
1998	123,8	25,6	149,4	4,3
1999	120,1	25,8	145,9	4,2
	Veränderung gegen das Vorjahr in % ³⁾			
1995	-6,2	-1,6	-5,5	
1996	-5,5	-0,6	-4,7	
1997	-3,4	+0,1	-2,8	
1998	-2,9	-1,1	-2,6	
1999	-3,0	+0,8	-2,3	

Q: WIFO-Berechnungen; ab 1992 vorläufige Werte. Es gelten die Definitionen der jeweils letzten Volkszählung. Die Fortschreibung ab 1992 stützt sich auf Daten der Sozialversicherung der Bauern (für Selbständige und mithelfende Familienangehörige) sowie auf Angaben des Hauptverbands der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. – ¹⁾ Ab 1987 ohne Präsenzdiener, Karenzgeldbezieher usw. – ²⁾ Selbständige und unselbständig Beschäftigte. – ³⁾ Berechnung der Veränderungsdaten mit ungerundeten Werten.

messen am längerfristigen Agrarstrukturwandel weit überdurchschnittlich viele Arbeitskräfte. Zwischen Anfang 1996 und Ende 1998 verlangsamte sich die Abwanderung aus der Landarbeit um etwa die Hälfte und stagniert seither auf diesem niedrigen Niveau.

1999 waren nach Berechnungen des WIFO im Jahresdurchschnitt rund 145.900 Personen hauptberuflich in der Land- und Forstwirtschaft beschäftigt, um 2,3% weniger als im Vorjahr. Dies ist der geringste jährliche Rückgang seit Mitte der achtziger Jahre. Zugleich liegt die Abnahmerate weit unter dem mittelfristigen Trend von rund 3½% bis 4% jährlich. Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an allen Beschäftigten sank 1999 auf 4,2%.

Matthias Schneider
Statistik: Dietmar Weinberger

ANHALTEND GUTE SCHNITTHOLZ-KONJUNKTUR

Der Aufschwung der *Schnittholzkonjunktur* währt bereits über drei Jahre. Die Schnittholzpreise im Inland zogen im Laufe des Jahres 1999 weiter leicht an und waren im Dezember um 5% höher als im Vorjahr. Die Exportpreise entwickelten sich gegen Jahresende recht dynamisch (Dezember +14,6% gegenüber 1998), im Jahresdurchschnitt wurde das Vorjahresniveau um 4,5% übertroffen. Der steigende Dollarkurs stützte die Exportpreise wesentlich. Hingegen erzielten die heimischen Waldbesitzer nur noch leichte Preiszuwächse für Sägerundholz: Im Jahresdurchschnitt 1999 zahlten die Sägewerke um 1% mehr als im Vorjahr.

Obschon der Wohnungsbau in Europa stagnierte, war die Nachfrage nach Schnittholz anhaltend lebhaft. Dies ist durch die günstige Entwicklung des Einfamilienhausbaus zu erklären, verbesserte Einkommenserwartungen und relativ niedrige Zinsen erhöhten die Bereitschaft zum Bau von Eigenheimen. Der Holzeinsatz ist in Einfamilienhäusern erfahrungsgemäß wesentlich größer als im Geschößbau. Auch die wachsende Nachfrage nach Sanierungsleistungen im Altwohnungsbestand belebte die Holznachfrage. Die Prognosen von Euroconstruct für die Bautätigkeit in den Jahren 2000 und 2001 sind für die einzelnen europäischen Länder recht unterschiedlich, für Österreich, Italien und die Schweiz werden relativ geringe Zuwachsraten erwartet. Im Hochbau drücke

die Marktsättigung, steigende Zinsen und Ausgabeneinschränkungen der öffentlichen Haushalte die Nachfrage nach Neubauten.

Der Produktionswert der Holzbe- und -verarbeitung (ohne Herstellung von Möbeln) betrug 1999 54,3 Mrd. S (+5,5% gegen 1998). Die Zahl der Beschäftigten sank im Jahresdurchschnitt unter 30.000 (-2,3%); der Beschäftigungsrückgang war damit wesentlich schwächer als 1998 (-7,2%). Der Exportwert der Sägeindustrie erreichte 1999 15,6 Mrd. S und war um 21% höher als 1998. Mengenmäßig stiegen die Exporte um 16,1%.

Die *Papier- und Zellstoffkonjunktur* verbesserte sich im Laufe des Jahres 1999 deutlich. Die Zellstoffpreise erreichten zu Jahresbeginn einen konjunkturbedingten Tiefstand und stiegen bis zum Jahresende kräftig. Im Export wurde im Jahresdurchschnitt das Preisniveau von 1998 wieder erreicht. Die Exportpreise für Druck- und Schreibpapier (-5,3%) sowie Kraftpapier (-8,5%) lagen wesentlich unter dem Wert von 1998. Die Zellstoffindustrie reduzierte die Preise für Schleifholz im 1. Halbjahr, im Jahresdurchschnitt zahlte sie ungefähr gleich viel wie 1998. Der Produktionswert der Papierindustrie erreichte 1999 55,5 Mrd. S (-0,9%). Die Branche beschäftigte im Jahresdurchschnitt 17.755 Unselbständige, um 1,7% weniger als 1998. Eine Zunahme der Auftragseingänge im 2. Halbjahr lässt auf eine weitere Belebung der Zellstoffkonjunktur schließen.

HOLZEINSCHLAG STAGNIERT

1999 wurden 14,1 Mio. fm Holz geschlägert, um 0,5% mehr als 1998. Der Schadholzanfall ist zwar gestiegen (+6,2%), sein Anteil am Gesamteinschlag lag aber mit 21,5% unter dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre. Abgesehen vom Borkenkäferbefall und kleineren Windwurfflächen wurden 1999 kein nennenswerter Schadholzanfall gemeldet. Der Trend zur Fremdwerbung (Vergabe der Schlägerung und Bringung) hielt an (+4%), die günstige Holzkonjunktur ließ die Lager gegen Jahresende schrumpfen (-4,8% gegenüber 1998). Die *Kleinwaldbesitzer* (Waldfläche unter 200 ha) forcierten vor allem die Schwachholznutzung (+14,2%). Insgesamt schlägerten sie um 2,2% mehr als 1998. Die *Großwaldbesitzer* (Waldfläche ab 200 ha, ohne Bundesforste) nahmen den Einschlag leicht zurück (-0,3%). Im Großwald fiel um 15,7% mehr Schadholz

Holzeinschlag

	1996	1997	1998	1999	1996	1997	1998	1999
	1.000 fm ohne Rinde				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Starknutzholz	8.195	8.530	8.165	8.091	+ 1,4	+4,1	-4,3	-0,9
Schwachnutzholz	3.018	2.772	2.692	2.849	+13,2	-8,2	-2,9	+5,8
Brennholz	3.797	3.424	3.176	3.159	+24,1	-9,8	-7,2	-0,5
Insgesamt	15.010	14.726	14.033	14.099	+ 8,7	-1,9	-4,7	+0,5

Q: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft.

*Moderate Economic Growth – Gaining Momentum in the Course of the Year**The Austrian Economy in 1999 – Summary*

Growing at a rate of 2.2 percent, the Austrian economy was expanding less strongly in 1999 than the year before. The slow-down of growth caused by falling exports in the summer of 1998 was still felt in the first half of 1999. However, the second half of the year saw a vigorous and accelerated expansion, which was still continuing at the end of the year. The recovery was accompanied by substantial employment growth and a declining rate of unemployment. Despite the steep rise of crude oil prices, the annual rate of inflation, standing at 0.6 percent, reached its all-time low in forty years.

In the summer of 1998, the drop in export demand, triggered by the cyclical downturn in Central and Eastern Europe, the Asian crisis, and the turmoil in the international financial markets, had a negative impact on production, which in turn resulted in a loss of momentum at the macro-economic level. The effects of this development could still be felt in the first half of 1999. Economic activity picked up again in the first half of the year, but overall growth remained extremely moderate at 1.2 percent. From mid 1999 onwards, exports began to increase more strongly in real terms and demand for capital goods was growing fast. Together with higher consumption expenditure of private households, this constituted the basis for sound economic growth. Economic output exceeded the previous year's level by 2.8 percent in the third quarter and by 3.2 percent in the fourth quarter of 1999.

Consumption expenditure of private households showed a favourable development throughout the period under review (+2.4 percent in real terms) and proved to be a major driving force in the cyclical upswing. Its growth accelerated even further in the second half of the year. At the same time, however, the continued austerity policy and the resulting cuts in public spending (excluding transfer payments) meant that public consumption expenditure grew by no more than 0.8 percent in real terms in 1999. Collective consumption was reduced most of all, while public individual consumption, which is mainly accounted for by expenditure on health care and education, showed a real-term increase of 1.4 percent.

Demand for capital goods (excluding changes in inventories and acquisition less disposition of valuables) increased moderately by 2.8 percent in 1999. Growth of construction-related capital spending was weak

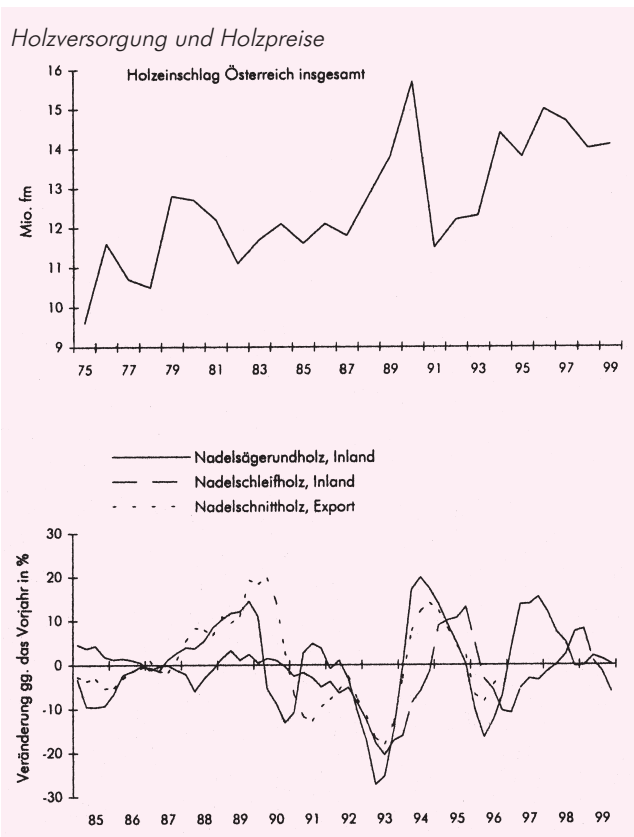
(+1.2 percent in real terms), and demand for machinery and equipment, growing at a rate of less than 4.1 percent, also remained below average.

The financing deficit of all public households fell to 2 percent of GDP in 1999 (from 2.5 percent the year before). Thus, according to preliminary calculations, the goal of 2 percent laid down in the European stability and growth pact was reached. Strong domestic demand and the vigorous growth of employment generated higher tax revenues, which in turn resulted in improved net financial investment, despite the fact that transfer payments were substantially increased through the implementation of the first part of the package of family-related measures.

Although the economy was growing at a slower pace than in 1998, the employment situation took a very satisfactory development throughout the year. According to the Association of Austrian Social Security Bodies, the number of persons in employment (excluding persons on parental leave and in military service) increased by more than 37,000. The period of sluggish economic activity until mid 1999 exclusively concerned the producing sectors of the economy, which continued to reduce their employment levels at an intensified pace (1999 –4,400). The service sector was not affected by the downturn and was expanding strongly over the year, creating a total of 44,300 new jobs, most of them on a part-time basis.

The strong employment growth resulted in a reduction of unemployment (1999 –16,000). The rate of unemployment fell from 7.2 percent to 6.7 percent according to the traditional Austrian method of calculation. Much of the decline in unemployment is attributable to intensified training measures offered by the labour market administration. Thus, the goal of creating an additional 100,000 jobs, as provided for in the National Employment Action Plan, was reached two years ahead of schedule.

Consumer prices increased by an annual average of 0.6 percent, which means that the rate of inflation was lower again than the year before (0.9 percent) and reached its all-time low in more than forty years. However, the pressure on prices increased in the course of the year, mainly as a result of fast rising prices of mineral oil products. Considering the weakening of the euro against the dollar in the course of the year, oil prices actually increased by as much as 150 percent over the year before.



an, der Schadholzanteil betrug 25%. 62% des Einschlags wurden an Schlägerungsunternehmen vergeben. Der Anteil der *Österreichischen Bundesforste* erreichte mit 1,87 Mio. fm 13% der gesamten Holzernte in Österreich. Die Bundesforste schlägerten um 4,2% weniger als 1998, um 12% weniger als gemäß längerfristigen Trend. Besonders kräftig wurde die Brennholznutzung (-11%) verringert. 40% des Einschlages der Bundesforste entfielen auf Fremdwerbung – im Kleinwald (unter 200 ha) betrug dieser Anteil nur 23%.

Die regionale Einschlagsentwicklung zeigte 1999 Ost-West-Differenzen. Weniger geschlägert als 1998 wurde in Salzburg (-6,5%), Vorarlberg und Tirol (jeweils -4,4%), Kärnten (-1,65%) und in Niederösterreich (-0,4%). Das Burgenland (+9,5%), die Steiermark (+4,61%) und Oberösterreich (+0,8%) meldeten einen Einschlagszuwachs. Der wichtigste Holzproduzent war die Steiermark (28,4% des Einschlags in Österreich) vor Niederösterreich (22,2%), Oberösterreich (15,5%), Kärnten (13,7%), Tirol (7,8%), Salzburg (6,6%), dem Burgenland (3,5%) und Vorarlberg (1,8%).

Am 26. Dezember 1999 verursachte der Orkan „Lothar“ in den Wäldern Europas schwere Sturmschäden. Am stärksten betroffen waren die Schweiz, Frankreich und Deutschland. Die Schadholzmengen übertrafen vielfach großregional einen mehrfachen Jahreseinschlag. Aufgrund der lebhaften Schnittholznachfrage bewirkte das hohe Angebot keinen Einbruch der Sägerundholzpreise. Auf dem Rohholzmarkt der Zellstoffindustrie herrschte jedoch zu Jahresbeginn 2000 ein Angebotsdruck, sodass ein Anstieg der Schleifholz- und Hackgutpreise verzögert wurde.

Die Ergebnisse der terrestischen Erhebungen im Rahmen des Waldschaden-Beobachtungssystems (WBS) im Sommer 1999 zeigten im Vergleich zum Vorjahr keine wesentlichen Änderungen des Kronenzustands der meisten Baumarten. Der schlechteste Kronenzustand wurde für die Eiche festgestellt, die Tanne ist weiterhin gefährdet.

Bei stabilen Nutzholzpreisen und einer geringfügigen Ausweitung des Einschlags (+0,5%) nahm der nominelle Rohertrag der Forstwirtschaft leicht zu und erreichte 13,6 Mrd. S (+0,9% gegenüber 1998).

Wilfried Puwein
Statistik: Dietmar Weinberger